



**Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie  
„NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer  
Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags  
für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische  
Geschichte des Landes Hessen“**

Autor: Dr. Albrecht Kirschner

Herausgeber: Hessischer Landtag

Mitglieder der Arbeitsgruppe „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“:

Koordinator: Ltd. Archivdirektor Dr. Andreas Hedwig

*(Hessisches Staatsarchiv Marburg)*

Prof. Dr. Marie-Luise Recker

*(Goethe-Universität Frankfurt a.M.)*

Prof. Dr. Eckart Conze

*(Philipps-Universität Marburg)*

Prof. Dr. Dirk van Laak

*(Justus-Liebig-Universität Gießen)*

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

*(Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert Gedenkstätte Heidelberg)*

Ltd. Archivdirektor Prof. Dr. Klaus Eiler

*(Hessisches Hauptstaatsarchiv)*

**Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie  
„NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer  
Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags  
für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische  
Geschichte des Landes Hessen“**



# Vorstudie

## „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“

### - Abschlussbericht -

#### Inhaltsübersicht

Einleitung .....	3
1. Gesamtergebnis .....	4
2. Fragestellung der Vorstudie, Herangehensweise und methodische Bemerkungen .....	6
2.1 Fragestellung und Projektstruktur .....	6
2.2 Basisdaten.....	7
2.3 Methodische Bemerkungen .....	7
2.4 Forschungsgang .....	11
3. Literaturlauswertung .....	13
4. Archivrecherchen.....	14
4.1 Bundesarchiv Berlin .....	14
4.2 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) .....	15
4.3 Deutsche Dienststelle – WAST (ehemalige „Wehrmachtsauskunftsstelle“), Berlin ..	15
4.4 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg .....	16
4.5 National Archives and Records Administration (NARA), Washington.....	16
4.6 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden .....	17
4.7 Hessische Staatsarchive Darmstadt und Marburg und Kommunalarchive.....	18
4.7.1 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt und Stadtarchive im südlichen Hessen .....	18
4.7.2 Hessisches Staatsarchiv Marburg und Stadtarchive im nördlichen Hessen .....	19
4.8 Weitere Archive .....	20
4.9 Hinweise auf weitere Überlieferungen .....	21
4.9.1 Nachlässe .....	21
4.9.2 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Ludwigsburg .....	22
4.9.3 NARA: CIC-Unterlagen .....	22
4.9.4 OMGUS-Unterlagen .....	22

5.	Sachliche Ergebnisse.....	23
5.1	Mitgliedschaften in der NSDAP.....	23
5.1.1	Landtag insgesamt.....	23
5.1.2	Verteilung auf die Landtagsfraktionen und Legislaturperioden.....	29
5.2	Mitgliedschaften in der SS und Waffen-SS.....	31
5.3	Mitgliedschaften in der SA.....	34
5.4	Mitgliedschaften in weiteren Gliederungen, Neben- und Unterorganisationen der NSDAP sowie angeschlossenen Verbänden.....	35
5.5	Erkenntnisse zu den Dienstzeiten in der Wehrmacht.....	37
5.6	Erkenntnisse zu Tätigkeiten in staatlichen Organen, sonstigen beruflichen Funktionen und Verwicklungen in das NS-Regime.....	39
5.7	Entnazifizierung, Internierungen und Strafverfahren.....	42
5.7.1	Spruchkammerverfahren.....	42
5.7.2	Internierungen.....	47
5.7.3	(Vor-)Ermittlungs- und Strafverfahren.....	49
5.8	Ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Landesregierung.....	50
5.9	Weitere Befunde aus der Zeit nach 1945 und abschließende Überlegungen.....	51

## Dank

## Anhänge

- Anhang 1: Vollständige Liste der Untersuchungsgruppe inkl. Verweise auf Erwähnungen im Abschlussbericht
- Anhang 2: Zusammensetzung der Untersuchungsgruppe
- Anhang 3: Archivbestände
- Anhang 4: Literatur

## Einleitung

Anfang Mai 2011 stellte die Fraktion Die Linke die Studie „Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987)“ von Hans-Peter Klausch vor, die aus den Unterlagen des früheren Berlin Document Centers (heute Bundesarchiv Berlin) nachweist, dass mindestens 75 frühere Abgeordnete des Hessischen Landtags, also weit mehr als bisher bekannt, vor 1945 Mitglieder der NSDAP gewesen waren.<sup>1</sup> Auf Veranlassung des Präsidenten des Hessischen Landtags befasste sich am 16. Mai 2011 die Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ mit der Studie und setzte eine Arbeitsgruppe „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ ein.<sup>2</sup> Sie wurde beauftragt, aus historisch-wissenschaftlicher Sicht zu der Studie Hans-Peter Klauschs Stellung zu nehmen und Empfehlungen für mögliche weitere Untersuchungen abzugeben.

Ende Oktober 2011 leitete die Arbeitsgruppe ihre Stellungnahme dem Präsidenten des Hessischen Landtags zu. Sie konstatierte insbesondere einen großen Forschungsbedarf. Ziele des weiteren Vorgehens könnten sein, die ermittelten NSDAP-Mitgliedschaften in den Abgeordnetenbiographien in ihrem historischen Kontext zu deuten und den Umgang mit der NS-Belastung in der Zeit nach 1945 besser zu verstehen. Die Arbeitsgruppe plädierte dafür, in einem ersten Schritt die Erkenntnisse über die NSDAP-Mitgliedschaften ehemaliger Landtagsabgeordneter im Rahmen einer „Vorstudie“ durch Archivrecherchen zu vertiefen. Darauf aufbauend sollten die Ergebnisse der Vorstudie in einer wissenschaftlichen Tagung diskutiert werden, um weiteren Forschungsbedarf zu ermitteln.

Am 6. Dezember 2011 befasste sich der Ältestenrat des Hessischen Landtags mit diesen Empfehlungen und unterstützte sie, worauf der Präsident des Hessischen Landtags die Vorstudie im Februar 2012 in Auftrag gab. Unter wissenschaftlicher Begleitung der Arbeitsgruppe wurde sie von April bis Oktober 2012 von Herrn Dr. Albrecht Kirschner, Marburg, mit Unterstützung weiterer Projektkräfte im Rahmen eines Werkvertrags durchgeführt. Vorliegender Abschlussbericht fasst die Rechercheergebnisse der Vorstudie zusammen, die ausführlich in Form einer Datenbank und einer Materialsammlung dokumentiert sind.

---

<sup>1</sup> Nicht nur für Hessen hat die Partei Die Linke derartige Studien beauftragt: 2009 gab es vergleichbare Untersuchungen für den Nordrhein-Westfälischen und für den Niedersächsischen Landtag; im Deutschen Bundestag hat sie im Dezember 2010 eine Große Anfrage gestellt, die allerdings auch die gesamte Bundesverwaltung in den Blick nimmt. Für den Niedersächsischen Landtag liegt seit Januar 2012 eine vom Landtag veranlasste ausführliche Untersuchung von Dr. Stephan Alexander Glienke vor; vgl. [http://www.landtag-niedersachsen.de/presseinformationen/,cms\\_id,5,press\\_id,194.html](http://www.landtag-niedersachsen.de/presseinformationen/,cms_id,5,press_id,194.html). Auf die Große Anfrage im Deutschen Bundestag (Drucksache Nr. 17/4126 v. 6.12.2010) hat die Bundesregierung inzwischen ebenfalls geantwortet (Drucksache Nr. 17/8134 v. 14.12.2011).

<sup>2</sup> Ihr gehörten folgende Mitglieder an: Prof. Dr. Marie-Luise Recker (Goethe-Universität Frankfurt a.M.), Prof. Dr. Eckart Conze (Philipps-Universität Marburg), Prof. Dr. Dirk van Laak (Justus-Liebig-Universität Gießen), Prof. Dr. Walter Mühlhausen (Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg), Ltd. Archivdirektor Prof. Dr. Klaus Eiler (Hessisches Hauptstaatsarchiv) und Ltd. Archivdirektor Dr. Andreas Hedwig (Hessisches Staatsarchiv Marburg); letzterer als Koordinator.

## 1. Gesamtergebnis

Sowohl die Menge der Archivbelege, die im Rahmen der Vorstudie ermittelt werden konnten, als auch deren Aussagequalität übertrafen deutlich die Erwartungen.<sup>3</sup> In fast allen Archiven wurden mehr einschlägige Unterlagen identifiziert, als im Vorfeld kalkuliert worden war. So konnten beispielsweise allein im Bundesarchiv in Berlin annähernd 1.000 Akten und Sicherungsfilme durchgesehen werden, und in der Deutschen Dienststelle – WAST standen Unterlagen zu mehr als 200 nachmaligen Abgeordneten zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund war es zeitlich nicht möglich, sämtliche einschlägige Unterlagen in den regionalen und lokalen Archiven in die Vorstudie einzubeziehen, eine mehr oder weniger nach der Bestandsstruktur des jeweiligen Archivs ausgerichtete qualifizierte Auswahl musste genügen. Aber selbst die hieraus gewonnenen Ergebnisse zeigen, dass sich über die Reichweite der Vorstudie hinaus ein weites Forschungsfeld eröffnet.

Die Ergebnisse der Vorstudie, die detailliert in einer Datenbank dokumentiert sind, lassen sich grob wie folgt zusammenfassen<sup>4</sup>:

- Es wurden 403 ehemalige Abgeordnete des Hessischen Landtags und der beiden Vorparlamente, die 1928 oder früher geboren worden sind, in die Untersuchungsgruppe einbezogen.
- Für 92 ehemalige Abgeordnete konnte eine NSDAP-Mitgliedschaft ermittelt werden, einschließlich 13 in der NSDAP hauptamtlich Beschäftigter oder Parteifunktionäre.
- Es fanden sich 12 Nachweise zu Mitgliedschaften in der SS und Waffen-SS, darunter mehrere hohe SS-Ränge (u.a. zwei SS-Oberführer und ein SS-Standartenführer), aktive Dienste in SS-Totenkopf- und SS-Polizeinheiten sowie Funktionen in zentralen SS-Ämtern.
- 26 ehemalige Abgeordnete waren Mitglieder der SA.
- Für 200 Personen der Untersuchungsgruppe konnten Mitgliedschaften in weiteren Partei- oder parteinahen Organisationen festgestellt werden, einige bekleideten bedeutende Funktionen.
- Mehr als 200 spätere hessische Abgeordnete leisteten aktiven Dienst in der Wehrmacht; in fünf Fällen gibt es Hinweise auf Mitwirkung an militärischen Maßnahmen illegaler oder verbrecherischer Art, denen jedoch weiter nachgegangen werden müsste.
- 17 Personen der Untersuchungsgruppe übten in der Verwaltung oder sonstigen beruflichen Positionen Funktionen aus, die das NS-Regime möglicherweise stützten.

---

<sup>3</sup> Um den Bericht nicht mit Anmerkungen zu überfrachten, werden hier nur Nachweise für die herausgehobenen Fälle angeführt sowie selbstverständlich für alle Zitate. Ferner verpflichteten die vertraglichen Vereinbarungen mit der Deutschen Dienststelle – WAST, alle Informationen nachzuweisen, die nur mithilfe der dortigen Unterlagen belegt werden konnten. Für alle weiteren Nachweise sei auf die Datenbank, die Bestandteil dieses Berichts ist, sowie auf die Aktenberichte verwiesen. Dort sind alle Nachweise für die jeweiligen Abgeordneten dokumentiert.

<sup>4</sup> Für einzelne Abgeordnete treffen mehrere der folgenden „Belastungskategorien“ zu.

- Entnazifizierungsunterlagen konnten zu annähernd 269 der späteren Abgeordneten ermittelt werden; zehn dieser Fälle durchliefen ein Berufungsverfahren, 20 ehemalige Abgeordnete haben ihre NSDAP-Mitgliedschaft nicht oder nicht korrekt angegeben.
- 13 Personen der Untersuchungsgruppe wurden wegen ihrer Stellungen und Funktionen während der NS-Zeit nach 1945 interniert.
- Gegen neun Personen wurden Ermittlungs- und/oder Strafverfahren wegen Vorkommnissen in der NS-Zeit durchgeführt.

Alle im Hessischen Landtag bis 1999 vertretenen Fraktionen hatten frühere NSDAP-Mitglieder oder anderweitig durch die Nähe zum NS-Regime „belastete“ Mitglieder in ihren Reihen. Die Parteien der politischen Linken waren hiervon weniger betroffen als die Parteien bürgerlich-konservativer Ausrichtung. Besondere Ausprägungen finden sich – dies war aufgrund der bisherigen Kenntnisse zur Parteiengeschichte zu erwarten – für die LDP/FDP, den BHE und die NPD.

Der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter den Landtagsabgeordneten stieg ab 1950 signifikant an, erreichte in der 5. Legislaturperiode (1962-1966) einen Spitzenwert von 34% und ging dann vor allem altersbedingt Schritt für Schritt zurück.

Die in dieser Vorstudie vorgelegten Ergebnisse können allenfalls eine erste Standortbestimmung sein und bedürfen weitergehender Untersuchungen, zumal für übergeordnete und systematisierende Fragestellungen, die sich erst in Umrissen abzeichnen. Einige eindeutige Beispiele tiefer Verwicklungen in den NS-Partei- und Staatsapparat, die bisher unbekannt waren, kann die Studie dokumentieren. Dennoch bleiben am Ende zahlreiche Fälle, deren abschließende Einschätzung der eingehenden Einzelüberprüfung bedürfen. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen und Erfahrungen in Bezug auf die Quellenlage kann davon ausgegangen werden, dass in die Tiefe gehende Recherchen für die meisten Abgeordnetenbiographien weitere aussagekräftige Quellenbelege zutage fördern werden.

Abschließend muss betont werden, dass im Rahmen der Vorstudie auftragsgemäß gezielt nach Hinweisen auf „NS-Belastungen“ recherchiert wurde und insofern in gewisser Weise ein „tendenziöses“ Bild entstanden ist. Ähnlich intensiv angelegte Forschungsaktivitäten etwa unter der Fragestellung „Verfolgung und Widerstand“ würden unzweifelhaft ein ganz anderes Schlaglicht auf die hessischen Landtagsabgeordneten nach 1945 werfen und ein differenzierteres Gesamtbild der Untersuchungsgruppe und ihres Verhältnisses zum NS-Regime ergeben.

## 2. Fragestellung der Vorstudie, Herangehensweise und methodische Bemerkungen

### 2.1 Fragestellung und Projektstruktur

Diese Vorstudie wurde beauftragt durch den Präsidenten des Hessischen Landtags. Wissenschaftlich konzipiert und begleitet hat sie die Arbeitsgruppe „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“.<sup>5</sup> Zur Zielsetzung formuliert die dieser Vorstudie zugrunde liegende Projektbeschreibung vom 3. Februar 2012:

„Das Ziel der Vorstudie ist es festzustellen, in wieweit für die hessischen Landtagsabgeordneten für den Zeitraum bis Mai 1945 Mitgliedschaften in der NSDAP respektive einschlägiges Wirken im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung nachzuweisen sind. Die Nachweise sollen zusammenzutragen, dokumentiert und gesichert werden; darüber hinaus sollen Kopien von aussagekräftigen Dokumenten, die bei den Recherchen zu den Biographien der betroffenen Abgeordneten ermittelt werden, gesammelt werden, damit sie später der historischen Forschung im Archiv des Hessischen Landtags oder dem Hessischen Hauptstaatsarchiv der historischen Forschung zur Verfügung gestellt werden können.“<sup>6</sup>

Aufgabe war es demnach, historisches Quellenmaterial zu der Frage zu ermitteln, ob und ggf. wieweit für die ehemaligen Abgeordneten des Hessischen Landtags und der beiden Vorparlamente (der zwischen 26. Februar und 14. Juli 1946 tagende „Beratende Landesausschuss (Groß-Hessen)“ und die zwischen 15. Juli und 30. November 1946 tagende „Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen“) politisches Engagement oder ideologische Nähe zum Nationalsozialismus zu rekonstruieren ist. Dafür sollten einschlägige Aktenbestände eingesehen und ausgewertet werden.

Eine weitergehende historisch-inhaltliche Einordnung der Ergebnisse war nicht gefordert. Die Vorstudie sollte sich hingegen dezidiert auf die Sicherung und systematische Aufbereitung historischer Belege konzentrieren, um sie als Ausgangspunkt für weitergehende Fragestellungen nutzbar zu machen.

Für die Vorstudie standen sieben Monate Arbeitszeit zur Verfügung, sie wurde von April bis Oktober 2012 im Rahmen eines Werkvertrags durchgeführt.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. oben in der Einleitung. Die AG stimmte mit dem Verfasser dieser Studie und seinen Mitarbeitern die Untersuchungsziele, die Rechenschritte sowie die Form der Ergebnisdokumentation ab und unterstützte ihn bei der Redaktion des Zwischen- und des Abschlussberichts. Ferner berichtete sie dem Präsidenten des Hessischen Landtags sowie der Kommission „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ über den Fortgang der Arbeiten und die Ergebnisse.

<sup>6</sup> Zt. Projektbeschreibung, Stand 3. Februar 2012, S. 1.

<sup>7</sup> Der Werkvertrag erlaubte vom finanziellen Rahmen her den Einsatz einer Wissenschaftlichen Hilfskraft für sieben Monate; unter Leitung von Dr. Albrecht Kirschner, Marburg, wurden als weitere Projektkräfte eingesetzt: Frau Karin Brandes M.A., und die Herren Dipl. Volkswirt Gunnar Hanig, Stud. phil. Alexander Steder und Stud. jur. Sascha Hörmann.

## 2.2 Basisdaten

Für diese Vorstudie wurde eine Projektdatenbank (Microsoft Access) entwickelt. Als Datengrundlage dienten die von der Verwaltung des Hessischen Landtags zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten über die hessischen Landtagsabgeordneten. Diese wurden mit den Angaben des Buches „Hessen-Parlament 1946-1986“ von Jochen Lengemann<sup>8</sup> sowie den Listen der Mitglieder der beiden hessischen Vorparlamente<sup>9</sup> abgeglichen und mit den Angaben aus der Liste „Ehemalige Mitglieder der NSDAP als nachmalige hessische Landtagsabgeordnete“ von Helmut Gewalt<sup>10</sup> sowie um die jüngst vorgelegten Ergebnisse von Hans-Peter Klausch<sup>11</sup> ergänzt.

Ausgewählt wurden alle Abgeordneten des Hessischen Landtags und der beiden Vorparlamente mit Geburtsjahrgang 1928 und älter.<sup>12</sup> Nach diesem Kriterium ergab sich eine Untersuchungsgruppe von insgesamt 403 Abgeordneten, zu deren Biographie zu recherchieren war (vgl. Anhänge 1 und 2).

## 2.3 Methodische Bemerkungen

Die biographischen Angaben im dritten Teil des Buchs von Jochen Lengemann beruhen in der Hauptsache auf Angaben, die die Abgeordneten selbst der Landtagskanzlei zur Verfügung gestellt hatten oder die sich darüber hinaus im Archiv des Landtags finden ließen.<sup>13</sup> Dass die Abgeordneten dabei eher auf die Vermeidung von Hinweisen auf politische Betätigung im Dienste des NS-Regimes achteten bzw. Wert darauf legten, subjektiv „ungeeignete“

---

<sup>8</sup> Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946-1986. Frankfurt/M. 1986. Die hier enthaltenen Daten weichen nur in einzelnen Fällen von jenen der Datenbank des Hessischen Landtags ab.

<sup>9</sup> Zum Beratenden Landesausschuss vgl. <http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/blaabgeordnete.pdf> (01.03.2012) und zur Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vgl. <http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/vlvabgeordnete.pdf> (01.03.2012).

<sup>10</sup> Helmut Gewalt: Ehemalige Mitglieder der NSDAP als nachmalige hessische Landtagsabgeordnete. <http://www.niqel.de/bredel/news/hessen.pdf> (13.02.2012).

<sup>11</sup> Hans-Peter Klausch: Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987). Hg. DIE LINKE Fraktion im Hessischen Landtag. Wiesbaden 2011; zur Rolle der Studie s.o. in der Einleitung.

<sup>12</sup> Ursprünglich war vorgesehen, die Jahrgänge 1927 und älter in die Vorstudie einzubeziehen. Da aber die Recherchen nicht auf die NSDAP-Mitgliedschaft beschränkt wurden und z.B. auch eventuell belastende Mitgliedschaften in der Waffen-SS und ggf. auch der Wehrmacht berücksichtigt werden sollten, wurde der Geburtsjahrgang 1928 ebenfalls einbezogen. Hierdurch wuchs die Untersuchungsgruppe um zehn weitere nachmalige Abgeordnete und damit rund 2,5% an. Zur Bedeutung des Geburtsjahrgangs 1928 in der Wehrmacht vgl. z.B. Rüdiger Overmans: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg. 3. Auflage, München 2004, Tabelle 72 auf S. 332. Insgesamt hierzu: Rudolf Absolon: Die Wehrmacht im Dritten Reich. Band VI. Boppard am Rhein 1995. S. 15ff. (Die Luftwaffenhelfer) und S. 96ff. (Der Kriegseinsatz der deutschen Jugend). – Anders als bei Klausch: Braunes Erbe. S. 5, wurde die Untersuchungsgruppe nicht auf die erste bis elfte Legislaturperiode begrenzt, sondern die gesamte „Alterskohorte“ bis Jahrgang 1928 berücksichtigt und die Mandatsträger der beiden hessischen Vorparlamente einbezogen (Beratender Landesausschuss und Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen), wodurch sich eine Ausweitung der Untersuchungsgruppe um 55 Personen auf insgesamt 403 Personen ergab.

<sup>13</sup> Vgl. Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 10.

biographische Angaben zu unterdrücken, überrascht nicht, und somit auch nicht, dass sich bei Lengemann nur drei Hinweise auf NSDAP-Mitgliedschaften finden<sup>14</sup>:

- Über Dr. Ernst Arnold (ID 30, FDP<sup>15</sup>), NSDAP-Mitglied seit 1937, ist u.a. zu lesen, dass er wegen Mitgliedschaft in der „Bekennenden Kirche“<sup>16</sup> sieben Monate in Lagerhaft gewesen war.
- Im Fall Dr. Gerhard Woitschell (ID 226, NPD), NSDAP-Mitglied seit 1928, wurde die Mitgliedschaft vielleicht nicht einmal als politischer „Makel“ empfunden, denn für die Nachkriegszeit finden sich folgende weiteren Angaben: 1949-1950 Mitgliedschaft in der Nationaldemokratischen Partei (NDP), ab 1959 in der Deutschen Reichspartei (DRP) und seit Gründung 1964 in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).
- Zu Prof. Dr. Wilhelm Ziegler (ID 402, BHE) erhält man folgende Informationen zur NSDAP-Mitgliedschaft: „1933 (...) Reichspropagandaministerium, Referent für Wissenschaft. Pg. ohne Amt. 1938 Ministerialrat. (...) 1942 Untersuchungsverfahren durch Geheime Staatspolizei wegen aktiven Widerstands in den Jahren 1938 und 1939, seitdem dienstlich beaufsichtigt. 1943 beurlaubt.“<sup>17</sup>

Selbst für Dr. Albert Derichsweiler (ID 19, FDP) fehlt bei Lengemann die Angabe, dass er Parteimitglied der NSDAP war. Es wird zwar – wohl nach seinen eigenen Angaben – darüber informiert, dass er 1934-1936 „Studentenbundführer“ war<sup>18</sup>, doch erst die korrekte Bezeichnung des Amtes, „Bundesführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“, macht klar, dass er als Chef einer der Parteigliederungen in die höchste Funktionärssebene der NSDAP einzureihen ist – ohne Parteimitgliedschaft war ein derartiges Amt nicht zu erreichen.

---

<sup>14</sup> So auch Klausch: Braunes Erbe. S. 5. Dasselbe gilt für die Datenbank des Hessischen Landtags, die uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Diese Datenbank wurde offensichtlich erst im Zuge der Arbeiten Lengemanns am erwähnten Buch aufgebaut und wird seither fortgeführt; vgl. Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 10. Allerdings sind darüber hinaus offenbar keine weiteren systematischen Recherchen, weder in Archiven noch in der Literatur, durchgeführt worden.

<sup>15</sup> Im Folgenden werden zur besseren Zuordnung hinter den Namen jeweils die ID in der Datenbank der Vorstudie und die Fraktion angegeben. Dabei werden aufgrund der gegebenen Kontinuitäten alle Mitgliedschaften im Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, 1950-1952), Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE, 1952-1961) und in der Gesamtdeutschen Partei (GDP, 1961-1965) bzw. die hessische „Spezialität“ GDP/BHE unter BHE zusammengefasst; ebenso wurden Mitgliedschaften in der Liberal-Demokratische Partei Hessen, sie bestand 1946-1948, unter „FDP“ subsumiert. In der Datenbank sind jedoch die jeweils historisch exakten Bezeichnungen vermerkt.

<sup>16</sup> Die „Bekennende Kirche“ war ein Zusammenschluss protestantischer Christen, der in Opposition zu den regimenehen „Deutschen Christen“ stand; Ausgangspunkt war die im „Kirchenkampf“ 1934 versuchte Gleichschaltung der evangelischen Kirchen in Lehre und Organisation. Nicht nur diese organisierte Renitenz, sondern auch die Proteste gegen die Euthanasie und die Beteiligungen von Mitgliedern der Bekennenden Kirche an Widerstandsaktionen zeichnete sie als politische Gegner des NS-Regimes aus. Vgl. u.a. Rolf-Ulrich Kunze: Widerstehen aus evangelischem Glauben. In: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Bonn 2004. S. 111-129.

<sup>17</sup> Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 440. Zu den Tätigkeiten Zieglers eingehender s.u.

<sup>18</sup> Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 234.

Unverkennbar ist, dass in mindestens drei der vier genannten Fälle die Angaben zur NSDAP-Mitgliedschaft so stark relativiert oder gar verschleiert wurden, dass es einer intensiven Suche nach weiteren historischen Quellenbelegen und deren Analyse bedarf, um eine NS-Belastung in ihren tatsächlichen Dimensionen und ggf. Wandlungen genauer zu erfassen. Diese Feststellungen sind nicht nur relevant für die qualitative Beurteilung der bisher zur Verfügung stehenden Sammlung biographischer Daten zu den hessischen Landtagsabgeordneten, sondern es ergeben sich aus ihnen auch Schlüsse und methodische Überlegungen in Bezug auf die Ergebnisse dieser Vorstudie.

Dies betrifft z.B. den Informationswert der Entnazifizierungsunterlagen, denn wie die Angaben gegenüber der Landtagskanzlei sind die Daten auf den Meldebögen für die Spruchkammern in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre Eigenauskünfte. Eine anlassbezogene „Modellierung“ oder Reduzierung der Angaben zu möglichen NS-Belastungen darf angesichts drohender Sanktionen als fast zwangsläufig unterstellt werden. Insofern ist die unkritische Übernahme der Einträge aus den Meldebögen problematisch. Einen Eindruck hiervon vermittelt die Auswahl jener Meldebögen, welche die ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter den Abgeordneten ausgefüllt haben: Für die 92 Abgeordneten, die vor 1945 NSDAP-Mitglieder waren, wurden zu 52 Personen Unterlagen aus den hessischen Spruchkammern ermittelt.<sup>19</sup> 20 dieser 52 Personen gaben ihre vormalige NSDAP-Mitgliedschaft im Meldebogen der Spruchkammern nicht an.

Eine vergleichbare quellenkritische Herangehensweise ist etwa auch – nur unter anderen Vorzeichen – für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR geboten oder für das seit 1965 in drei Auflagen erschienene „Braunbuch“ über die NS-Belastung gesellschaftlicher Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland.<sup>20</sup> Zwar erweisen sich die dort gesammelten Fakten als weitgehend zuverlässig,<sup>21</sup> jedoch sind die Fundstellen nicht immer korrekt und damit zuweilen schwer nachvollziehbar.

Es konnte nicht Anspruch dieser Vorstudie sein, innerhalb eines guten halben Jahres sämtlichen Hinweisen für eine Untersuchungsgruppe im Umfang von 403 Personen in aller Tiefe nachzugehen. Vielmehr beschränkte sie sich auftragsgemäß auf die Sichtung und Auswertung einschlägigen Quellenmaterials. Sie bietet daher kein abgerundetes Bild, öffnet jedoch den Horizont für künftige Forschungsmöglichkeiten und erhöht die Chancen für ertragreiche Analysen. Die in die biographische Datensammlung aufgenommenen Angaben können und sollen in vielen Fällen nicht als „harte Fakten“ verstanden werden, sondern sind historische Belege, die zum Teil erst vertiefende Forschungen ermöglichen. Widersprüchliche und/oder zweifelhafte Angaben wurden bewusst nicht „geglättet“, da im Einzelfall ggf. erst weitere Recherchen ein konsistentes Bild ergeben.

---

<sup>19</sup> V.a. aus Abteilung 520 des Hessischen Hauptstaatsarchivs, s.u.

<sup>20</sup> Vgl. Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, München 2013, S. 47f.

<sup>21</sup> Beispielsweise auch bzgl. des Auswärtigen Amtes, so Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit, 4. Auflage, München 2010. S. 18.

Dies illustriert etwa der Fall Prof. Dr. Wilhelm Ziegler (ID 402, BHE). In Lengemanns Landtagshandbuch findet sich folgende Passage: „1942 Untersuchungsverfahren durch Geheime Staatspolizei wegen aktiven Widerstandes in den Jahren 1938 und 1939, seitdem dienstlich beaufsichtigt. 1943 beurlaubt“.<sup>22</sup> Klausch ermittelte, dass sich die Beurlaubung – anders als zu vermuten – auf Zieglers Tätigkeit als Honorarprofessor an der Berliner Universität bezog, damit er sich auf seine Arbeit im Reichspropagandaministerium konzentrieren konnte, ohne seinen Professorentitel zu verlieren.<sup>23</sup> Dies deckt sich mit dem Befund, dass Ziegler ausweislich der Datenbank der Deutschen Nationalbibliothek seit 1942 tatsächlich keine Literatur, zumindest keine monographische Literatur mehr veröffentlicht hat.<sup>24</sup> Auch ist für die Jahre 1942 bis 1945 ein Karriereknick in Hinsicht auf seine ministerielle Tätigkeit nicht nachvollziehbar.<sup>25</sup> Eine aktive Widerstandstätigkeit Zieglers in den späten 1930er Jahren erscheint daher eher unwahrscheinlich. Die Klärung der Sachverhalte kann jedoch nur über eine vertiefte Recherche im entsprechenden Zeitraum gelingen. In die Datenbank wurden alle Angaben einschließlich der Fundstellen aufgenommen.

Unsicherheiten der Daten können sich auch aus fehlerhaften Identifizierungen von Personen ergeben. Um Verwechslungen auszuschließen, wurde bei allen Rechschritten außer dem Namen auch das Geburtsdatum und der Geburtsort herangezogen. Da Namensvarianten („Heinz“ statt „Heinrich“, „Hans“ statt „Johannes“, „Willy“ statt „Wilhelm“ etc.) die Zuordnung zuweilen erheblich erschweren können, musste mindestens das Geburtsdatum identisch sein, um einem Fundstellenhinweis nachzugehen. Soweit in den Findmitteln angegeben, wurde der Geburtsort ergänzend hinzugezogen; dies konnte bei leichten (Schreib-)Varianten des Namens oder mutmaßlichen Fehlern beim Geburtsdatum für die Klärung der Personenidentität von Bedeutung sein.<sup>26</sup> Reine Namensgleichheit auch ohne das Geburtsdatum genügte nur in Ausnahmefällen, und zwar dann, wenn über eine eindeutige Funktion oder Tätigkeit die Personenidentität gesichert war.

Zwischenfazit: Die Datenbank und daraus folgend auch dieser Abschlussbericht weisen eine hohe Sicherheit bei der Zuordnung der aufgefundenen Angaben zu den einzelnen

---

<sup>22</sup> Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 440.

<sup>23</sup> Klausch: Braunes Erbe. S. 19f.

<sup>24</sup> Vgl. <https://portal.dnb.de/opac.htm?jsessionid=599E1532804B27A55AB338E22152C935.prod-worker5?method=showNextResultSite&currentResultId=per%3D%22Ziegler%2C+Wilhelm%22+and+jhr%3D1940-1945%26books%26articles%26serials%26bequest%26manuscript%26letters%26biographicaldoc%26collections%26any&currentPosition=0> (03.12.2009). Als letzte Neuerscheinung wurde 1941 sein Werk „Großdeutschlands Kampf“ veröffentlicht; 1943 erschien die 4. Auflage seines 1936 erstveröffentlichten Buches „Verdun“.

<sup>25</sup> Jedenfalls nicht nach Auswertung der folgenden Unterlagen: BAB (ehemals BDC), Bestand DS, Ziegler, Wilhelm, \*25.11.1891, BAB (ehemals BDC), Bestand PK, Ziegler, Wilhelm, \*25.11.1891, BAB (ehemals BDC), Bestand RK, Ziegler, Wilhelm, \*25.11.1891 und BAB, Bestand R 55, Nr. 23023.

<sup>26</sup> Beispielsweise fand sich auf zwei Karten der OMGH zu Heinrich Wittich (ID 394, CDU) das Geburtsdatum 23.09.1891, vgl. HHStAW, Abt. 649, Karton 317; das nach allen anderen Quellen übereinstimmend korrekte Geburtsdatum lautet aber 23.06.1891. Da Vor- und Nachname sowie der Geburtsort (Wehren Krs. Fritzlar) identisch waren, handelt es sich wohl um einen Tippfehler, so dass von einer Personenidentität ausgegangen wurde.

Personen auf. Die qualitative Bandbreite ist hingegen groß: Sie reicht von schwierig nachvollziehbaren Eigenangaben bis zu klaren Faktennachweisen, wie z.B. die NSDAP-Mitgliedschaft. Entsprechend differenziert müssen auch die Ergebnisse bewertet werden.

## **2.4 Forschungsgang**

Der Rechercheauftrag lautete, nach einschlägigen Unterlagen im Bundesarchiv in Berlin (insbesondere die Bestände des Berlin Document Centers – BDC), im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg, in der Deutschen Dienststelle – WAST, im Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin, in der National Archives and Records Administration der USA, in den drei Hessischen Staatsarchiven in Wiesbaden, Darmstadt und Marburg, in den Kreis- und Kommunalarchiven sowie in weiteren Archiven zu recherchieren, diese einzusehen und auszuwerten.

Vor diesem Hintergrund stellte sich zunächst die Frage nach der Reihenfolge der Recherchen. Zwar konnten über die Datenbank der Landtagsverwaltung erste geographische Zuordnungen, beispielsweise über den Geburts- und den zuletzt bekannten Wohnort sowie über den Wahlkreis, vorgenommen werden, die für Archivrecherchen einen maßgeblichen Ausgangspunkt abgeben. Doch war von vornherein klar, dass die in dieser Datenbank erfassten Orte wahrscheinlich nicht alle Aufenthaltsorte abdeckten, in denen sich die Abgeordneten während der Zeit des Nationalsozialismus oder in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgehalten hatten. Aus diesem Grund, aber auch weil nur ein begrenzter Zeitrahmen zur Verfügung stand, wurde entschieden, mit den Recherchen bei den zentralen Beständen zu beginnen. Abgesehen davon war unstrittig, dass den NSDAP-Mitgliederkarteien in Berlin eine Schlüsselrolle zukommen würde. Erst von hier aus wurden die Blicke auf die regionale und die lokale Überlieferung gelenkt. Die Deutsche Dienststelle – WAST wurde dem Bundesarchiv-Militärarchiv vorangestellt, da in der WAST deutlich mehr Unterlagen zu Soldaten mit Mannschaftsgraden und zu Unteroffizieren vorhanden sind; im Hinblick auf die Recherchen im Militärarchiv ergaben sich hieraus erhebliche Synergieeffekte.

Früh und quasi zeitgleich zu den Erhebungen in Berlin wurde mit den Recherchen in dem schwierig auszuwertenden Bestand der Hessischen Spruchkammern begonnen (HHStAW, Abt. 520); diese Unterlagen sind nur über die zeitgenössisch angelegten Karteien der jeweiligen Spruchkammern zugänglich.

Da die Unterlagen in den zentralen, übergeordneten Archiven weit umfangreicher und besser zugänglich als erwartet waren, mussten sich die weitergehenden Recherchen in einem definierten Rahmen bewegen: Im Hauptstaatsarchiv wurden außer den Spruchkammerunterlagen die Karteikarten des Bestandes 649 (OMGH-Kartei) ausgewertet, in den Hessischen Staatsarchiven Darmstadt und Marburg eine Auswahl an Sach- und Personalakten. Auch bei den Kreis- und Kommunalarchiven musste eine Auswahl getroffen werden. Die sonstigen Archive – es ist dabei u.a. an berufsständische Archive, an Wirtschafts- und Firmenarchive oder an die Dokumentationsstellen der Gedenkstätten zu denken – konnten nur in wenigen Ausnahmen berücksichtigt werden.

Insgesamt brachte dieses Vorgehen den Nachteil mit sich, dass nur zu einem Teil der Abgeordneten auf allen Ebenen der Überlieferung mit der gleichen Intensität nachgeforscht werden konnte. Gleichwohl ergibt sich aus den Rechercheergebnissen ein vergleichsweise differenziertes Bild: im Hinblick auf die Art und Qualität der relevanten archivischen Überlieferung sowie im Hinblick auf die „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“.

### 3. Literaturlauswertung

Außer dem Werk von Jochen Lengemann<sup>27</sup> und der Studie von Hans-Peter Klausch<sup>28</sup> wurden 13 einschlägige lexikalische oder mittels Personenindices gut erschlossene Werke systematisch und vollständig ausgewertet:

- Roland Dotzert, Peter Engels, Anke Leonhardt (Red.): Stadtlexikon Darmstadt. Hg. vom Historischen Verein für Hessen i.A. des Magistrats der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darmstadt 2006.
- Wolfgang Form / Theo Schiller (Hg.): Politische NS-Justiz in Hessen: Die Verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel 1933-1945 sowie Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt /M. (1933/34). 2 Bände. Marburg 2005 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 65).
- Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt/M. 2003.
- Karl Maly: Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Band 2: Das Regiment der Parteien 1901 bis 1933. Frankfurt/M. 1995.
- Norbert Podewin (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Reprint der 3. Auflage von 1968. Berlin 2002.
- Klaus-Dieter Rack und Bernd Vielsmeier (Bearb. u. Hg.): Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biografische Nachweise für die Erste und Zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen 1820-1918 und den Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933. Darmstadt 2008 (Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt 29, zugl. Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 19).
- Elke Schüller: „Neue, andere Menschen, andere Frauen“? Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945-1956. Ein biographisches Handbuch. 2 Bände. Königstein/Ts. 1995/1996.
- Kassel Lexikon. 2 Bände. Hg. von der Stadt Kassel. Kassel 2009.
- Erich Stockhorst: 5000 Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Velbert 1967.
- Kurt P. Taubert: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945. 2 Bände, Middleton, Conn., USA 1967.
- Bettina Tüffers: Der braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945 (Studien zur Frankfurter Geschichte 54). Frankfurt/M. 2004.
- Rudolf Vierhaus, Ludolf Herbst (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002. 3 Bände. München 2002/2003.
- Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. München 1983.

Darüber hinaus wurde in Einzelfällen inhaltlich einschlägige Literatur herangezogen. Diese ist in der Datenbank sowohl jeweils bei den Nachweisen der einzelnen Abgeordneten als auch in der Gesamtliteraturliste vermerkt (vgl. Anhang 4: Literatur). Auf weitere Titel wurde allerdings in aller Regel nur hingewiesen, da eine tiefer gehende Auswertung in dem eng gesetzten zeitlichen Rahmen dieser Vorstudie nicht möglich war.

---

<sup>27</sup> S. Anm. 8.

<sup>28</sup> S. Anm. 11.

## 4. Archivrecherchen

### 4.1 Bundesarchiv Berlin

Im Rahmen von zwei längeren Arbeitsaufenthalten wurden die beiden dort fragmentarisch überlieferten zentralen Mitgliedskarteien der NSDAP (Berlin Document Center (BDC)-Bestand 3100) und der ehemaligen NSDAP-Gau- und Kreisorganisationen (BDC-Bestand 3200) gesichtet; es wurde in über 740 Mikrofilmen recherchiert.<sup>29</sup> Für 87 nachmalige Abgeordnete konnte in diesen Unterlagen eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden.<sup>30</sup> Damit konnten alle jüngst von Hans-Peter Klausch ermittelten Fälle bestätigt<sup>31</sup> sowie 13 weitere NSDAP-Mitgliedschaften dokumentiert werden.

Darüber hinaus wurden weitere personenbezogene Akten des ehemaligen Berlin Document Centers sowie der R-Bestände des Bundesarchivs in Berlin gesichtet: Zu 52 Abgeordneten fanden sich 93 Akten des Reichsjustizministeriums, des Volksgerichtshofs, des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof, des Reichsministeriums des Innern, des Landwirtschaftsministeriums, der Reichskulturkammer, der SA, der SS und anderer Stellen. Die dortigen Angaben ergänzten häufig den Tatbestand einer Mitgliedschaft in der NSDAP<sup>32</sup> durch weitere Informationen zu staatlichen Funktionen oder um besondere Vorkommnisse<sup>33</sup>. Zeitgenössische Lebensläufe in Bewerbungsunterlagen sowie Personalbögen, Aufnahmeanträge etc. erwiesen sich als einschlägige Quellen zu Mitgliedschaften auch in Neben- und Unterorganisationen der NSDAP; hier fanden sich auch zahlreiche Angaben zu ggf. relevanten Funktionen und Ämtern.

Weit weniger ertragreich als erwartet waren die Unterlagen des ehemaligen NS-Archivs des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Insgesamt konnten 31 Akten zu 26 ehemaligen Abgeordneten ermittelt werden. Fünf dieser Akten waren vom Bundesarchiv an Landes- oder Staatsarchive bzw. die BStU abgegeben worden.<sup>34</sup> Die im Bundesarchiv in Berlin eingesehenen Akten dieser Herkunft waren nur im Einzelfall von größerer Bedeutung. Es handelt sich zumeist um Parallelüberlieferungen, oder sie enthielten nur wenige relevante Informationen.

---

<sup>29</sup> Als Problem erwies sich dabei die „alphabetische“ Ordnung der Karteien, die zuweilen durch phonetische (bspw. „Voigt“ identisch gesetzt mit „Vogt“) und onomastische Prinzipien („Hans“ findet sich manchmal bei „Johann“, „Lotte“ bei „Elisabeth“) ergänzt wurde.

<sup>30</sup> Vor dem Hintergrund der alphabetisch-phonetisch-onomastischen Sortierung des Bestandes wurden die Quellenangaben in der Datenbank zusätzlich mit der Mikrofilmmnummer versehen. Die korrekte Zitierweise lautet: BAB (ehemals BDC), Bestand ##, Name, Vorname, \*Geburtsdatum.

<sup>31</sup> Klausch: Braunes Erbe.

<sup>32</sup> Auch eine weitere NSDAP-Mitgliedschaft, nämlich jene für Anno von Gebhardt, fand sich in BAB, Bestand R 9361 I, Nr. 868.

<sup>33</sup> In einem Fall z.B. Verwicklungen in ein Korruptionsverfahren: Im Februar 1937 wurde gegen Wilhelm Saure (ID 318, FDP), der zu diesem Zeitpunkt im Reichs- und Preußischen Ministerium Ernährung und Landwirtschaft tätig war, ein Ehrenverfahren beim Deutschen Reichsbauernrat eingeleitet. Saure soll unter Ausnutzung seiner Stelle im Ministerium seinem Bruder zu einer bevorzugten Zuweisung einer Siedlerstelle verholfen haben. Das Verfahren wurde auf Anordnung Görings bis 15.06.1938 ausgesetzt und Saure am 15.07.1938 in dieser Sache amnestiert. Vgl. die umfangreiche Akte BAB, Bestand R 16 I, Nr. 2279.

<sup>34</sup> Für diese Akten wurde in die Datenbank nur ein entsprechender Nachweis aufgenommen, sie wurden nicht eingesehen.

## 4.2 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Da derzeit in der Regel nur Einzelauskünfte möglich sind, die zudem eine Bearbeitungszeit von ca. zwei Jahren beanspruchen, mussten bei den Recherchen in der BStU Kompromisse geschlossen werden. Anfang Juni 2012 wurde ein Forschungsantrag zur Überprüfung von zehn Personen gestellt, der im Juli durch einen Rechercheauftrag zu weiteren 13 Personen ergänzt werden konnte.<sup>35</sup> Ende September waren die Recherchen nach den Unterlagen in der BStU dank des Entgegenkommens der Mitarbeiter/innen soweit abgeschlossen und es konnten in Berlin insgesamt elf Akten der Stasi zu acht der 23 angefragten ehemaligen hessischen Landtagsabgeordneten eingesehen werden, teils die Originalakten, teils – aus Gründen des Datenschutzes – Auszüge in Kopie.<sup>36</sup> Unter diesen Akten waren sowohl von der Stasi angelegte personenbezogene Akten als auch themenbezogene Akten derselben Herkunft wie z.B. über die Agrarische Gesellschaft e.V., in der sich Angaben zu Tassilo Tröscher befanden.<sup>37</sup>

Für die vorliegende Vorstudie war der Ertrag sehr unterschiedlich. Zuweilen liegen ausführliche Dossiers und Materialsammlungen vor,<sup>38</sup> zuweilen enthalten die Akten zugleich viele wenig relevante Hinweise. Im Einzelfall liefern sie aber erhebliche neue Erkenntnisse zur NS-Vergangenheit einiger ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Insofern ist den in der BStU überlieferten Stasi-Akten zweifelsfrei eine hohe Bedeutung für die Rekonstruktion einzelner Biographien beizumessen, die in dieser Vorstudie nur in Ansätzen zur Geltung kommt.

## 4.3 Deutsche Dienststelle – WAST (ehemalige „Wehrmachtsauskunftsstelle“), Berlin

In der Deutschen Dienststelle – WAST konnten Unterlagen zu unerwartet vielen, nämlich 206 nachmaligen hessischen Abgeordneten durchgesehen werden. Der Informationsgehalt der Unterlagen war sehr unterschiedlich: Materialreiche Personalakten der Marine erlauben recht gute Einblicke in militärische Karrieren; Krankenbuchmeldungen zu bestimmten Zeitpunkten

---

<sup>35</sup> Überprüft wurden Karl Theodor Bleek (ID 69, FDP), Rudolf Böhm (ID 75, BHE), Fritz Czermak (ID 125, BHE), August Martin Euler (ID 94, FDP), Werner Fischer (ID 147, NPD), Hartwig Golf (ID 172, NPD), Gustav Hacker (ID 182, BHE), Karl Hellwig (ID 196, SPD), Eitel Oskar Höhne (ID 200, SPD), Jakob Husch (ID 206, CDU), Walter Klaus Köbel (ID 240, SPD), Lauritz Lauritzen (ID 250, SPD), Ernst Leitz (ID 254, CDU), Franz Radomicki (ID 55, SPD), Karl Reitz (ID 217, CDU), Heinrich Rodemer (ID 224, FDP), Siegfried Ruhl (ID 313, CDU), Nikolaus Schiergens (ID 12, FDP), Alfred Schneider (ID 328, SPD), Ernst Günther Stegmann (ID 107, BHE), Friedrich-Wilhelm Stein (ID 219, FDP), Tassilo Tröscher (ID 358, SPD) und Heinz Wolf (ID 258, CDU).

<sup>36</sup> Akten zu Werner Fischer (1 Akte), Hartwig Golf (1 Akte, die jedoch wegen nur teilweise in der Akte geklärten Personenidentitäten der Stasi nicht abschließend ausgewertet werden konnte), Gustav Hacker (2 Akten), Eitel Oskar Höhne (1 Akte als Kopie in Auszügen), Lauritz Lauritzen (2 Akten, darunter eine mit zwei Bänden und eine als Kopie in Auszügen), Heinrich Rodemer (1 Akte), Tassilo Tröscher (2 Akten, darunter eine mit zwei Bänden) und Heinz Wolf (1 zweibändige Akte).

<sup>37</sup> BStU, MfS – AS 37/68 Bd. 1a, Teil 1 und Teil 2-3.

<sup>38</sup> Beispielsweise die beiden „Ermittlungsakten“ zu Generalstaatsanwalt Dr. Kurt Bode, Heinz Wolfs damaligem Vorgesetzten in Danzig, in der sich umfangreiches Material zu Wolf findet: BStU MfS – HA IX/11, RHE-West Nr. 348/1-2 und Nr. 348/3. Auch konnte für Gustav Hacker die vermutete und – vor dem Hintergrund seiner politischen Biographie in der CSR wahrscheinliche – NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden: BStU, MfS – MfS HA IX/11, PA 651, Bl. 23.

oder kurzen Zeiträumen geben Hinweise auf Einsatzzeiten und Einsatzgebiete bei der Wehrmacht sowie auf Beförderungen und Auszeichnungen. Erkennungsmarkenverzeichnisse verweisen auf die jeweilige Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wehrmachtseinheit, sind jedoch nur für spezialisierte Fachhistoriker auswertbar; da der Aufwand für die Auswertung dieser Verzeichnisse groß ist, wurden in der Datenbank – abgesehen von den Ergebnissen weniger stichprobenartiger Recherchen – nur Hinweise auf die entsprechenden Verzeichnisse aufgenommen.<sup>39</sup>

Aussagekräftig sind Anfragen einiger Ermittlungsbehörden aus der Bundesrepublik Deutschland an die WAST im Rahmen von (Vor-)Ermittlungen zu Kriegsverbrecherprozessen; sie können wichtige Hinweise auf die Teilnahme an bestimmten militärischen Operationen liefern. Die genauen Hintergründe bzw. Vorwürfe konnten im zeitlichen Rahmen der Vorstudie nicht geklärt werden; die Tatsache, dass ermittelt wurde, wurde in der Datenbank erfasst.

#### **4.4 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg**

Im Militärarchiv Freiburg werden ca. 280.000 Offizierspersonalakten der Luftwaffe und des Heeres sowie etwa 180.000 Akten der Wehrmachtsjustiz verwahrt. Diese beiden Bestände sind zumindest teilweise (die genannten Offizierspersonalakten zu ca. 90%) über unterschiedliche Datenbanken erschlossen, die vor Ort eingesehen werden können. Wehrmachtzugehörigkeiten sind sehr viel umfassender in der WAST dokumentiert, so dass sich die personenbezogenen Recherchen in Freiburg auf die dortigen „Treffer“ konzentrieren konnten. Insgesamt wurden 73 Akten und Karteikarten der Wehrmacht zu 48 Personen der Untersuchungsgruppe ausgewertet. Auch hier reichen die erhobenen Daten von Lazarettaufenthalten bis zu Informationen über Maßnahmen der Bekämpfung von Partisanen und anderen Aufständischen in Osteuropa (so genannte „Bandenbekämpfung“), bei denen die Wehrmacht an Kriegsverbrechen und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung beteiligt war.

#### **4.5 National Archives and Records Administration (NARA), Washington**

Die US-Militärregierung hatte in der Nachkriegszeit große Aktenbestände beschlagnahmt, die sich insbesondere auf die NS-Zeit bezogen, und in die USA verbracht. Bis auf wenige Ausnahmen (einige Aktenfragmente, Duplikate etc.) wurden in den 1970er und 1980er Jahren alle beschlagnahmten Unterlagen verfilmt; sie stehen in Deutschland (speziell im Institut für Zeitgeschichte in München) auf ca. 100.000 Mikrofiches zur Benutzung zur Verfügung. Hinweise darauf, dass in der NARA Akten dieser Bestände neu erschlossen worden sind, konnten leider nicht bestätigt werden.

---

<sup>39</sup> Eine Liste zur Entschlüsselung der Verzeichnisnummern wurde in Kopie ebenfalls überlassen und liegt der Dokumentation zum Abschlussbericht bei.

Hingegen verwies die NARA auf die dort liegenden einschlägigen Unterlagen des Counter Intelligence Corps (CIC), die weitere wichtige Informationen beinhalten dürften,<sup>40</sup> aber aus Zeit- und Kostengründen nicht in die Vorstudie einbezogen werden konnten.

#### **4.6 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**

Die Unterlagen der hessischen Spruchkammern (Abteilung 520) sind die umfangreichsten und auswertungsaufwändigsten der Vorstudie. Millionen von Meldebögen und Akten sind nur über die umfangreichen personenbezogenen Karteien der früheren Spruchkammern zugänglich. Die Meldebögen enthalten Angaben über Mitgliedschaften und ggf. Funktionen in den NS-Organisationen, die Akten – soweit sie bedarfsweise angelegt wurden – weitergehende Informationen. Die Aussagekraft ist zuweilen problematisch, da aus Gründen der Verfahrenslogik „beschönigende“ Angaben zu erwarten sind.<sup>41</sup> Nach Durchsicht der Karteikarten wurden Informationen zu 269 der infrage kommenden Abgeordneten (das sind 66,8% der Untersuchungsgruppe) gefunden; ausgewertet wurden 63 Akten der Spruchkammern, 184 Meldebögen und 22 Karteikarten. Es ist aber davon auszugehen, dass der Bestand weitere einschlägige Unterlagen enthält. Diese sind jedoch erst ermittelbar, wenn die zuständige Spruchkammer bekannt ist; die Zuständigkeit richtete sich nach dem Wohnort der jeweils gefragten Person in den ersten Jahren nach 1945, der in vielen Fällen nicht bekannt ist.

Die rund 700.000 Karten umfassende Namenskartei der amerikanischen Militärregierung für Hessen (OMGH) im Staatsarchiv in Wiesbaden (Abteilung 469) wurde ebenfalls nach allen Namen der Untersuchungsgruppe durchgesehen. 194 ehemaligen Abgeordneten konnten Karteikarten zugeordnet werden (= 48,0% der infrage kommenden Abgeordneten). Die dort entnommenen Angaben können als zuverlässig gelten, auch wenn die Einzelüberprüfung anhand von Originalunterlagen im Rahmen dieser Vorstudie nicht möglich war.<sup>42</sup> Sie wurden im oben dargelegten Sinn, d.h. als Hinweise, in die Datenbank übernommen.

---

<sup>40</sup> E-Mail von Amy Schmidt, NARA, an Karin Brandes vom 26.09.2012. Beim CIC-Bestand der NARA handelt es sich um die Record Group 319 (Records of the Army Staff), darin die CIC-Collection, worin sich wiederum 143 Kartons mit Sachakten und Tausende von personenbezogenen Akten der CIC finden. Vgl. <http://www.archives.gov/iwg/declassified-records/rg-319-army-staff/rg-319-irr-case-files.html> und <http://www.archives.gov/iwg/declassified-records/rg-319-army-staff/irr-personal-#.html> (beide 04.11.2012).

<sup>41</sup> Die Verfahren waren so angelegt, dass die betroffene Person durch die Angaben im Fragebogen einer Betroffenengruppe zugeordnet wurde und Beweismaterial vorlegen musste, wenn sie in eine günstigere Gruppe eingestuft werden wollte; es gab fünf Betroffenengruppen: Hauptschuldige (Kriegsverbrecher), Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer), Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete; s.u. Abschnitt 5.8.

<sup>42</sup> Nach Auskunft des zuständigen Referenten wurde bei der Verzeichnung der Akten in den 1970er-Jahren keine Konkordanz zu den Aktenzeichen der OMGH-Akten im Hauptstaatsarchiv erstellt. Soweit auf den Karteikarten nicht auf das Berlin Document Center verwiesen wurde (die im Bundesarchiv in Berlin komplett erschlossen vorliegen), ist somit eine Rekonstruktion der zugrunde liegenden Unterlagen für die meisten Fälle mit großem Aufwand verbunden; eine solche könnte im Rahmen einer weitergehenden Untersuchung erfolgen.

#### 4.7 Hessische Staatsarchive Darmstadt und Marburg sowie Kommunalarchive

Neben der Einbeziehung der Unterlagen der beiden Regierungspräsidien Kassel und Darmstadt überstieg eine weitere eingehende Sichtung oder Auswertung der regionalen und lokalen Archivüberlieferungen bei weitem die Möglichkeiten dieser Vorstudie, denn dies hätte eine Durchsicht der einschlägigen Unterlagen von über 180 Kommunen und 40 ehemaligen bzw. 21 heutigen hessischen Landkreisen bedeutet. Daher wurde eine gezielte Auswahl an Akten aus Kommunalarchivbeständen der Staatsarchive Marburg und Darmstadt ausgewertet. Darüber hinaus wurde auch in hessischen Kreis- und Gemeindefarchiven, auch dort wiederum in Auswahl, recherchiert.

##### 4.7.1 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt und Stadtarchive im südlichen Hessen

Im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt wurden insgesamt 74 Akten der Bestände G 12 B (Gestapo und SD), G 21 A (Hauptregistratur des Justizministeriums des Volksstaats Hessen), G 21 B (Justizministerium: Personalangelegenheiten), H 1 (Regierungspräsident Darmstadt), H 12 (Landgericht Darmstadt und Landgericht Gießen), N 1 (Dienststellen der NSDAP und ihrer Gliederungen auf dem Gebiet des Volksstaats Hessen), Q 4 (OMGUS: Amerikanische Militärregierung in Hessen, OMGHE) und R 12 P (Personen: Biografisches Material) gesichtet. Für die lokale Ebene wurden gesamt 18 Akten der Bestände G 15 (Kreisamt Erbach und Kreisamt Friedberg), H 2 (Landkreis Bergstraße und Landkreis Friedberg) und N 5 (FDP-Kreisverband Darmstadt-Stadt) ausgewertet.

Dabei wurde nicht nur nach Personalakten bzw. personenbezogenen Akten recherchiert, sondern auch nach Sachakten mit einschlägigen Laufzeiten und Aktentiteln.<sup>43</sup> Im Ergebnis ist festzustellen: Die Sachakten waren häufig, auch wenn sie eine große Zahl einschlägiger Listen beinhalten, wenig ergiebig.<sup>44</sup> Umso häufiger fanden sich relevante Informationen in personenbezogenen Akten.<sup>45</sup>

Zur Ergänzung der oben skizzierten Recherchen wurden folgende kommunale Archive einbezogen: Eine Anfrage im Kreisarchiv des Odenwaldkreises ergab keine weiteren relevanten Informationen.<sup>46</sup> Zu dem ehrenamtlich geführten Stadtarchiv Erbach gelang es innerhalb der Projektlaufzeit nicht, eine Verbindung herzustellen. Die Zusammenarbeit mit dem hauptamtlich geführten Stadtarchiv Friedberg war dagegen kein Problem. Neben einigen Zeitungsartikeln zu

---

<sup>43</sup> Beispielsweise die Akte HStAD, Bestand G 15 Erbach, Nr. E 24, mit dem Aktentitel „Zugehörigkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur NSDAP und angeschlossenen Verbänden (1934-1939)“. Darin wird jedoch z.B. kein nachmaliger hessischer Landtagsabgeordneter erwähnt.

<sup>44</sup> Für eine vertiefte Forschung, die sich auf weniger Personen bezieht und/oder mit mehr Zeit durchgeführt wird, dürfte sich die Durchsicht aber lohnen: So konnte die Dauer der Schutzhaft Wilhelm Denglers (ID 130, SPD) in Osthofen 1933 in der Akte G 15 Erbach Nr. Q 83 nachgewiesen werden, eine Angabe, die Dengler gegenüber der Landtagsverwaltung unterließ und die sich deshalb auch bei Lengemann, *Das Hessen-Parlament*, S. 233, nicht findet.

<sup>45</sup> Wie z.B. die Personalakte des Justizministeriums zu Erich Milius (ID 273, SPD): HStAD, Bestand G 21 B, Nr. 1854/1 und 1854/2.

<sup>46</sup> Aus den vor einiger Zeit aus dem Darmstädter Staatsarchiv an das Kreisarchiv abgegebenen Beständen hatten lediglich zwei Akten interessante Titel. Die Akten wurden dort durch die Leiterin des Kreisarchivs durchgesehen: ohne relevantes Ergebnis.

Horst Geipel (ID 36, CDU) wurden eine Parallelüberlieferung der Spruchkammerunterlagen zu Karl Raute (ID 56, SPD) und Erich Milius (ID 273, SPD)<sup>47</sup> sowie eine Personalakte Karl Rautes eingesehen. Im Stadtarchiv Rüsselsheim wurden 12 Mappen mit Originalunterlagen, einem Zeitzeugeninterview mit Friedrich Zängerle (ID 399, KPD),<sup>48</sup> einige Zeitungsausschnitte sowie andere Unterlagen zu diversen Abgeordneten aus Rüsselsheim ausgewertet. Auf die Erhebung der Unterlagen zu Walter Köbel (ID 240, SPD) wurde bewusst verzichtet, da die Stadt Rüsselsheim die Biographie dieses Politikers in einer eigenen Studie erforschen lässt; es wurde vereinbart, dass die Ergebnisse in diese Vorstudie übernommen werden können.<sup>49</sup>

#### **4.7.2 Hessisches Staatsarchiv Marburg, und Stadtarchive im nördlichen Hessen**

Aus den Beständen des Staatsarchivs Marburg wurden 47 Akten der Bestände 180 Eschwege (Landratsamt Eschwege), 180 Fulda (Landratsamt Fulda), 180 Marburg (Landratsamt Marburg), 270 Marburg (Landgericht Marburg), 283 (Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Senate in Kassel), 401 (Regierungspräsidium Kassel) und 601.1 (Finanzämter bis zur Neuorganisation 2004, Landesfinanzamt Kassel) ausgewertet. Die Überprüfung der Findmittel zu den Beständen 330 Treysa (Stadt Treysa) und 330 Ziegenhain (Stadt Ziegenhain) ergaben keine verwertbaren Hinweise. Das Ergebnis der Recherchen ist vergleichbar mit dem aus dem Staatsarchiv Darmstadt: Teils umfangreiche Sachakten wurden mit großem Aufwand aber wenigen Ergebnissen gesichtet, personenbezogene Akten waren hingegen in der Regel ertragreich.

Auch im Sprengel des Staatsarchivs Marburg wurde, ergänzend zu den lokalen Beständen im Staatsarchiv, in drei Stadtarchiven nach entsprechenden Unterlagen angefragt: Eine Rechercheanfrage im Stadtarchiv Eschwege brachte keine weiteren Ergebnisse. Es wurde einerseits auf private Überlieferungen und Zeitzeugen, andererseits auf andere Archive bzw. Behörden verwiesen.<sup>50</sup> Im Stadtarchiv Fulda konnten neben neun Karten der alten Einwohnermeldekartei auch zwei biographische Mappen mit Zeitungsartikeln und anderen Materialien, drei Akten des städtischen Hauptamtes und zwei Personalakten eingesehen werden. Die „Trefferquote“ war erwartungsgemäß recht gut; die erhobenen Daten bestätigten aber in der Hauptsache die aus anderen Unterlagen bereits bekannten Angaben. Aus den infrage kommenden Unterlagen des Stadtarchivs Marburg, sechs Personalakten und acht Sachakten, konnten ebenfalls einige Daten ergänzt, vor allem aber bekannte Angaben bestätigt werden.

---

<sup>47</sup> Zu beiden lagen auch Akten aus HHStAW, Bestand 520, vor.

<sup>48</sup> Das 52-seitige Transskript findet sich in Stadtarchiv Rüsselheim, Mappe Arbeiterbewegung Zängerle 2.

<sup>49</sup> Für das freundliche Entgegenkommen danke ich Frau Kühn, der Verfasserin der Studie.

<sup>50</sup> E-Mail von Herr Dr. Karl Kollmann, Stadtarchiv Fulda, vom 20.08.2012 an Frau Karin Brandes.

#### 4.8 Weitere Archive

Die systematische Recherche in Unternehmensarchiven, Behördenregistraturen und -archiven, Verbandsarchiven, Gedenkstätten etc. musste aufgrund des begrenzten Zeitrahmens auf wenige Beispiele beschränkt werden.

- Im Rahmen der Vorrecherchen zur Rüsselsheimer Studie über Walter Köbel (ID 240, SPD) wurde beim Hessischen Städte- und Gemeindebund nach zugänglichen Unterlagen gefragt. Köbel war dort 1949 bis 1954 als Referent tätig, zuletzt als Leiter des Freiherr-vom-Stein-Instituts. Die Auswertung der dort vorhandenen Personalakte übernahm Frau Kühn, die bereits einen entsprechenden Auftrag der Stadt Rüsselheim erhalten hatte.
- Im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg wurden u.a. die Verfahrensakten des Reichskriegsgerichts im Prozess gegen Werner Krauß (ID 187, KPD) wegen seiner aktiven Mitarbeit in der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ ausgewertet.<sup>51</sup> Die dortigen Unterlagen brechen mitten im Verfahrensgang ab. Ergänzend wurde im Archiv der Philipps-Universität Marburg recherchiert.<sup>52</sup> Tatsächlich fanden sich in den dortigen Personalakten weitere Unterlagen, die das Bild abrundeten, insbesondere ein Schreiben, aus dem der Verfahrensausgang vor dem Reichskriegsgericht hervorgeht.<sup>53</sup>
- Ernst Georgi (ID 165, CDU) war 1923 bis 1944 leitender Arzt an den Nieder-Ramstädter Heimen der Diakonie, soll aber nach eigenen Angaben<sup>54</sup> vor 1944 von seinen leitenden Funktionen entbunden worden sein. Über 400 Insassen dieser Heime wurden im Rahmen der T4-Aktion, der systematischen Ermordung von Behinderten, 1940-1941 umgebracht.<sup>55</sup> Somit war der Frage nachzugehen, ob Georgi in diese Morde verwickelt war. Eine Anfrage bei der Gedenkstätte Hadamar brachte Klärung<sup>56</sup>: Die Nieder-Ramstädter Heime wehrten sich konsequent gegen die Überstellung der Insassen in staatliche Einrichtungen, mussten aber dem Druck des NS-Regimes bereits vor 1940 nachgeben. Die Insassen wurden in sog. „Zwischenanstalten“ verlegt und 1940 von dort in die Mordanstalten gebracht. Georgi hatte damit nichts zu tun, da er bereits vor den Verlegungen von seiner leitenden Funktion entbunden worden war. In seinem Meldebogen für die Spruchkammer gibt Georgi weiter an, 1944/45 in Blankenburg (Harz) Betriebs- und Lagerarzt in einem Luftwaffen-Baulager und bei der Bauleitung der Organisation Todt (OT) gewesen zu sein. Er bemerkt hierzu, am 1. März 1945 zusammen mit den ihm

---

<sup>51</sup> Vgl. BA-MA, Bestand Prag-Filme, Film M 1012, Akte 1.

<sup>52</sup> Archiv der Philipps Universität Marburg, Bestand 305a, Nr. 4325 und Bestand 310, Nr. 6285.

<sup>53</sup> Vgl. Archiv der Philipps Universität Marburg, Bestand 305a, Nr. 4325, Bl. 60.

<sup>54</sup> Im Meldebogen zur Spruchkammer: HHStAW, Abt. 520, F 5945 DL NB (Nieder-Ramstadt) 2 5945.

<sup>55</sup> Vgl. [http://www.dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon\\_Auflage\\_2/NiederRamstaedterHeime.htm](http://www.dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/NiederRamstaedterHeime.htm) (04.12.2012).

<sup>56</sup> Für die Auskunft ist dem Leiter der Gedenkstätte Hadamar, PD Dr. Georg Lilienthal, zu danken.

unterstellten Ärzten, „auch d. jüd. Mischlingsärzten“ der OT eingegliedert worden zu sein. Durch die rote Markierung der Spruchkammer bzw. des öffentlichen Anklägers aufmerksam gemacht, wurde auch diese Angabe überprüft: Es stellte sich heraus, dass die OT in Blankenburg zwei Außenlager des KZ Mittelbau-Dora betrieb. Eine Anfrage bei der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora brachte zwar etwas Licht in die Zusammenhänge, aber keine abschließende Klärung: Es liegen dort keine Hinweise auf eine entsprechende Tätigkeit Georgis vor. Damit ist sein Einsatz in einem der beiden KZ-Außenlager unwahrscheinlich. Jedoch ergab sich ein neuer Zusammenhang: „Der Hinweis Ernst Georgis auf die ihm unterstellten ‚jüdischen Mischlingsärzte‘ könnte darauf hindeuten, dass er im Gestapo-Lager für ‚jüdisch Versippte‘ tätig war, das sich ebenfalls in Blankenburg befand.“<sup>57</sup> Diesem Hinweis konnte angesichts der knappen Zeit nicht mehr nachgegangen werden.

Die vier geschilderte Fälle machen deutlich: Sobald sich aus konkreten Angaben die Möglichkeit ergab, weitere Nachforschungen zu unternehmen, konnten erste klärende oder weiterführende Ergebnisse erzielt werden. Dies zeigt, dass intensivere Nachforschungen in weitere Archiven und Gedenkstätten, als sie im Rahmen dieser Vorstudie möglich waren, einen weiteren Erkenntnisgewinn erwarten lassen.

#### **4.9 Hinweise auf weitere Überlieferungen**

Im Rahmen der Recherchen ergaben sich Hinweise auf weitere Archive bzw. Bestände, die für eine systematische und vollständige Erfassung der historischen Informationsquellen relevant gewesen wären. Es folgen vier Beispiele:

##### **4.9.1 Nachlässe**

Zur möglichst vollständigen Erfassung der Überlieferung biographischen Materials gehören dienstliche wie private Nachlässe der ehemaligen Abgeordneten. Über die „Zentrale Datenbank Nachlässe“ des Bundesarchivs<sup>58</sup> und über HADIS<sup>59</sup> konnte zu 64 Personen Nachlassschriftgut ermittelt werden. Entsprechende Nachweise wurden in die Datenbank aufgenommen, eine Auswertung der Bestände kam im Rahmen der Studie aus Zeitgründen nicht in Frage.

---

<sup>57</sup> E-Mail Dr. Regine Heubaums, der Leiterin der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, vom 06.11.2012 an den Verfasser.

<sup>58</sup> [www.nachlassdatenbank.de](http://www.nachlassdatenbank.de).

<sup>59</sup> Hessisches Archiv-Dokumentations- und -Informationssystem: [www.hadis.hessen.de](http://www.hadis.hessen.de).

#### **4.9.2 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Ludwigsburg**

In der Deutschen Dienststelle – WAST gab es Hinweise auf vier Ermittlungsverfahren der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen.<sup>60</sup> In der Zentralen Stelle werden (Vor-) Ermittlungen besonders wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durchgeführt, sofern ein Anfangsverdacht auf solche Verbrechen besteht. Aufgrund der erheblichen Vorwürfe, um die es in derartigen Verfahren geht, und aufgrund der anerkannt hohen Ermittlungsqualität der Zentralen Stelle empfiehlt es sich, die dort gesammelten Unterlagen und Erkenntnisse bei weiteren Recherchen ebenfalls zu berücksichtigen; dies bietet sich auch deshalb an, weil das Bundesarchiv seit einigen Jahren dort eine Außenstelle unterhält.<sup>61</sup>

#### **4.9.3 NARA: CIC-Unterlagen**

Wie bereits unter Ziff. 4.5 erwähnt, verwahrt die NARA wichtige Unterlagen des Counter Intelligence Corps (CIC) zur deutschen Nachkriegszeit. In den ersten Jahren wurden alle Kandidaten bei Wahlen einer Überprüfung durch den CIC unterzogen. Daher sind die Chancen groß, auch dort Unterlagen zu nachmaligen Mitgliedern des Hessischen Landtags zu finden. Die Recherche kann zumindest in ersten Schritten über die Website der NARA erfolgen.<sup>62</sup>

#### **4.9.4 OMGUS-Unterlagen**

Ähnliches gilt für die Unterlagen des Office of Military Government for Germany (U.S.), kurz OMGUS. Rund sechs Millionen Blatt der US-amerikanischen Bestände wurden verfilmt und stehen im Institut für Zeitgeschichte in München zur Benutzung zur Verfügung,<sup>63</sup> die Unterlagen der zuständigen Länder-Militärregierung (hier: OMGH) sind in den drei hessischen Staatsarchiven als Mikrofiches vorhanden.<sup>64</sup> Die Auswertung einzelner OMGUS-Unterlagen im Rahmen dieser Vorstudie hat gezeigt,<sup>65</sup> dass auch dort immer wieder wichtige Informationen enthalten sind.

---

<sup>60</sup> Zu Rolf Metz (ID 270, FDP), Wilhelm Saure (ID 318, FDP), Karl Willmann (ID 388, KPD) und Ernst Günther Stegmann (ID 107, BHE).

<sup>61</sup> Vgl. [www.zentrale-stelle.de](http://www.zentrale-stelle.de) und <http://www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/nationalsozialismus/01587/index.html.de>.

<sup>62</sup> Vgl. <http://www.archives.gov/iwg/declassified-records/rg-319-army-staff/rg-319-irr-case-files.html> und <http://www.archives.gov/iwg/declassified-records/rg-319-army-staff/irr-personal-#.html> (beide 04.11.2012).

<sup>63</sup> Auch hier ist Online-Recherche möglich. Die entsprechende Datenbank des IFZ findet sich unter <http://omgus.ifz-muenchen.de/> (04.12.2012).

<sup>64</sup> In Darmstadt HStAD, Bestand Q 4, in Marburg HStAM, Bestand 711, und in Wiesbaden HHStAW Abt. 649.

<sup>65</sup> Vgl. z.B. HStAD, Bestand Q 4, Nr. 8/45 – 2/23, wo sich ein Vorgang über den Hünfelder Landrat Heinrich Beck 1946/47 findet.

## 5. Sachliche Ergebnisse

### 5.1 Mitgliedschaften in der NSDAP

#### 5.1.1 Landtag insgesamt

Insgesamt 92 ehemalige Abgeordnete der Untersuchungsgruppe von 403 Personen, das entspricht 22,8%, waren in der NS-Zeit Mitglieder der NSDAP.

ID	Name	Vorname	Fraktion	NSDAP – Beitritt	Bemerkungen
29	Arndt	Rudi	SPD	20.04.1944	
30	Arnold	Ernst	FDP	01.03.1937	
3	Bachmann	Karl	CDU	01.05.1937	
18	Best	Werner	SPD	20.04.1944	
59	Bläsing	Anneliese	NPD	01.09.1941	
69	Bleek	Karl Theodor	FDP	01.01.1942	
70	Blum	Wilhelm	CDU	01.01.1940	
75	Böhm	Rudolf	BHE	01.12.1938	
78	Braun	Otto	FDP	01.05.1937	
82	Brückner	Reinhard	Die Grünen	01.09.1941	
83	Bruder	Fritz	CDU	01.05.1937	
90	Caspar	Helmut	SPD	01.09.1939	
123	Conrad	Wilhelm	SPD	01.05.1937	
124	Croll	Willi	SPD	01.09.1942	
126	Daniels	Heinz	SPD	01.09.1938	
19	Derichsweiler	Albert	FDP	01.12.1930	
133	Dockhorn	Otto	FDP	01.09.1939	
134	Dörinkel	Wolfram	FDP	01.05.1933	
61	Dregger	Alfred	CDU	01.09.1940	
34	Enders	Christian	SPD	01.05.1937	
93	Euler	Adam	FDP	01.04.1940	
96	Fassbender	Heinrich	LDP	01.10.1931	mglw. ausgetreten am 16.11.1932 <sup>66</sup>
97	Fay	Wilhelm	CDU	01.05.1937	
151	Franke	Gotthard	BHE	01.11.1938	
161	Gebhardt	Anno von	BHE	01.05.1937	
36	Geipel	Horst	CDU	01.09.1941	
166	Germershausen	Erich	FDP	01.04.1940	
182	Hacker	Gustav	BHE	1938	
196	Hellwig	Karl	SPD	01.01.1944	

<sup>66</sup> Auf der Karte der Zentralkartei der NSDAP findet sich im Feld „ausgetreten“ ein Eintrag („... 16. Nov. 1932 ...“?), der aber wieder entfernt wurde (BAB (ehemals BDC), Bestand 3100, Film Nr. G 107).

ID	Name	Vorname	Fraktion	NSDAP – Beitritt	Bemerkungen
199	Hisserich	Karl	SPD	20.04.1944	
200	Höhne	Eitel Oskar	SPD	01.09.1941	
201	Holtzmann	Ernst	CDU	01.06.1940	
208	Immel	Erwin	CDU	20.04.1944	
211	Jatsch	Anton	BHE	01.11.1938	
213	Kaul	Alexander	BHE	29.08.1922	erneut 01.05.1933; <sup>67</sup> ausgetreten 1942 <sup>68</sup>
230	Keilmann	Karl	FDP	01.05.1933	
232	Kersten	Kurt	BHE	01.05.1933	
234	Kitz	Heinz	CDU	01.05.1937	1939 ausgeschlossen
237	Kneipp	Otto	FDP	01.05.1933	
240	Köbel	Walter Klaus	SPD	01.01.1937	
37	Koch	Karl-Heinz	CDU	01.09.1942	
41	Kohl	Heinrich	FDP	01.05.1933	
104	Kraft	Wilhelm	FDP	01.10.1940	
242	Krause	Hermann	CDU	01.05.1933	
244	Kühle	Wolfgang	CDU	01.09.1938	
246	Kuske	Gerhard	BHE	01.07.1941	
255	Leweke	Adolf	CDU	23.05.1933	
256	Loew	Ernst	CDU	01.05.1933	
258	Lorenz	Erwin	LDP	01.05.1937	
262	Marx	Jacob	CDU	20.04.1944	
266	Meister	Dietrich	CDU	20.04.1944	
267	Mengel	Karl	CDU	01.04.1941	
270	Metz	Rolf	FDP	01.07.1931	bis Mai 1932 mglw. Austritt und erneuter Eintritt <sup>69</sup>
273	Milius	Erich	SPD	01.05.1937	
275	Mix	Erich	FDP	01.10.1932	
277	Molter	Hermann	FDP	01.05.1937	
216	Preißler	Walter	BHE	01.11.1938	
56	Raute	Karl	SPD	01.05.1937	
224	Rodemer	Heinrich	FDP	01.08.1932	
310	Rösch	Georg	CDU	01.11.1931	Austritt am 31.03.1932, Wiedereintritt 01.04.1940
311	Rosenkranz	August	SPD	01.01.1940	
314	Runtsch	Wilhelm	CDU	01.04.1944	

<sup>67</sup> Nach dem Verbot der NSDAP im November 1923 und der Neugründung der NSDAP im Februar 1925 wohl zuerst nicht wieder eingetreten.

<sup>68</sup> Nach eigenen Angaben im Spruchkammer-Meldebogen (HHStAW, Abt. 520, DSt II / S / 1333/48).

<sup>69</sup> Vgl. BAB (ehemals BDC), Bestand 3200, Film Nr. O 71.

ID	Name	Vorname	Fraktion	NSDAP – Beitritt	Bemerkungen
318	Saure	Wilhelm	FDP	01.05.1933	
320	Schauss	Ernst	FDP	01.05.1933	
324	Schmidt	Horst	SPD	20.04.1943	
328	Schneider	Alfred	SPD	01.05.1937	
330	Schneider	Ludwig	FDP	01.05.1933	
332	Schneider	Walter	SPD	20.04.1943	
333	Schnell	Edgar	CDU	01.12.1939	
67	Schröder	Walter	FDP	01.04.1933	
113	Schwab	Ludwig Franz	CDU	01.09.1940	
115	Seiboth	Frank	BHE	01.11.1938	
116	Seipel	Wilhelm	FDP	01.04.1932	
107	Stegmann	Ernst Günther	BHE	01.05.1937	
219	Stein	Friedrich-Wilhelm	FDP	01.05.1933	
220	Stein	Hermann	FDP	01.09.1937	
350	Strelitz	Johannes E.	SPD	01.11.1932	Austritt im Juli 1933
352	Stürtz	Gustav	NPD	01.12.1934	
353	Sudheimer	Hans	SPD	01.09.1938	
354	Tilemann	Hermann	CDU	01.01.1941	wahrscheinlich am 21.08.1942 ausgeschlossen
358	Tröscher	Tassilo	SPD	01.08.1933	
366	Voos-Heißmann	Else	SPD	01.09.1938	
373	Walter	Fritz	FDP	01.12.1929	
374	Walter	Josef	BHE	01.11.1938	
378	Weber	Hans-Otto	SPD	20.04.1944	
391	Winkler	Rudolf	CDU	01.10.1940	
226	Woitschell	Gerhard	NPD	01.03.1928	
228	Wolf	Heinz	CDU	01.05.1933	
398	Zabel	Günter	SPD	20.04.1944	
401	Zerbe	Edwin	SPD	01.05.1935	
402	Ziegler	Wilhelm	BHE	01.05.1933	
403	Zink	Otto-Heinrich	CDU	20.04.1943	

Von den 92 Abgeordneten, die NSDAP-Mitglieder waren, sind elf der Partei vor 1933 beigetreten:

ID	Name	Vorname	MdL Fraktion	NSDAP Beitritt	Bemerkung
19	Derichsweiler	Albert	FDP	01.12.1930	
96	Fassbender	Heinrich	LDP	01.10.1931	mglw. ausgetreten am 16.11.1932 (s.o.)
213	Kaul	Alexander	BHE	29.08.1922	erneut 01.05.1933; ausgetreten 1942 (s.o.)
270	Metz	Rolf	FDP	01.07.1931	bis Mai 1932 mglw. Austritt und erneuter Eintritt (s.o.)
275	Mix	Erich	FDP	01.10.1932	
224	Rodemer	Heinrich	FDP	01.08.1932	
310	Rösch	Georg	CDU	01.11.1931	Austritt am 31.03.1932, Wiedereintritt 01.04.1940
116	Seipel	Wilhelm	FDP	01.04.1932	
350	Strelitz	Johannes E.	SPD	01.11.1932	Austritt im Juli 1933
373	Walter	Fritz	FDP	01.12.1929	
226	Woitschell	Gerhard	NPD	01.03.1928	

Überraschend ist die frühe Mitgliedschaft von Johannes Strelitz, der bereits kurz nach der Machtübernahme der NSDAP, im Juli 1933 wieder aus der Partei austrat. Strelitz spielte in der hessischen Landespolitik der 1960er Jahre eine bedeutende Rolle; er war 1964–1967 SPD-Fraktionsvorsitzender, 1967–1969 Justizminister, 1969–1970 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Insofern dürfte ein genauerer Blick auf die Umstände, die Vorgeschichte und ggf. Folgen seiner NSDAP-Mitgliedschaft und seines Parteiaustritts von Interesse sein.

Zwei der frühen NSDAP-Mitglieder galten als „Alte Kämpfer“: Gerhard Woitschell (Mitgliedsnummer 88.796) und Albert Derichsweiler (Mitgliednummer 394.037). Diese „Auszeichnung“ wurde sehr frühen aktiven NSDAP-Mitgliedern zuteil, gilt aber nicht für alle der oben aufgeführten Mitglieder.<sup>70</sup> Dass Derichsweiler darüber hinaus die Dienstausszeichnung der NSDAP in Bronze und Silber und das „Gau-Ehrenzeichen Wartheland“ erhielt und Woitschell das „Silberne Gauehrenzeichen Berlin“, macht deutlich, dass es sich hier um überzeugte „Parteigenossen“ gehandelt hat.

Für Mitglieder der österreichischen (Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, DNSAP) und sudetendeutsche (Sudetendeutsche Partei, SdP) „Bruderparteien“ konnte bei entsprechender politisch aktiver Betätigung bis 1938 ebenfalls der Status des „Alten Kämpfer“ verliehen werden. Für die österreichische DNSAP ist keine Mitgliedschaft für eine der 403

<sup>70</sup> Als „Alte Kämpfer“ wurden NSDAP-Mitglieder bezeichnet, die vor 1933 der Partei beigetreten waren, bis Oktober 1933 hervorgehobene Ämter seit mindestens einem Jahr ausgeübt und eine Mitgliedsnummer unterhalb von 300.000 hatten; „Alte Kämpfer“ hießen ebenfalls Angehörige der SA und SS, die diesen Kampfverbänden vor 1933 beigetreten waren. Derichsweiler hatte die Mitgliedsnummer 394.037 und galt trotzdem als „Alter Kämpfer“ (BAB (ehemals BDC), Bestand SSO, Film 143), wohl wegen seiner frühen SA-Mitgliedschaft; s.u. Abschnitt 5.3.

überprüften Personen zu verzeichnen, für die tschechoslowakische SdP aber liegen vier Mitgliedschaften vor:

ID	Name	Vorname	MdL Fraktion	Bemerkung
151	Franke	Gotthard	BHE, FDP	Seit 1935 Mitglied der Sudetendeutschen Partei
182	Hacker	Gustav	BHE	Seit 1936 Vorsitzender des Bundes der Landwirte in der Tschechoslowakei (BdL), einer sudetendeutschen Bauernpartei. Veranlasste zum 22. März 1938 die Überführung des BdL und ihrer Abgeordneten in die SdP. Von Mai 1935 bis März 1939 für den BdL und die SdP Mitglied in der tschechoslowakischen Nationalversammlung.
211	Jatsch	Anton	BHE	Seit 1934 Anstellung bei der Sudetendeutschen Partei [von einer Mitgliedschaft ist daher auszugehen].
115	Seiboth	Frank	BHE	Mitglied der SdP seit dem 23.05.1934, zeitweilig Angestellter der SdP; seit 26.09.1938 Angehöriger des Sudetendeutschen Freikorps „Konrad Henlein“. <sup>71</sup>

Es gibt keine Hinweise, dass einer dieser vier späteren BHE-Abgeordneten den Status „Alter Kämpfer“ erlangt hätte. Allerdings finden sich besonders bezüglich Hacker und Seiboth weitere Nachweise für Aktivitäten, welche die Politik des NS-Regimes stützten (s.u.).

Mehr oder weniger bedeutende Parteifunktionäre oder hauptamtlich Beschäftigte in der NSDAP waren 13 nachmalige hessische Landtagsabgeordnete:<sup>72</sup>

ID	Name	Vorname	MdL Fraktion	NSDAP Funktionen
19	Derichsweiler	Albert	FDP	Gauamtsleiter, Oberbereichsleiter NSDAP, Reichsredner, SA-Obersturmführer im Stab von Rudolf Hess (NSDAP-Parteikanzlei). <sup>73</sup>
151	Franke	Gotthard	BHE	Politischer Leiter der NSDAP in Groß-Kunetitz und Freiwaldau (Frývaldov, Jeseník, Gau Sudetenland).
211	Jatsch	Anton	BHE	Hauptgemeinschaftsleiter, Kreisredner.
230	Keilmann	Karl	FDP	Leiter der Rechtsbetreuungsstelle in Lampertheim.
275	Mix	Erich	FDP	Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik in Tilsit und Wiesbaden, seit 01.03.1939 NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau, Vorsitzender der II. Kammer des Gaugerichts Pommern, Stettin, Vorsitzender des Kreisgerichts Stolp.
216	Preißler	Walter	BHE	Kreisamtsleiter <sup>74</sup>

<sup>71</sup> Diese paramilitärische Organisation wurde während der Sudetenkrise auf Anordnung Hitlers im September 1938 installiert. Ihr Zweck war die Destabilisierung der Tschechoslowakei durch Terror, um der Wehrmacht einen Vorwand für den Einmarsch in die Sudetengebiete zu bieten. Der Terror des Sudetendeutschen Freikorps forderte ca. 100 Tote, mehrere Hundert Personen wurden aus der Tschechoslowakei in das Deutsche Reich entführt. Nach der Angliederung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich am 01.10.1938 wurde das Freikorps aufgelöst. Vgl. u.a. Martin Broszat: Das Sudetendeutsche Freikorps. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 1 von 1961, S. 30-49.

<sup>72</sup> Darunter fünf Personen, die vor 1933 der NSDAP beigetreten waren: Gerhard Woitschell, Fritz Walter, Wilhelm Seipel, Erich Mix und Albert Derichsweiler.

<sup>73</sup> Derichsweiler war 1934 bis 1936 Bundesführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (s.u.); nicht der Rang eines SA-Obersturmführers, sondern sein Einsatz in der NSDAP-Parteikanzlei ist der Grund dafür, ihn hier zu nennen.

ID	Name	Vorname	MdL Fraktion	NSDAP Funktionen
115	Seiboth	Frank	BHE	Hauptamtliches Mitglied in der NSDAP-Gauleitung Sudetenland (Reichenberg/Liberec), Gauschulungsleiter, Gauhauptstellenleiter.
116	Seipel	Wilhelm	FDP	Kreisschulungsredner, Vorsitzender des NSDAP-Kreisgerichts Kaiserlautern II und Landau II.
352	Stürtz	Gustav	NPD	1938 Schreibhilfe bei der Gauleitung der NSDAP.
373	Walter	Fritz	FDP	Ab 01.06.1937 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Wanfried, Kreisbauernführer Eschwege (1938), Gauredner, Gauunterabteilungsleiter, Gaustellenleiter.
226	Woitschell	Gerhard	NPD	Politischer Leiter, 1935-1938 Ortsgruppenleiter.
228	Wolf	Heinz	CDU	Seit 16.02.1942 Kreisfachschaftsleiter des NSDAP-Amtes für Beamte (Danzig); seit 01.10.1942 Beisitzer im NSDAP-Gaugericht Danzig / Westpreußen.

Die gesonderte Betrachtung dieser Gruppe von Abgeordneten verdeutlicht die Bandbreite der aktiven Unterstützung der NSDAP. Die Beschäftigung von Gustav Stürtz als Schreibhilfe bei der Gauleitung ist sicher so zu interpretieren, dass er für diese Arbeit eine ausreichende Verlässlichkeit bot und insofern als überzeugter Nationalsozialist galt. Sie deutet jedoch nicht zwingend auf ein besonderes politisches Engagement hin. Dies ist bei Albert Derichsweiler, Gotthard Franke, Erich Mix, Frank Seiboth und Gerhard Woitschell jedoch anders zu bewerten: Die von ihnen ausgefüllten Funktionen lassen sich nur in Einklang bringen mit einem aktiven Einsatz für die Ziele der NSDAP.

Grundsätzlich ist einzuräumen: Auch wenn jede NSDAP-Mitgliedschaft das NS-Regime – und sei es nur „formal“ – unterstützte und förderte, also alle Mitglieder der NSDAP prinzipiell als Träger des politischen Apparats des NS-Regimes angesprochen werden müssen, so ist damit nur wenig über die individuellen Umstände und Motive gesagt, die dazu führten, der NSDAP beizutreten. Diese Frage ist vor allem für die sehr jungen Mitglieder der 1940er Jahre nicht leicht zu beantworten, nachdem die „Kampfzeit“ schon weit zurückgelegen hatte und die NSDAP „Staatspartei“ geworden war. Auf der anderen Seite ist davon auszugehen, dass eine Mitgliedschaft vor 1933 und die Übernahme von Funktionärsposten ein deutliches Zeichen für eine Mitgliedschaft aus politischer Überzeugung darstellen. Für eine abschließende Bewertung bleibt aber jeder Einzelfall zu prüfen.

### 5.1.2 Verteilung auf die Landtagsfraktionen und Legislaturperioden

Ehemalige Mitglieder der NSDAP waren in der „Alterskohorte“ der bis 1928 geborenen Abgeordneten in den Landtagsfraktionen insgesamt wie folgt vertreten:

	Abgeordnete bis Jg. 1928 gesamt	davon NSDAP-Mitglieder	Anteil
KPD-Fraktionen	23	0	0,0%
SPD-Fraktionen	164	24	14,6%
CDU-Fraktionen	121	24	19,8%
LDP- oder FDP-Fraktionen	71	27	38,0%
NPD-Fraktion	7	4	57,1%
BHE-Fraktionen	19	13	68,4%
Grünen-Fraktionen <sup>75</sup>	1	1	100,0%
fraktionslos	3	2	66,6%
Summe <sup>76</sup>	409	95	
gesamt	403	92	22,8%

Angesichts der Tatsache, dass die ersten Landtage vollständig von Abgeordneten der hier relevanten Alterskohorte besetzt waren, ergibt sich aus der Tabelle ein erster Eindruck darüber, wie weit ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Anfängen des Hessischen Landtags in den Reihen der Fraktionen vertreten waren.

Vergleicht man die durchschnittliche Zahl der Mandate aller Abgeordneter der Untersuchungsgruppe mit jenen Abgeordneten, die vormals in der NSDAP Mitglied waren, so ergibt sich kein Unterschied: jeder Abgeordnete erlangte ca. 2,4 Mandate.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich das Verhältnis von Abgeordneten, die früher NSDAP-Mitglieder waren, zu jenen, die keine waren, im Laufe der Zeit veränderte; dargestellt wird das Verhältnis in Bezug auf alle Mandatsträger sowie gesondert auf die „Alterskohorte“ der bis 1928 geborenen Abgeordneten:

---

<sup>75</sup> Die Grünen wurden nur der Vollständigkeit halber in die Tabelle einbezogen. Sie wurden erst 1982 in den Landtag gewählt und hatten in ihren Reihen nur ein Mitglied, das vor 1928 geboren wurde und ehemaliges NSDAP-Mitglied war (Reinhard Brückner, ID 82).

<sup>76</sup> Die höhere Zahl ergibt sich aus folgenden Umständen: Vier Abgeordnete gehörten zwei Fraktionen/Gruppen an: Hanns-Heinz Bielefeld (FDP und fraktionslos), Günther Draub (BHE und SPD), Albert Derichsweiler (FDP und fraktionslos) und Gotthard Franke (BHE und FDP); ein Abgeordneter gehörte drei Fraktionen/Gruppen an: Heinrich Fassbender (LDP, NPD und fraktionslos). Drei von ihnen waren bis 1945 NSDAP-Mitglieder: Derichsweiler, Franke und Gotthard.

	Zeitraum	Zahl der Sitze <sup>77</sup>	Zahl der Mandats-träger	Davon Abgeord-nete bis Jg. 1928	Davon NSDAP-Mitglie-der	Anteil NSDAP-Mitglie-der bis Jg. 1928	Anteil NSDAP-Mitglie-der Land-tag
Beratender Landesauschuss	Februar 1946 - Juli 1946	48	51	51	1	2,0%	2,0%
Verfassungberatende Landesversammlung	Juli 1946 - November 1946	90	96	96	5	5,2%	5,2%
1. Legislaturperiode	Dezember 1946 - November 1950	90	113	113	6	5,3%	5,3%
2. Legislaturperiode	Dezember 1950 - November 1954	80	91	92	17	18,5%	18,9%
3. Legislaturperiode	Dezember 1954 - November 1958	96	113	113	32	28,3%	28,3%
4. Legislaturperiode	Dezember 1958 - November 1962	96	105	105	31	29,5%	29,5%
5. Legislaturperiode	Dezember 1962 - November 1966	96	109	105	37	35,2%	34,0%
6. Legislaturperiode	Dezember 1966 - November 1970	96	103	87	24	27,6%	23,3%
7. Legislaturperiode	Dezember 1970 - November 1974	110	128	73	24	32,9%	18,8%
8. Legislaturperiode	Dezember 1974 - November 1978	110	125	51	18	35,3%	14,4%
9. Legislaturperiode	Dezember 1978 - November 1982	110	122	33	11	33,3%	0,9%
10. Legislaturperiode	Dezember 1982 – August 1983	110	112	21	6	28,6%	0,5%
11. Legislaturperiode	September 1983 – Februar 1987	110	124	17	5	29,4%	0,4%
12. Legislaturperiode	April 1987 – April 1991	110	132	6	2	33,3%	0,2%
13. Legislaturperiode	April 1994 – April 1995	110	131	1	0	0%	0%
14. Legislaturperiode	April 1995 – April 1999	110	127	1	0	0%	0%

Es fällt auf, dass zwischen 1946 und 1950 vergleichsweise wenige ehemalige NSDAP-Mitglieder in den parlamentarischen Gremien vertreten waren. Bereits mit der zweiten Legislaturperiode stieg der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder jedoch signifikant an – ein Hinweis darauf, dass die Nachsicht im Umgang mit der NS-Belastung Anfang der 1950er Jahre deutlich zugenommen hatte<sup>78</sup> – und erreichte seinen höchsten Wert Mitte der 1960er Jahre. Die Tabelle zeigt auch, dass der „Verdrängungsprozess“ durch die jüngeren Generationen ab 1966 Schritt für Schritt einsetzte.

<sup>77</sup> Nach Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946-1986. S. 69ff.

<sup>78</sup> Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik, München 1996.

## 5.2 Mitgliedschaften in der SS und Waffen-SS

Mitgliedschaften in der Allgemeinen SS, in der Waffen-SS und SS-Fördermitgliedschaften konnten für zwölf nachmalige Landtagsabgeordnete ermittelt werden:

ID	Name	Vorname	MdL Fraktion	Bemerkungen
19	Derichsweiler	Albert	FDP	Allgemeine SS: Eintritt April 1943, Oberführer; Waffen-SS: Obersturmführer.
94	Euler	August Martin	FDP	Waffen-SS: SS Polizei-Regiment 2 Brandenburg.
147	Fischer	Werner	NPD	Waffen-SS: 30.01.1943-08.05.1945, 2. Sanitätsabteilung der 10. SS-Panzerdivision "Frundsberg" (WASSt Z-Karte).
36	Geipel	Horst	CDU	Allgemeine SS: Eintritt 15.01.1943; Waffen-SS: Untersturmführer in der SS-Panzerdivision "Frundsberg", 15.03.1943-17.06.1943 Angehöriger des SS-Grenadier-Ersatz-Bataillons "Ost".
199	Hisserich	Karl	SPD	Allgemeine SS, Mitgliedskarte ausgestellt am 03.04.1933.
270	Metz	Rolf	FDP	Allgemeine SS: seit 09.1932, Mitgliedsnummer 56216, zuletzt Obersturmführer; 01.01.1940 bis 11.05.1942 SS-Totenkopf-Reiterstandarte; SS-Untersturmführer und "Schw. Chef" im SS-Führerhauptamt, Inspekteur für Reit- und Fahrwesen (WASSt Z-Karte).
275	Mix	Erich	FDP	Allgemeine SS: Beitritt am 01.09.1933, als Politischer Leiter der Partei im April 1934 ausgetreten; Wiedereintritt am 20.04.1939; Obersturmbannführer, ab 01.04.1944 Standartenführer; SS-Führer beim Stab des SS-Oberabschnitts Rhein.
296	Quanz	Friedrich	CDU	SS-Fördermitgliedschaft seit 01.08.1933.
318	Saure	Wilhelm	FDP	Allgemeine SS: Eintritt 13.03.1935; Sprecher am Schulungslehrgang für SS-Ärzte zu Siedlungsfragen und Erbhofgesetz (Herbst 1935), Oberführer im Rassen- und Siedlungshauptamt SS; Waffen-SS: zuletzt Sturmbannführer.
115	Seiboth	Frank	BHE	Hauptsturmführer
372	Waller	Sepp	BHE	Allgemeine SS: seit 07.08.1938; Waffen-SS: u.a. SS-Totenkopfdivision; Besuch der SS-Schule Braunschweig 02.05. bis 15.09.1941; 1. Kompanie SS-Panzer-Abwehr Abteilung, 14. Kompanie SS-Gebirgsjäger-Regiment 7, SS Panzerjäger-Ersatzabteilung Hilversum (SS-Totenkopfdivision), 1. Kompanie SS-Aufklärungs-Abteilung (mot) 6 (WASSt Z-Karte 1).
373	Walter	Fritz	FDP	Allgemeine SS: Eintritt 01.06.1937; 01.06.1937-01.06.1944: Rasse- und Siedlungshauptamt, ab 10.09.1939 SS-Obersturmführer.

Für zwei weitere Landtagsabgeordnete gab es Hinweise auf eine SS-Mitgliedschaft, die sich aber nicht bestätigten. Das betrifft zum einen Lauritz Lauritzen (ID 250, SPD), über den es in einem biographischen Bericht in einer Akte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

sinngemäß heißt: Als 1950 bekannt wurde, dass Lauritzen vor 1945 Obersturmführer bei der SS war, sei dies für seine kommunalpolitischen Ambitionen in Schleswig-Holstein abträglich gewesen.<sup>79</sup> Diese Angabe ließ sich nicht verifizieren und entspricht daher vermutlich nicht den Tatsachen. Der andere Hinweis ist noch vager: In der Deutschen Dienststelle-WASSt findet sich auf dem Entschädigungsantrag Hartwig Gottwalds (ID 174, CDU) die handschriftliche Notiz „SS-Off.“<sup>80</sup> Auch dieser Hinweis ließ sich nicht durch weitere Unterlagen bestätigen.<sup>81</sup>

Für Friedrich Quanz und Sepp Waller ließen sich zwar die SS-Mitgliedschaften nachweisen, jedoch keine Mitgliedschaft in der NSDAP. Friedrich Quanz war zudem im August 1933 Fördermitglied der SS geworden, was abgesehen von den Beitragszahlungen mit einer ideellen Unterstützung der SS gleichzusetzen ist.

Bemerkenswert früh, bereits im September 1932 ist Rolf Metz der SS beigetreten. Damals war die SS noch der SA unterstellt und hatte eine parteiinterne Überwachungs- bzw. Polizeifunktion. Erst nach dem „Röhm-Putsch“ im Juni 1934 wurde die SS zur eigenständigen Nebenorganisation der NSDAP.

Unter den hier aufgelisteten SS-Mitgliedern finden sich mit Albert Derichsweiler, Rolf Metz und Wilhelm Saure drei „Oberführer“ der SS, ein Rang, der in der Wehrmacht zwischen einem Oberst und einem Generalmajor anzusiedeln ist. Inwieweit diese Ränge nicht nur „Respekt-“ oder „Ehrenränge“, sondern mit tatsächlichen Weisungsbefugnissen in der SS verbunden waren, lässt sich ohne weitergehende Forschungen für diese konkreten Fälle nicht entscheiden.<sup>82</sup> Dasselbe gilt für den Rang des Standartenführers (entspricht etwa dem eines Oberst), den Erich Mix in der SS innehatte, wie auch seine Funktion als Führer beim Stab des SS-Oberabschnitts Rhein.

Rolf Metz wurde zeitweilig im SS-Führungshauptamt eingesetzt, einer der zentralen, ab 1940 für die bewaffneten Verbände zuständige Verwaltungseinheiten der SS, und war zumindest zeitweilig „Inspekteur für das Reit- und Fahrwesen“ der Waffen-SS – dies sind durchaus exponierte SS-Funktionen. Außerdem gehörte Metz bis Mai 1942 der SS-Totenkopf-Reiterstandarte an,<sup>83</sup> die in Polen und in der Sowjetunion im Rahmen der Partisanenbekämpfung in massive Kriegsverbrechen verwickelt war.<sup>84</sup> Auch Sepp Waller gehörte während seiner Zeit in der Waffen-SS ab Mai 1941 zeitweilig der SS-Totenkopfdivision

---

<sup>79</sup> BStU, MfS – MfS HA IX/11 AS 99/67 Bd. 2, Bl. 201; S. 7 des ausführlichen biographischen Berichts der Stasi.

<sup>80</sup> WASSt, Entschädigungsantrag Hartwig Gottwald \*27.08.1917.

<sup>81</sup> Ob ein Versehen der WASSt vorliegt oder es sich um eine nicht gestrichene Notiz eines Sachbearbeiters handelt, muss offen bleiben.

<sup>82</sup> In der Waffen-SS hatten alle drei niedrigere Ränge: Derichsweiler war dort Obersturmführer (entspricht etwa dem Rang eines Oberleutnants), Metz Untersturmführer (etwa Leutnant) und Saure Sturmbannführer (etwa Major).

<sup>83</sup> Vgl. BAB (ehemals BDC), Bestand SSO, Metz, Rolf, \*17.03.1910.

<sup>84</sup> Vgl. Klausch: Braunes Erbe. S. 14. Vgl. zur Genese der SS-Reitereinheiten auch [http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/bundesarchiv\\_de/oeffentlichkeitsarbeit/historische\\_bilder\\_und\\_dokumente/pferdeirmeinsatzbeiwahrmachtundwaffen-ss/erg\\_nzungs-einheiten\\_8.12.1940.pdf](http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/bundesarchiv_de/oeffentlichkeitsarbeit/historische_bilder_und_dokumente/pferdeirmeinsatzbeiwahrmachtundwaffen-ss/erg_nzungs-einheiten_8.12.1940.pdf) (04.12.2012) und [http://de.wikipedia.org/wiki/Reiter-SS#Reiter-SS\\_und\\_die\\_Totenkopfverb.C3.A4nde](http://de.wikipedia.org/wiki/Reiter-SS#Reiter-SS_und_die_Totenkopfverb.C3.A4nde) (04.12.2012)

an.<sup>85</sup> Da die SS-Totenkopfverbände auch für die Bewachung von Konzentrationslagern eingesetzt wurden bzw. sich anfänglich zumindest in Teilen aus KZ-Wachmannschaften rekrutierten, bestehen hier offene Fragen zu sehr schweren Vorwürfen, die nur durch gründliche Recherchen zu den Zugehörigkeitszeiträumen und zu konkreten Einsätzen zufriedenstellend geklärt werden können.

Wilhelm Saure und Fritz Walter waren über längere Zeiträume im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt tätig (Saure ab 1934, der Zeitpunkt seines Ausscheiden ist unklar; Walter zwischen 1937 und 1944). Diese SS-Einrichtung war eine zentrale Säule der Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie. Saure war 1944 auch im SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt tätig, das beispielsweise die SS-eigenen Betriebe bei den Konzentrationslagern verwaltete. Auch für Wilhelm Saure und Fritz Walter gilt, dass sie tief in das NS-System verwickelt waren.

---

<sup>85</sup> Vgl. WAST, Karteikarte 1 der Zentralkartei.

### 5.3 Mitgliedschaften in der SA

Unter den hessischen Landtagsabgeordneten der Geburtsjahrgänge bis 1928 fanden sich 26 ehemalige Mitglieder der SA:

ID	Name	Vorname	MdL Fraktion	Bemerkungen
30	Arnold	Ernst	FDP	Eintritt 1934, wahrscheinlich Übernahme aus Stahlhelm.
2	Bachmann	Eugen	CDU	
123	Conrad	Wilhelm	SPD	
19	Derichsweiler	Albert	FDP	Ab 05.04.1931; SA-Obersturmführer im Stab von Rudolf Hess (NSDAP-Parteikanzlei); 1944 Standartenführer.
97	Fay	Wilhelm	CDU	SA Anwärter
183	Hammer	Richard	FDP	"Reserve II"
211	Jatsch	Anton	BHE	Ab 1942/3 Obertruppführer e.h.
212	Kanka	Karl	CDU	
213	Kaul	Alexander	BHE	
232	Kersten	Kurt	BHE	Rottenführer
242	Krause	Hermann	CDU	
247	Labonte	Christian	CDU	Eintritt 1934, Übernahme aus Stahlhelm.
250	Lauritzen	Lauritz	SPD	
256	Loew	Ernst	CDU	Rottenführer
273	Milius	Erich	SPD	Scharführer
277	Molter	Hermann	FDP	
56	Raute	Karl	SPD	
107	Stegmann	Ernst Günther	BHE	Eintritt 1934, Übernahme aus Stahlhelm.
221	Stein	Klaus	BHE	Nach eigenen Angaben Austritt wegen "Röhmputsch".
370	Wagner	Hans	CDU	1935 auf eigenen Antrag entlassen.
373	Walter	Fritz	FDP	01.12.1929 bis 01.06.1937, 1930 Scharführer; 1931-1934 Sturmführer.
385	Westernacher	Richard	CDU	
226	Woitschell	Gerhard	NPD	1928-1932, Scharführer 1930-1932, wieder ab 09.11.1937, Sturmführer.
228	Wolf	Heinz	CDU	Rottenführer, Truppführer, Presse- und Fürsorgewart.
401	Zerbe	Edwin	SPD	
118	Zinn	Georg August	SPD	"Wehrmannschaft", 1940-1941 <sup>86</sup>

Drei der aufgeführten Personen sind bereits vor 1933 der SA beigetreten: Gerhard Woitschell 1928, Fritz Walter am 1. Dezember 1929 und Albert Derichsweiler am 5. April 1931.

Unter den SA-Mitgliedschaften finden sich drei ehemalige Stahlhelm-Mitglieder, die wahrscheinlich im Jahr 1934 mit der Integration des „Stahlhelm“ übernommen worden sind: Ernst Arnold, Christian Labonte und Ernst Günther Stegmann.

<sup>86</sup> Eigenangabe im Spruchkammer-Meldebogen: HHStAW, Abt. 520, KSt Neuablage Nr. 258.

Wilhelm Fay gibt in seinem Entnazifizierungs-Meldebogen seine Anwärterchaft zur SA an,<sup>87</sup> für eine vollzogene Mitgliedschaft gibt es jedoch keine Belege.

Für sechs Personen sind niedrige Ränge bei der SA belegt, die vergleichbar sind mit Mannschafts- und Unteroffiziersrängen in der Wehrmacht. Rottenführer (etwa Obergefreiter) waren Heinz Wolf,<sup>88</sup> Kurt Kersten und Ernst Loew; Erich Milius war Scharführer (etwa Unterfeldwebel); Fritz Walter und Gerhard Woitschell hatten den Rang eines Sturmführers der SA erreicht, ein SA-Führerrang, vergleichbar dem Leutnant in der Wehrmacht. Anton Jatsch und Albert Derichsweiler ragen aus dieser Gruppe heraus: Jatsch wurde 1942 oder 1943 zum Obertruppführer (etwa Oberfeldwebel) ehrenhalber ernannt. Wie er zu diesem Ehrenrang kam, bleibt unklar, da bislang keine besonderen Funktionen oder Verdienste bezüglich seiner SA-Mitgliedschaft ab 1938 bekannt sind. Im Falle Albert Derichsweiler ist nicht nur sein 1944 in der SA erreichter Rang bemerkenswert: ein Standartenführer entspricht einem Oberst. Er war zudem seit 1938 als SA-Obersturmführer (etwa Oberleutnant) im Stab Rudolf Hess tätig, der seit April 1933 als Stellvertreter Hitlers in der NSDAP fungierte. Was Derichsweilers Aufgabe dort genau war, ist bisher nicht bekannt.

Neun der 26 ehemaligen SA-Mitglieder waren nach derzeitigem Kenntnisstand nicht Mitglieder der NSDAP: Eugen Bachmann, Richard Hammer, Karl Kanka, Christian Labonte, Lauritz Lauritzen, Klaus Stein, Hans Wagner, Richard Westernacher und Georg August Zinn. Neben dem prominenten Namen Lauritz Lauritzen, der im April 1941 einem SA-Marine-Sturm in Kiel beitrug, fällt hier auch der Name Georg August Zinn. In seinem Meldebogen zur Entnazifizierung gab er im Oktober 1949 an, in der „SA-Wehrmannschaft 1940/41 (9 Monate) vormilitärisch ausgebildet“ worden zu sein.<sup>89</sup> Weiteres dazu ist nicht bekannt, der Erste Öffentliche Ankläger der Spruchkammer Kassel-Stadt sah darin jedenfalls kein Hindernis, das Verfahren einzustellen und Zinn als vom Befreiungsgesetz „nicht betroffen“ einzustufen.

#### **5.4 Mitgliedschaften in weiteren Gliederungen, Neben- und Unterorganisationen der NSDAP sowie angeschlossenen Verbänden**

Mitgliedschaften in weiteren Gliederungen und Neben- und Unterorganisationen der NSDAP standen in der Forschung bislang kaum im Fokus. Bekannt ist die massenhafte Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Volksfürsorge (NSV) oder in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), in die bei der Gleichschaltung der Gewerkschaften viele ihrer Mitglieder überführt wurden. Für 201 spätere Abgeordnete konnten jenseits der SS und der SA Mitgliedschaften in weiteren Gliederungen, Neben- und Unterorganisationen ermittelt werden. 118 Personen aus der Untersuchungsgruppe waren (auch) Mitglied der NSV, 95 bei der DAF, 46 in der Hitlerjugend (darunter zwei Frauen im BDM), 39 im Reichsluftschutzbund.

---

<sup>87</sup> HHStAW, Abt. 520, FZ 3910.

<sup>88</sup> Für Wolf ist bekannt, dass er Truppführer gewesen ist, eine Position, die formal von einem Oberscharführer ausgeübt werden sollte (der Trupp entspricht etwa einem Zug bei der Wehrmacht, Oberscharführer einem Feldwebel).

<sup>89</sup> HHStAW, Abt. 520, KSt Z I 1.

Wenig überraschend ist, dass die stärkste berufsorientierte Unterorganisation der NSDAP, der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund (NSRB) inklusive seines Vorläufers, dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ), mit 23 Mitgliedern vertreten ist. Andere Mitgliedschaften tauchen weniger häufig auf: Im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) waren beispielsweise elf Abgeordnete, im Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB) – auch als NS-Beamtenbund bezeichnet – neun, im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) sieben, im Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK)<sup>90</sup> vier und im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund zwei spätere Mitglieder des Landtags.<sup>91</sup>

Interessanter für die Fragestellung der Verstrickung mit dem NS-System ist die Betrachtung der Mitgliedschaften vor 1933 und ggf. übernommene Funktionärsposten. Hier sticht einmal mehr Albert Derichsweiler (ID 19, FDP) hervor: Vor seinem Parteieintritt 1930 war er 1929 der Hitlerjugend beigetreten. Dem NSDStB trat er 1931 bei und machte dort schnell Karriere: 1934 schon wurde er Bundesführer des NS-Studentenbundes und blieb dies bis 1936. Diese exponierte Stellung in einer Gliederung der NSDAP machte ihn zum prominenten NS-Funktionär. Auch über seine 1938 folgende Arbeit in der Parteikanzlei (s.o.) hinaus betätigte er sich ganz im Sinne des NS-Regimes: Im September 1939 wurde er Gauobmann der DAF in Posen, Reichsgau Wartheland. Dort war er, nach eigenen Worten, zuständig für die „Mobilisierung der polnischen Arbeitskräfte“<sup>92</sup>, eine verschleiende Formulierung für die Rekrutierung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

Derart exponierte NS-Funktionäre der Gliederungen und Unterorganisationen der NSDAP haben sich darüber hinaus im Kreis der ehemaligen Landtagsabgeordneten nicht ermitteln lassen, jedoch einige bemerkenswerte weitere Hinweise: Wilhelm Ziegler (ID 402, BHE) war 1944 im Führungskreis des Nationalsozialistischen Deutschen Dozenten-Bundes.<sup>93</sup> Walter Schröder (ID 67, FDP) war „1934 bis 1945 in leitender Stellung beim Reichsluftschutzbund“,<sup>94</sup> Edgar Schnell (ID 333, CDU) 1940 bis 1945 Hauptsachbearbeiter im dortigen Präsidium. Otto Braun (ID 78, FDP) erreichte den Rang eines Hauptsturmführers (etwa Hauptmann) beim NSKK. Karl Keilmann (ID 230, FDP) war ein mit nicht näher beschriebenem Aufgabengebiet eingesetzter Obmann des NS-Rechtswahrerbundes und Heinz Wolf (ID 228, CDU) wurde in dieser Organisation 1936 zum Gau-Pressesprecher ernannt.

---

<sup>90</sup> Das NSFK war zwar keine Gliederung und kein angeschlossener Verband der NSDAP, sondern direkt dem Reichsluftfahrtministerium unterstellt; abgesehen von dieser formalen Differenz war es aber dem NSKK sehr ähnlich und wird daher hier mit berücksichtigt.

<sup>91</sup> Neben vereinzelten Zufallsfunden waren einfache Mitgliedschaften in diesen Organisationen vor allem den Meldebögen aus den Spruchkammerunterlagen der Abt. 520 im HHStAW zu entnehmen.

<sup>92</sup> Zitiert nach: Klausch: Braunes Erbe. S. 13. Eine noch beschönigendere Formulierung, wohl ebenfalls von Derichsweiler selbst (s.o.), findet sich in Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 234: Dort heißt es, er sei „bei der DAF auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätig“ gewesen.

<sup>93</sup> Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 2003, S. 694. Welche Funktion er dort genau übernommen hatte, ließ sich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht ermitteln.

<sup>94</sup> Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 385.

Abschließend ein Blick auf die HJ-Mitgliedschaften und -Funktionen: Immerhin 21 Abgeordnete hatten in der Hitlerjugend niedrige Ränge erreicht und/oder Funktionen übernommen. Diese reichten vom einfachen Sportwart über mehrere Kameradschafts- und Scharführer bis hin zur Mitarbeit in einem Jungbannstab (Walter Köbel; ID 240, SPD) und der Führung eines Jungstammes (Wilhelm Runtsch; ID 314, CDU). Frank Seiboth (ID 115, BHE) war gar Gebietsführer im Sudetenland – ein „Gebiet“ der Hitlerjugend ist die organisatorische Ebene direkt unterhalb der Reichsführung. Drei Personen waren bereits vor der Machtergreifung der NSDAP in die HJ eingetreten und daher Träger des (Goldenen) Ehrenzeichens der HJ: Walter Köbel (ID 240, SPD), Rudolf Lucas (ID 259, CDU) und Hermann Molter (ID 277, FDP).

## 5.5 Erkenntnisse zu den Dienstzeiten in der Wehrmacht

Es ist inzwischen längst erwiesen, dass die Wehrmacht an fast allen Fronten in Kriegsverbrechen verwickelt war. Die Diskussionen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ aber zeigten zugleich, wie schwierig es im Einzelfall sein kann, Verbrechen konkreten Einheiten oder gar einzelnen Personen zuzuordnen. Vor dieser Schwierigkeit steht auch diese Vorstudie. Es gibt nur einen Weg, zu einigermaßen verlässlichen Aussagen zu gelangen: Für die Einheiten der Wehrmacht, in denen die ehemaligen Abgeordneten Dienst taten, muss zunächst ermittelt werden, ob sie in Kriegsverbrechen verwickelt waren; erst dann kommt die Prüfung einer individuellen Beteiligung in Frage. Bei über 200 Hinweisen auf eine aktive Kriegsteilnahme der späteren hessischen Landtagsabgeordneten war diese Arbeit im Rahmen der Vorstudie nicht zu leisten.

Dennoch fanden sich einige im Hinblick auf die Nähe zum NS-Regime bemerkenswerte Hinweise auf Funktionen in der Wehrmacht oder auf Operationen bestimmter Einheiten, in denen sie dienten:

- Ernst Günther Stegmann (ID 107, BHE) stammte aus Kaczagórka, einem bei seiner Geburt preußischen, ab 1919 polnischen, 1939 im besetzten Reichsgau Wartheland gelegenen Ort; Stegmann sprach Polnisch und kannte sich in der Region aus. Nach dem Überfall auf Polen vom 3. bis 15. Oktober 1939 führte er ein „polnisches Kommando“. Am 12. Oktober 1939 erhielt er die Spange zum EK 2.<sup>95</sup> Zwischen 11. März 1943 und 15. August 1944 leitete Stegmann in der Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost, die sich mit der Nachrichtenbeschaffung vor allem über die Rote Armee befasste, zuerst das Referat „Banden“, dann die Gruppe „Banden Polen“.<sup>96</sup> Stegmann hat sich also in einer der militärischen Schaltzentralen der Wehrmacht leitend mit der „Bandenbekämpfung“ befasst, einem Kampfbereich, in dem sich die Beteiligung bzw. Planung von Kriegsverbrechen häuften. Die ermittelten Angaben

---

<sup>95</sup> Die Spange wurde verliehen, wenn der Auszuzeichnende, wie im Fall Stegmann, das Eiserne Kreuz der entsprechenden Klasse im Ersten Weltkrieg schon erhalten hatte.

<sup>96</sup> Alle Angaben in BA-MA, Bestand RH 7, Nr. 959.

werfen mithin eine ganze Reihe von Fragen auf, nicht zuletzt nach der Art des von ihm im Oktober 1939 geführten „polnischen Kommandos“.

- Erich Mix (ID 275, FDP) wurde im September 1939 zur Luftwaffe eingezogen und stieg dort zum hoch dekorierten Kommandeur eines Jagdfliegergeschwaders im Range eines Oberst d.R. auf.<sup>97</sup> Eine UK-Stellung als Oberbürgermeister von Wiesbaden, die der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern für ihn beantragte, wurde wegen dieser Kommandeursstellung vom Luftwaffenpersonalamt 1942 abgelehnt;<sup>98</sup> Mix blieb bei der Luftwaffe. Im März 1945 nahm er an einem Lehrgang für NS-Führungsoffiziere<sup>99</sup> teil und wurde zuletzt auch noch als Lehrer in der NS-Führungsoffiziersschule 2 der Luftwaffe eingesetzt.
- Gustav Hacker (ID 182, BHE) war während des Krieges als Leiter der Staatsgüterverwaltung bei der Rüstungsinspektion Ukraine, Rüstungskommando Dnjepropetrowsk eingesetzt, vermutlich im Range eines „Sonderführers Z“.<sup>100</sup> Da in der Ukraine gravierende Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit der ökonomischen Ausbeutung des Landes verübt wurden und Hacker nach dem Krieg, allerdings in Prag, als Kriegsverbrecher verurteilt wurde (s.u.), bleibt die Frage, welche Aufgaben er in der Ukraine tatsächlich erfüllt hat.
- Offen bleibt auch der Wirkungskreis von Anno von Gebhardt (ID 161, BHE), den er als Wehrwirtschaftsreferent beim Oberkommando der Wehrmacht bis 1942 ausfüllte.<sup>101</sup>
- Karl Willmann (ID 388, KPD) wurde im August 1940 als Kraftfahrer zur Marine eingezogen. Einige Marineverbände wurden gegen Kriegsende auch als Kampfeinheiten an Land eingesetzt. Anfang 1944 wurde Willmann zu einem Kommando der Kleinkampfverbände versetzt, wozu offensichtlich auch die 4. Marine-Kraftwagen-Einsatz-Abteilung gehörte, in der Willmann diente. Diese Einheit wiederum war an Erschießungen von Partisanen und Zivilisten am 12. August 1944 in Malga Zonta bei Lavarone in Italien beteiligt. Ob Willmann persönlich an diesen Aktionen beteiligt war, konnte nicht ermittelt werden.<sup>102</sup>

---

<sup>97</sup> Spange zum EK 2 schon am 27.09.1939, Spange zum EK I am 26.05.1940 und goldenes Fliegerabzeichen am 28.07.1941. Alle Angaben, auch – soweit nicht anders angegeben – die folgenden aus dem Wehrstammbuch, in: BA-MA, Bestand Pers 6, Nr. 238092.

<sup>98</sup> BA-MA, Bestand Pers 6, Nr. 173979.

<sup>99</sup> Diese „NSFO“ wurden 1944 eingeführt und bildeten den „verlängerten Arm“ der Partei in die Wehrmacht.

<sup>100</sup> WAST, Karteikarte der Zentralkartei, und WAST, Entschädigungsantrag Hackers. „Sonderführer Z“ waren in der Regel zivile Experten, die im Range eines Offiziers bei der Wehrmacht fehlende speziell qualifizierte Offiziere ersetzten. Dazu gehören nicht nur, wie hier, Wirtschaftsfachleute, sondern bspw. auch Flugzeugtechniker oder Dolmetscher.

<sup>101</sup> WAST, Sold-Auszahlungs-Stammbblätter, und WAST, Wehrverwendungskarte.

<sup>102</sup> Schreiben des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg vom 31.01.2007, Schreiben der Deutschen Dienststelle an das LKA Baden-Württemberg vom 16.02.2007 und Schreiben der Deutschen Dienststelle an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 12.07.2007, alle in: WAST, Marine-Personalakte Karl Willmann. Nach dem italienischen Wikipedia-Eintrag wurden

Für die Dienstzeiten der nachmaligen Landtagsabgeordneten bei der Wehrmacht liegen zum Teil aussagekräftige Hinweise in einer großen Bandbreite vor. Dennoch ist an dieser Stelle in aller Deutlichkeit festzuhalten, dass es in der Regel schwierig ist, aufgrund der ermittelten Angaben über bestimmte Einheiten oder Kriegseinsätze in der Wehrmacht auf eine besondere Nähe zum NS-Regime oder gar auf die Teilnahme an Kriegsverbrechen zu schließen. Es ist in jedem einzelnen Fall erforderlich, sehr genau und weitreichend zu recherchieren, um entsprechende Verwicklungen und Beteiligungen an illegalen bzw. illegitimen Kampfhandlungen zu belegen.

## **5.6 Erkenntnisse zu Tätigkeiten in staatlichen Organen, sonstigen beruflichen Funktionen und Verwicklungen in das NS-Regime**

Die Aktivitäten von Personen aus der Untersuchungsgruppe in staatlichen Organen sind erwartungsgemäß recht vielfältig. Wie die folgende (alphabetische) Auflistung zeigt, reicht sie von der Ernennung zum Stadtrat bis zum Mitglied des Reichstags, vom Landrat bis zum Ministerialdirektor:

- Otto Braun (ID 78, FDP) wurde 1934 zum Stadtrat in Melsungen ernannt.
- Fritz Czermak (ID 125, BHE) übte von 1939 bis Januar 1942 die Funktion eines Regierungskommissars (Bürgermeister) im tschechischen Olmütz (Olomouc) aus.
- Albert Derichsweiler (ID 19, FDP) war 1936-1938 Mitglied des Reichstags. In den 1940er Jahren fungierte er als Inspekteur der Gauwohnungskommission und als Präsident der Gauarbeitskammer Wartheland.
- August Martin Euler (ID 94, FDP) durchlief eine Ausbildung bei der Schutzpolizei. Als Polizist wurde er am 29. November 1944 zum SS-Polizeiregiment 2 Brandenburg eingezogen. Dieses Regiment verübte schwere Kriegsverbrechen mit Tausenden von Opfern, aber – soweit bekannt – nicht mehr im November 1944 oder später.<sup>103</sup>
- Ernst Georgi (ID 165, CDU) wurde wohl im Oktober 1944 als Betriebs- und Lagerarzt zum Luftwaffenbauamt Blankenburg (Harz) einberufen. Nach seinen Angaben wurde er zusammen mit ihm unterstellten „jüdischen Mischlingsärzten“ am 01.03.1945 der Organisation Todt unterstellt.<sup>104</sup>
- Gustav Hacker (ID 182, BHE) war Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium im okkupierten Prag. Nach seiner Zeit als Soldat und als Sonderführer in der Ukraine übernahm er 1945 die Geschäftsführung eines Landwirtschaftsverbandes in Prag.
- Kurt Kersten (ID 232, BHE) leitete ab 1939 eine Abteilung im Reichswirtschaftsministerium.

---

in der Sennhütte Malga Zonta am 12.08.1944 drei Zivilisten und 14 Partisanen erschossen.  
[https://it.wikipedia.org/wiki/Eccidio\\_di\\_Malga\\_Zonta](https://it.wikipedia.org/wiki/Eccidio_di_Malga_Zonta), 03.12.2012.

<sup>103</sup> Vgl. Stefan Klemp: „Nicht ermittelt“, 2. Auflage, Essen 2011, S. 318ff. und 522f.

<sup>104</sup> Vgl. HHStAW, Abt. 520, F 5945 DL NB (Nieder-Ramstadt) 2/5945. Vgl. E-Mail der Leiterin der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Dr. Regine Heubaum, v. 06.11.2012: „Der Hinweis Ernst Georgis auf die ihm unterstellten ‚jüdischen Mischlingsärzte‘ könnte darauf hindeuten, dass er im Gestapo-Lager für ‚jüdisch Versippte‘ tätig war, das sich ebenfalls in Blankenburg befand.“

- Erich Mix (ID 275, FDP) war 1933/34 Zweiter Bürgermeister von Stettin, 1934 bis 1937 Oberbürgermeister von Tilsit und 1937 bis 1945 Oberbürgermeister von Wiesbaden. Ab 1939 saß er dem Landesverband Hessen des Deutschen Gemeindetags vor.
- Hermann Molter (ID 277, FDP) war als Fliegerhauptingenieur ab 11. Oktober 1939 „Referent für die Entwicklung von Fertigungsmaschinen“ im Reichsluftfahrtministerium und damit zugleich „Generalluftzeugmeister“.<sup>105</sup>
- Heinrich Rodemer (ID 224, FDP) war ab 1940 Mitarbeiter im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und ließ sich von dort – wohl 1942 – als „Wortberichter“ zu Propagandakompanien beim Heer versetzen. 1944 wechselte er zum Stab des Reichspressechefs im Führerhauptquartier; möglicherweise wurde er hier für den Auslandsnachrichtendienst eingesetzt.<sup>106</sup>
- Amts- und Landgerichtsrat Siegfried Ruhl (ID 313, CDU) wurde 1934 zum Erbgesundheitsrichter in Marburg ernannt.<sup>107</sup> Bei der NSDAP-Gauleitung stieß das nicht auf große Gegenliebe: Ruhls Ernennung zum Erbgesundheitsrichter habe, so ein Schreiben der Führung des NSDAP-Gaus Kurhessen vom 5. April 1934, „Kopfschütteln“ ausgelöst, da Ruhl bekannter Zentrumsman sei und „sich in Prozessen gegen Nationalsozialisten nie von einer guten Seite gezeigt hat“.<sup>108</sup>
- Wilhelm Saure (ID 318, FDP) wurde 1935 Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, später Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium. Darüber hinaus war er Senatspräsident am Reichserbhofgericht und ab Dezember 1941 Rektor der Universität Prag.
- Alfred Schneider (ID 328, SPD) war ab 3. April 1940 als beisitzender Richter am Sondergericht Oppeln tätig. Warum der Oberlandesgerichtspräsident aus Breslau diese Bestellung schon am 8. Juni 1940 widerrief, ist unbekannt.
- Von 1928-1945 leitete Wilhelm Seipel (ID 116, FDP) die Arbeitsämter von Frankfurt/M., Kaiserslautern, Landau in der Pfalz, stieg zum Abteilungsleiter im Landesarbeitsamt Amberg/Oberpfalz auf und wurde schließlich Präsident des Gauarbeitsamts Mainfranken in Würzburg.
- Klaus Stein (ID 221, BHE), Berufssoldat, der es bis zum Major brachte, war von 1943 bis 1945 Abwehrbeauftragter der Firma Krupp (Essen) in Breslau.<sup>109</sup>

---

<sup>105</sup> WAST, Karteikarte der Zentralkartei.

<sup>106</sup> Alle Angaben aus BA-MA, Bestand R 55, Nr. 23720, und BStU, MfS – MfS HA IX/11, PA 194.

<sup>107</sup> Die Erbgesundheitsgerichte hatten die Aufgabe, über die Zwangssterilisierungen von „erbkranken“ Menschen zu entscheiden, waren also ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen „Rassenpolitik“.

<sup>108</sup> Schreiben des Gau-Inspektors der NSDAP-Gauleitung Kurhessen an den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Roland Freisler vom 05.04.1934. In: BAB, Bestand R 3001, Nr. 73119.

<sup>109</sup> Abwehrbeauftragte der Industrie waren meist der Gestapo bzw. dem SD unterstellte oder verantwortliche, zumindest zuarbeitende Geheimdienstmitarbeiter, die für eine reibungslose Produktion zu sorgen hatten und der Gestapo/dem SD Stimmungsberichte und sonstige Meldungen zukommen ließen. Vgl. auch die hierzu seltene Überlieferung im HStAD, Bestand G 12 B.

- Ab 1. August 1940 arbeitete Heinz Wolf (ID 228, CDU) als Staatsanwalt in Danzig, konkret als Ankläger beim Sondergericht Danzig und als Sachbearbeiter für politische Sachen beim Generalstaatsanwalt in Danzig.<sup>110</sup> Im Mai 1944 nahm er an der Arbeitstagung für Vorsitzende der Hochverratssenate auf der Reichsburg Kochem teil.<sup>111</sup> Am 24. August 1944, wurde er aus gesundheitlichen Gründen als Staatsanwalt nach Traunstein versetzt. Dort war er erneut, wenn auch auf einer niedrigeren Ebene, unter anderem für politische Strafsachen zuständig.<sup>112</sup>
- Wilhelm Ziegler (ID 402, BHE) wurde 1933 Referent für Wissenschaft im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1935 stieg er dort zum Leiter des „Instituts zum Studium der Judenfrage“ auf, wurde 1938 zum Ministerialrat ernannt und übernahm 1943 die stellvertretende Leitung der Schrifttumsabteilung in diesem Ministerium. Am 26.05.1938 erhielt er auf Vorschlag der „Adjutantur des Führers“ einen Lehrauftrag an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin für die „Geschichte der Judenfrage“.

Zu immerhin 17 Personen wurden somit Nachweise für Karrieren in staatlichen Institutionen bzw. sonstigen beruflichen Zusammenhängen und Funktionen ermittelt, die letztendlich auf eine aktive Unterstützung des NS-Machtapparats hinausliefen. Teilweise ist eine Bewertung aus den bereits vorliegenden Angaben möglich, in der Mehrheit bedürfen sie aber gezielter weiterer Recherchen, um das tatsächliche individuelle Verhalten angemessen einzuordnen zu können.

Besonders gelagerte Hinweise auf Verwicklungen mit den Institutionen und dem Machtapparat des NS-Regimes ergaben sich im Hinblick auf drei weitere nachmalige Abgeordnete in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hier ging es um Verdachtsfälle, V-Männer der Gestapo gewesen zu sein:

- August Oswalt (ID 222, CDU) wurde ohne sein Wissen als V-Mann der Gestapo in Betracht gezogen. Offensichtlich schien er der Gestapo aber nicht „brauchbar“, so dass diese Überlegungen seitens der Behörde wieder fallen gelassen wurden.<sup>113</sup>
- Gegen Wilhelm Knothe (ID 239, SPD) wurde im Rahmen eines Vorermittlungsverfahrens zwischen 1949 und 1951 geprüft, ob er V-Mann der Gestapo gewesen war. Sowohl der verantwortliche Gestapo-Offizier Ludwig Datz als auch Knothe gaben zu sich zu kennen. Knothe will Datz ab 1942 als „Schutzschild“ für seine Widerstandstätigkeit benutzt haben, u.a. durch Bestechung. Datz leugnete zwar die Bestechung, gab aber an, dass Knothe kein V-Mann gewesen sei, obwohl er ihn als solchen geführt habe. Die Zentralspruchkammer Hessen in Frankfurt sah in

---

<sup>110</sup> BAB, Bestand ZB II, Nr. 1653, A 1 (R 3001), Bl. 46.

<sup>111</sup> BAB, Bestand ZB II, Nr. 1653, A 1 (R 3001), Bl. 56.

<sup>112</sup> BAB, Bestand ZB II, Nr. 1653, A 1 (R 3001), Bl. 58.

<sup>113</sup> Vgl. HHStAW, Abt. 649, Karton 210, Karte Dr. August Oswalt.

ihrem Abschlussbericht vom 30.05.1951 keinen Grund für die Einleitung eines Verfahrens gegen Knothe.<sup>114</sup>

- Georg Stierle (ID 346, SPD) dagegen gab in einem ausführlichen Anhang zu seinem Entnazifizierungsmeldebogen an, auf eine Anwerbung der Gestapo als V-Mann eingegangen zu sein. Nach drei Jahren Haft wurde Stierle im April 1939 aus dem KZ Buchenwald entlassen. Etwa drei Monate später drohte ihm erneute KZ-Haft, da er mit ehemaligen Genossen über die Verhältnisse in den Lagern gesprochen hatte. Von der Gestapo wurde er vor die Wahl gestellt, entweder für die Gestapo zu arbeiten oder erneut in KZ-Haft zu kommen. Nach kurzer Bedenkzeit sagte er der Gestapo die Zusammenarbeit zu, die vor allem in der Erstattung eines monatlichen Berichts bestand. Er berichtete laut eigener Darstellung eher allgemein Bekanntes und wurde mehrfach zur Gestapo zitiert, um „Meckerer“ zu denunzieren. Nach einiger Zeit verlor die Gestapo das Interesse an ihm und meldete sich nicht mehr. Er beteuerte, niemanden denunziert zu haben, obwohl er Kontakt mit Leuten aus dem Widerstand gehabt hätte. Die Spruchkammer in Frankfurt hielt Stierles Erklärung für glaubhaft und stufte ihn als nicht vom Befreiungsgesetz betroffen ein.<sup>115</sup>

Alle drei Fälle sind in den Entnazifizierungsunterlagen belegt; es spricht einiges dafür, dass durch eingehende Recherchen weitere, ähnlich gelagerte Fälle ermittelt werden können.

Insgesamt muss abschließend zu beruflichen Funktionen und Karrieren in der Verwaltung, der Wirtschaft oder sonstigen Ansatzpunkten für Verwicklungen mit dem NS-Regime festgehalten werden, dass eine gezielte und intensive Suche nach biographischen Angaben zu den ehemaligen Abgeordneten sicher weitere Hinweise in diesem Umfeld zu Tage fördern wird. Die Rechercharbeiten im Rahmen dieser Vorstudie konzentrierten sich auf Verbindungen in den Parteiapparat und waren daher zu diesem Punkt nicht systematisch angelegt. Die in diesem Abschnitt zusammengefassten Sachverhalte müssen insofern als vorläufige Ergebnisse betrachtet werden.

## **5.7 Entnazifizierung, Internierungen und Strafverfahren**

### **5.7.1 Spruchkammerverfahren**

Wegen der dort zu erwartenden Angaben zu Aufenthaltsorten, Tätigkeiten und Mitgliedschaften in der NSDAP und ihren Gliederungen waren die Unterlagen der Spruchkammern von Beginn an für die Recherchen im Rahmen dieser Vorstudie von großer Bedeutung. Auch wenn aus Zeitgründen nicht alle angeführten Unterlagen umfassend ausgewertet werden konnten (vgl. zur besonderen Überlieferungssituation Kapitel 4.6) und sie durch Eigenangaben geprägt sind und daher nur eingeschränkten Quellenwert besitzen (s.o., Kapitel 2.2), so sind sie doch aussagekräftig und aufschlussreich.

---

<sup>114</sup> Vgl. HHStAW Abt. 520, FZ 6206.

<sup>115</sup> Vgl. HHStAW Abt. 520, FZ 4931.

Die übergroße Mehrheit der Entnazifizierungsunterlagen befindet sich in Abteilung 520 des Hessischen Hauptstaatsarchivs. Insgesamt wurden Unterlagen zu 269 Abgeordneten ermittelt (dies entspricht 66,8% der Untersuchungsgruppe), die durch vereinzelte weitere Funde ergänzt werden konnten.<sup>116</sup> Aus diesen ergeben sich zu 256 Personen verwertbare Angaben zu den Entscheidungen der Spruchkammern:

Entscheidung / Einstufung	Anzahl Abgeordnete	Anteil Abgeordnete	Vergleichswerte Hessen gesamt <sup>117</sup>
1 – Hauptschuldige	0	0,0%	0,01%
2 – Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)	0	0,0%	0,2%
3 – Minderbelastete (Bewährungsgruppe)	2	0,8%	0,9%
4 – Mitläufer	19	7,4%	4,1%
5 – Entlastete	10	3,9%	0,2%
6 - nicht betroffen	174	68,0%	71,1%
Jugendamnestie	15	5,9%	9,7%
Weihnachtsamnestie	7	2,7%	12,7%
unbekannte Amnestie	1	0,4%	-
eingestellt (unterschiedliche Gründe)	3	1,2%	1,0%
eingestellt nach § 5 Abschlussgesetz vom 30.11.1949	1	0,4%	-
unbekannt	23	9,0%	0,3 <sup>118</sup>
unbekannt, mglw. Jugendamnestie	1	0,4%	-
Kontrollwert	256	100,0%	100,2%

Die Zahlen deuten einerseits – zumindest auf den ersten Blick – auf eine nicht besonders harte Spruchkammerpraxis hin, andererseits liegen sie etwa im Durchschnitt der Ergebnisse der Entnazifizierung in Hessen.<sup>119</sup>

<sup>116</sup> Die Entnazifizierungsakte zu Heinz Wolf (ID 228, CDU) wurde dem Projekt aus Limburger Forschungszusammenhängen über den Präsidenten des Landtags in Kopie zugestellt; sie stammt aus dem Staatsarchiv München, Bestand Spruchkammerakten, Karton 2454, Spruchkammer Reichenhall. In der WAST fanden sich Unterlagen zu Walter Preißler (ID 216, BHE); WAST, Unterlagen Darmstadt Lager. In mehreren Stadtarchiven stießen die Recherchen auf Parallelüberlieferungen, beispielsweise im Stadtarchiv Friedberg zu Erich Milius (ID 273, SPD; Stadtarchiv Friedberg, Spruchkammerbescheide Friedberg Bd. 2 L-Q 4.53.65) und Karl Raute (ID 56, SPD; Stadtarchiv Friedberg, Spruchkammerbescheide Bd. 2 R-Z 4.53.65) und im Stadtarchiv Marburg zu Karl Theodor Bleek (ID 69, FDP; Stadtarchiv Marburg, PA 829/1 und PA 829/2); gerade das Beispiel Bleek zeigt, dass diese Parallelüberlieferung wertvoll sein kann: In Wiesbaden wird der Meldebogen seit 1976 vermisst; HHStAW, Abt. 520, Ma Nr. 1459/46 Karte.

<sup>117</sup> Vgl. Statistisches Handbuch für das Land Hessen. Offenbach 1948. S. 262. Dort wird der Stand vom 30. Juni 1948 angegeben, die absoluten Zahlen wurden in Anteile umgerechnet; vgl. weiter Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954, Wiesbaden 1999.

<sup>118</sup> Anteil der bis 30.06.1948 noch nicht entschiedenen Verfahren.

<sup>119</sup> Bei der Untersuchungsgruppe ergibt eine Person bereits eine Abweichung von 0,4%; insofern ist der Vergleich zu den Landesergebnissen allenfalls als Bestätigung der Tendenz einzustufen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse von Berufungsverfahren.<sup>120</sup> In 256 Spruchkammerverfahren, zu denen Unterlagen ermittelt werden konnten, wurde zehn Mal Berufung eingelegt. In sieben Fällen endete sie erfolgreich. Vor dem Hintergrund der Verfahrenslogik überrascht die hohe Erfolgsquote nicht, denn die Berufungen verfolgten den Zweck, für die/den Betroffene/n eine günstigere Einstufung zu erreichen. In Bezug auf die hier betrachteten Fälle führte die einzige Einstufung in die Gruppe 2 (Belastete) nach der Berufung in die Gruppe 3 (Minderbelastete), drei Einstufungen der Gruppe 3 in die Gruppe 4 (Mitläufer) und drei der Gruppe 4 in Gruppe 5 (Entlastete):

ID	Name	Vorname	Fraktion	Einstufung
211	Jatsch	Anton	BHE	03.12.1947: 3 – Minderbelastete Berufungsentscheidung vom 04.04.1949: 4 – Mitläufer
258	Lorenz	Erwin	FDP	13.05.1947: 3 – Minderbelastete Berufungsentscheidung vom 12.06.1947: 4 – Mitläufer
267	Mengel	Karl	CDU	16.01.1947: 4 – Mitläufer Berufungsentscheidung vom 01.07.1948: 5 – Entlastete
268	Menne	Erika	FDP	20.10.1948: 4 – Mitläufer Berufungsentscheidung vom 06.01.1949: 5 – Entlastete
275	Mix	Erich	FDP	17.02.1947: 2 – Belastete Berufungsentscheidung vom 16.12.1948: 3 – Minderbelastete
333	Schnell	Edgar	CDU	04.10.1947: 4 – Mitläufer Berufungsentscheidung vom 09.11.1948: 5 – Entlastete
116	Seipel	Wilhelm	FDP	29.10.1947: 3 – Minderbelastete Berufungsentscheidung vom 03.05.1948: 4 – Mitläufer

Drei Berufungsentscheidungen sind hingegen nicht aus der Verfahrenslogik und der sonstigen Spruchpraxis zu erklären:

ID	Name	Vorname	Fraktion	Einstufung
240	Köbel	Walter Klaus	SPD	07.05.1948: 6 - nicht betroffen Berufungsentscheidung vom 06.05.1949: eingestellt (wg. Urteil des Militärgerichts)
311	Rosenkranz	August	SPD	06.06.1946: 5 – Entlastete Berufungsentscheidung vom 13.06.1946(!): 4 – Mitläufer
391	Winkler	Rudolf	CDU	02.12.1946: 6 - nicht betroffen Berufungsentscheidung vom 17.10.1947: Weihnachtsamnestie

Diese Fälle sind schon insofern nicht recht nachvollziehbar, als die drei ehemaligen Abgeordneten keine wahrheitsgemäßen Angaben über ihre „Belastung“ gemacht und

<sup>120</sup> Nach Art. 46 Befreiungsgesetz; die Berufung war das einzige Rechtsmittel im Spruchkammerverfahren (Art. 49). Bei Bekanntwerden wesentlicher, bislang unbekannter Tatsachen konnte nach Art. 48 das Verfahren aber wieder aufgenommen werden.

insbesondere ihre Mitgliedschaft in der NSDAP verschwiegen oder verschleiert haben. Damit stehen sie in der Untersuchungsgruppe jedoch nicht alleine. Von den 92 ermittelten NSDAP-Mitgliedern (s.o. Kapitel 5.1) fanden sich auswertbare Entnazifizierungsunterlagen zu 52 Personen (56,5%). Von diesen gaben immerhin 20 (38,5%) ihre vormaligen NSDAP-Mitgliedschaft nicht oder nicht korrekt an:

ID	Name	Vorname	Fraktion	NSDAP	Spruchkammer	Folgen (soweit bekannt)
29	Arndt	Rudi	SPD	20.04.1944	Frankfurt Spruch unbekannt	keine
18	Best	Werner	SPD	20.04.1944	Wetzlar 6-nicht betroffen	keine
69	Bleek	Karl Theodor	FDP	01.01.1942	Marburg Stadt 6-nicht betroffen	keine
70	Blum	Wilhelm	CDU	01.01.1940	Hünfeld 5-Entlastete	keine
123	Conrad	Wilhelm	SPD	01.05.1937	Gießen Stadt 5-Entlastete	keine
124	Croll	Willi	SPD	01.09.1942	Hofgeismar Jugendamnestie	keine
134	Dörinkel	Wolfram	FDP	01.05.1933	BK Wiesbaden 4 - Mitläufer, 150,- Sühne <sup>121</sup>	keine
61	Dregger	Alfred	CDU	01.09.1940	Marburg Stadt Jugendamnestie	keine
230	Keilmann	Karl	FDP	01.05.1933	Bergstraße Weihnachtamnestie	keine
240	Köbel	Walter Klaus	SPD	01.01.1937	Groß Gerau 6-nicht betroffen	Am 21.06.1948 von einem Militärgericht wegen Fragebogenfälschung zu neun Monaten Haft verurteilt.
37	Koch	Karl- Heinz	CDU	01.09.1942	Kammer unbekannt Spruch unbekannt  Frankfurt/M. Verfahren eingestellt	Am 14.04.1948 wird NSDAP-Mitgliedschaft bei Überprüfung durch die Universität Ffm. bekannt; am 14.09.1948 wird er auf eigene Veranlassung zum Sachverhalt vernommen. K. gibt an, seine NSDAP-Mitgliedschaft sei ihm unbekannt gewesen.
246	Kuske	Gerhard	BHE	01.07.1941	Hofgeismar 6-nicht betroffen	keine
255	Leweke	Adolf	CDU	23.05.1933	Frankfurt/M. 6-nicht betroffen	keine
262	Marx	Jacob	CDU	20.04.1944	Groß-Gerau Weihnachtsamnestie	keine
311	Rosenkranz	August	SPD	01.01.1940	Alsfeld 5 - Entlastete Alsfeld 4 - Mitläufer, 600,- Sühne	Urteil in Strafverfahren vom 23. Januar 1947; Suspendierung als Landrat wegen mehrfacher Meldebogenfälschung sowie Verbot der Weiterbeschäftigung in allen öffentlichen Ämtern.

<sup>121</sup> Dörinkel gab in seinem Meldebogen die Anwärterschaft zur NSDAP-Mitgliedschaft an. Vor Ende des Verfahrens wurde jedoch die Mitgliedschaft bekannt; es folgte die Einstufung als „Mitläufer“. In der Britischen Zone war er in die Kategorie Entlasteter eingestuft worden.

ID	Name	Vorname	Fraktion	NSDAP	Spruchkammer	Folgen (soweit bekannt)
113	Schwab	Ludwig Franz	CDU	01.09.1940	Offenbach Land Jugendamnestie	keine
354	Tilemann	Hermann	CDU	01.01.1941 <sup>122</sup>  Ausschluss wohl am 21.08.1942	Wolfhagen 6-nicht betroffen	Nach Verfahrensende wird privater Brief aus NS-Zeit bekannt, in dem T. Artikel erwähnt, die er täglich für die Gau-Presse schreibe; außerdem wird nicht Anwärterschaft, sondern Mitgliedschaft in der NSDAP bekannt; der Oberste Kläger im Ministerium für politische Befreiung entscheidet am 13.07.1948 abschließend dass es beim Bescheid „nicht betroffen“ bleibt.
366	Voos-Heißmann	Else	SPD	01.09.1938	Wiesbaden 6-nicht betroffen	keine
378	Weber	Hans-Otto	SPD	20.04.1944	Waldeck Jugendamnestie <sup>123</sup>	keine
391	Winkler	Rudolf	CDU	01.10.1940	Fulda Stadt 6-nicht betroffen  Fulda Stadt Weihnachtamnestie  Fulda Stadt Jugendamnestie	Wiederaufnahme, nachdem seine NSDAP-Mitgliedschaft bekannt wurde; da Einkommen für 1943-1945 unter der Bemessungsgrenze lag, fiel er unter die Weihnachtamnestie.  Widerspruch Winklers, dann Einstellung: Jugendamnestie;  Anzeige am 14.04.1948 wegen Verschweigung seiner NSDAP-Mitgliedschaft; Einstellung durch OStA am 26.05.1948: Die Angabe W.s, dass er mglw. von der Ortsgruppe als „erster Offizier“, der zudem einige Kriegsauszeichnungen hatte, ohne sein Wissen zur Parteaufnahme gemeldet wurde, ist möglich, zumindest nicht zu widerlegen.

Die fehlende Angabe der Mitgliedschaft in der NSDAP in den Entnazifizierungsmeldebögen ist im Einzelfall nicht leicht zu bewerten. Rudolf Winkler und Karl-Heinz Koch erklärten, dass ihnen die eigene NSDAP-Mitgliedschaft nicht bekannt war. Nach den vorliegenden Unterlagen erscheint diese Angabe für Koch insofern glaubhaft, als er nach Bekanntwerden der Mitgliedschaft durch eine erneute Überprüfung der Universität Frankfurt/M. wohl selbst die Spruchkammer darüber informiert hat.<sup>124</sup> Hingegen hat die historische Forschung – nicht zuletzt, weil prominente Betroffene dies ebenfalls behaupteten und daher zwischenzeitlich intensive Untersuchungen erfolgten – hier eindeutige Erkenntnisse: Einzelne oder massenhafte Aufnahme von Mitgliedern in die NSDAP ohne Wissen der Betroffenen hat es nicht gegen, sie sind jedenfalls nicht nachvollziehbar. Solche Aufnahmen hätten den Treueprinzipien der NSDAP

<sup>122</sup> Gibt in Meldebogen lediglich „Anwärterschaft“ zum NSDAP-Mitglied an.

<sup>123</sup> Gibt in Meldebogen „Anwärterschaft“ zum NSDAP-Mitglied an.

<sup>124</sup> Vgl. HHStAW Abt. 520, F (A-Z) Koch, Karl-Heinz.

fundamental widersprochen; darüber hinaus erforderte das Procedere eine handschriftlich unterzeichnete Willenserklärung und eine eingehende Prüfung dieser formalen Voraussetzung.<sup>125</sup>

Nach Lage der Dinge waren Walter Klaus Köbel und August Rosenkranz die einzigen beiden späteren Landtagsabgeordneten, die aus ihren Falschangaben im Meldebogen Konsequenzen zu tragen hatten. Für andere, auch prominentere Politiker wie Rudi Arndt, Karl Theodor Bleek oder Alfred Dregger sind jedenfalls keinerlei Folgen aus dem Verschweigen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft bekannt. Abgesehen von den oben genannten Ausnahmen – Hermann Tilemann, Rudolf Winkler und möglicherweise Wolfram Dörinkel – ist außerdem davon auszugehen, dass die NSDAP-Mitgliedschaften wohl erst mehr oder weniger lange nach Abschluss der Entnazifizierungsverfahren bekannt geworden sind.

Vereinzelt sind darüber hinaus auch andere Mitgliedschaften und Funktionen verheimlicht worden, die von den Spruchkammern als belastend bewertet worden wären. So hat z.B. Wilhelm Runtsch zwar seine HJ-Mitgliedschaft angegeben, nicht aber seine Funktion als Führer des Jungstamms II/621 des „Deutschen Jungvolks“.<sup>126</sup> Alexander Kaul (ID 213, BHE) ließ seine SA-Mitgliedschaft unerwähnt,<sup>127</sup> Erich Mix seine SS-Mitgliedschaft und seine dortigen Funktionen.<sup>128</sup>

### 5.7.2 Internierungen

Jenseits der im vorangehenden Abschnitt erwähnten Verfahren wegen „Fragebogenfälschung“ fanden sich im Rahmen der Rechercharbeiten eine ganze Reihe von Internierungen und Strafverfahren bzw. (Vor-)Ermittlungsverfahren wegen diverser Verwicklungen mit dem NS-Regime zwischen 1933 und 1945.

Das Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF) gab im April 1945 das „Arrest Categories Handbook Germany“ heraus,<sup>129</sup> in dem detailliert definiert wurde, welche Funktionen innerhalb von Staat und Partei vor 1945 automatisch zu Internierungen der betroffenen Personen durch die Besatzungsmächte führten. Dazu gehörten beispielsweise alle Mitarbeiter der Gestapo, höhere Polizeioffiziere, alle Führer und (fast alle) Unterführer der Waffen-SS, der Allgemeinen SS, höhere Führer der SA, HJ, NSKK, NSFK und RAD sowie alle

---

<sup>125</sup> Vgl. Michael Buddrus, „Wie war es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden?“ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das „Internationale Germanistenlexikon 1800-1950“. In: Geschichte der Germanistik (2003) H 23/24, S. 21-26. Wolfgang Benz: Wie wurde man Parteigenosse. Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt/M. 2009.

<sup>126</sup> Vgl. BAB (ehemals BDC), Bestand PK, Runtsch, Wilhelm, \*19.01.1921 (Film PK 113).

<sup>127</sup> Vgl. HHStAW, Abt. 520, DSt II/S/1333/48.

<sup>128</sup> Vgl. HHStAW Abt. 520, W-BW 1. Diese wurden offenbar erst im Rahmen des Berufungsverfahrens bekannt, was aber kein Hindernis darstellte, ihn von der Gruppe 2 (Belastete) in die Gruppe 3 (Minderbelastete) herabzustufen.

<sup>129</sup> Verfügbar in der Dienstbibliothek des HStAD, Signatur C 957/48.

Beamten von dem Rang eines Ministerialrats aufwärts.<sup>130</sup> Für folgende Personen aus der Untersuchungsgruppe konnten Hinweise auf Internierungen ermittelt werden:

ID	Name	Vorname	Fraktion	Zeit und Ort der Internierung
75	Böhm	Rudolf	BHE	unbekannter Ort in der ČSR
78	Braun	Otto	FDP	Interniertenlager Darmstadt
86	Bund	Ferdinand	SPD	unbekannter Ort in der ČSR
125	Czermak	Fritz	BHE	Mai 1945 bis Juni 1946; Internierungslager Auschwitz und Moskau.
155	Friedeburg	Ludwig von	SPD	ab 05.05.1945 bis unbekannt; Internierungslager Mürwik.
182	Hacker	Gustav	BHE	05.05.1945 bis 21.12.1949; wohl Prag, ČSR.
275	Mix	Erich	FDP	18.03.1946 <sup>131</sup> bis 31.10.1946; Interniertenlager Darmstadt.
216	Preißler	Walter	BHE	ca. 1946 bis ca. 1948; Interniertenlager Darmstadt (teilweise Arbeitskommando 102, Weilburg), Camp 9 Hammelburg und Interniertenkrankenhaus Karlsruhe. <sup>132</sup>
115	Seiboth	Frank	BHE	1945 bis 1948; unbekannter Ort in der ČSR.
116	Seipel	Wilhelm	FDP	Mai 1945 bis Ende 1947; Interniertenlager Darmstadt.
221	Stein	Klaus	BHE	1945 bis 1947; Interniertenlager Hammelburg und Interniertenlager Dachau. <sup>133</sup>
372	Waller	Sepp	BHE	bis 1947; Ort der Internierung unbekannt.
228	Wolf	Heinz	CDU	25.05.1945 bis 30.09.1946; Ort der Internierung unbekannt.

Da leider in keinem Fall direkte Nachweise zu den Gründen der Internierungen vorliegen, kann darauf an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Es soll jedoch angemerkt werden, dass nach den oben erwähnten SHAEF-Kriterien noch weitere Personen aus der Untersuchungsgruppe hätten interniert werden müssen (s.o. Abschnitt 5.6).

<sup>130</sup> Vgl. SHAEF, Arrest Categories Handbook Germany, o.O. 1945, S. 4f.

<sup>131</sup> Davor in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft; alle Angaben WAST, Karteikarte 2 der Zentralkartei.

<sup>132</sup> Alle Angaben aus WAST, Unterlagen Darmstadt Lager.

<sup>133</sup> Alle Angaben aus WAST, Karteikarte der Zentralkartei; dort als Kriegsgefangenschaft qualifiziert, sehr wahrscheinlich jedoch darüber hinausgehende Internierung im Sinne des hiesigen Darstellungszusammenhangs.

### 5.7.3 (Vor-)Ermittlungs- und Strafverfahren

Ebenso wenig zufriedenstellend ist der Wissensstand über die (Vor-)Ermittlungsverfahren bzw. Strafverfahren bezüglich der NS-Zeit.<sup>134</sup> Es liegen Hinweise zu neun derartigen Verfahren vor:

ID	Name	Vorname	Fraktion	Bemerkungen
125	Czermak	Fritz	BHE	Ab Juni 1946 in Untersuchungshaft in Olomouc / Ölmütz; im Februar 1947 durch ein tschechisches Volksgericht freigesprochen.
19	Derichsweiler	Albert	FDP	Die Staatsanwaltschaft Lübeck führte 1973/74 ein Ermittlungsverfahren durch. <sup>135</sup>
182	Hacker	Gustav	BHE	Wurde vom „Volksgericht in Prag“ 1945 zu vier Jahren Kerker verurteilt. <sup>136</sup>
270	Metz	Rolf	FDP	1963 ermittelte die Zentrale Stelle in Ludwigsburg. <sup>137</sup>
289	Pitz-Savelsberg	Elisabeth	CDU	Am 09.12.1949 wurde der Meldebogen vom Ersten öffentlichen Kläger der Berufungskammer Fulda an den Oberstaatsanwalt in Fulda geschickt; am 15.07.1953 wurde der Fragebogen von dort (aus Verfahrensunterlagen 1Js 61/49) zurückgefordert.
318	Saure	Wilhelm	FDP	Zweimal, 1965 und 1966, schickte die Zentrale Stelle in Ludwigsburg eine Formblattanfrage an die WAST. <sup>138</sup>
331	Schneider	Martin	BHE	Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Organisation Todt wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (7 Js 1286/49), mangels Beweisen von der Staatsanwaltschaft (Marburg?) aber wieder eingestellt.
107	Stegmann	Ernst Günther	BHE	Von drei Ermittlungsbehörden wurden bzgl. Stegmann Anfragen an die WAST gerichtet: am 31.08.1965 vom OStA am Landgericht Hamburg, am 30.08.1966 und am 05.09.1966 vom Hessischen Landeskriminalamt, am 01.08.1969 von der Zentralen Stelle Ludwigsburg. <sup>139</sup>
388	Willmann	Karl	KPD	2007 Vorermittlungsverfahren gegen Willmann bei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg und beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg wegen der Erschießung von Partisanen in Italien. <sup>140</sup>

Es muss betont werden, dass die Tabelle – abgesehen von dem Fall Gustav Hacker, der jedoch ebenfalls genauere Recherchen erfordert – frühere Verdachtsfälle aufführt, die, soweit bekannt, nicht zu Verurteilungen geführt haben. Zumal zu Elisabeth Pitz-Savelsberg und Martin Schneider, deren Namen in Bezug auf die NS-Zeit nur in den oben genannten Unterlagen aufgetaucht sind, gibt es keine weiteren Erkenntnisse.

<sup>134</sup> Soweit Näheres zu den Ermittlungsverfahren bekannt wurde, vgl. oben Kapitel 4.1 bis 4.5.

<sup>135</sup> Vgl. WAST, Karteikarte 1 der Zentralkartei.

<sup>136</sup> Vgl. Lengemann: Das Hessen-Parlament. S. 274; diese Verurteilung findet sich auch in den beiden eingesehenen Akten der BStU zu Hacker. Vgl. BStU, Bestand MfS, ASt Leipzig AP 1478/61, Bl. 52, und BStU, Bestand MfS, MfS HA IX/11, PA 651, Bl. 5; hier mit Stempel „Kriegsverbrecher“.

<sup>137</sup> Vgl. WAST, Karteikarte der Zentralkartei.

<sup>138</sup> Vgl. WAST, Karteikarte der Zentralkartei.

<sup>139</sup> Vgl. WAST, Karteikarte der Zentralkartei.

<sup>140</sup> Vgl. WAST, Personalakte Marine.

## 5.8 Ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Landesregierung

41 Abgeordnete der Untersuchungsgruppe, das entspricht 10,2%, waren nach 1946 als Staatsminister oder Staatssekretäre Mitglieder einer Hessischen Landesregierung. Es rekrutierten sich keineswegs alle Regierungsmitglieder aus dem Kreis der ehemaligen Landtagsabgeordneten. Dennoch ist es ein besonderes Merkmal der Untersuchungsgruppe, dass eine größere Anzahl der Abgeordneten auf Regierungsämter vorgerückt ist. Dies rechtfertigt es, hier festzuhalten, dass auch in diesem Kreise ehemalige NSDAP-Mitglieder waren, und zwar insgesamt dreizehn:

ID	Name	Vorname	Fraktion	MdL Funktionen Regierung
29	Arndt	Rudi	SPD	16. September 1964 bis 16. Dezember 1970 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr und 17. Dezember 1970 bis 6. April 1972 Hessischer Minister der Finanzen und stellvertretender Ministerpräsident
18	Best	Werner	SPD	17. Dezember 1970 bis 8. Oktober 1973 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt
123	Conrad	Wilhelm	SPD	26. September 1956 bis 16. September 1964 Hessischer Minister der Finanzen
133	Dockhorn	Otto	FDP	1. Dezember 1978 bis Juli 1984 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern
151	Franke	Gotthard	BHE	19. Januar 1955 bis 27. Januar 1959 Hessischer Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, 28. Januar 1959 bis 30. Januar 1963 Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr und 25. Januar 1955 bis 31. Januar 1963 stellvertretender Ministerpräsident
182	Hacker	Gustav	BHE	19. Januar 1955 bis 19. Januar 1967 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten
37	Koch	Karl-Heinz	CDU	24. April 1987 bis 5. April 1991 Hessischer Minister der Justiz
41	Kohl	Heinrich	FDP	18. Dezember 1970 bis 24. Oktober 1976 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern
216	Preißler	Walter	BHE	Februar 1955 bis Dezember 1962 Staatssekretär beim Hessischen Minister des Inneren
324	Schmidt	Horst	SPD	3. Oktober 1969 bis 4. Oktober 1976 Hessischer Sozialminister
115	Seiboth	Frank	BHE	Januar 1967 bis Dezember 1974 Staatssekretär beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt
350	Strelitz	Johannes E.	SPD	19. Januar 1967 bis 2. Oktober 1969 Hessischer Minister der Justiz, 19. Januar 1967 bis 2. Oktober 1969 Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund und 3. Oktober 1969 bis 16. Dezember 1970 Hessischer Minister des Innern und stellvertretender Ministerpräsident
358	Tröscher	Tassilo	SPD	1956 bis 1967 Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten und 19. Januar 1967 bis 17. Dezember 1970 Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten

## 5.9 Weitere Befunde aus der Zeit nach 1945 und abschließende Überlegungen

Da sich diese Vorstudie vornehmlich auf die Abgeordnetenbiographien vor 1945 und hier auf die Verbindungen zum NS-Regime beschränkt, wirft sie insbesondere Fragen in Bezug auf die individuellen politischen Orientierungen und das konkrete Verhalten im Hinblick auf den Partei- und Staatsapparat auf. Wertungen sind in einigen Fällen möglich, in vielen aber schwierig. Ist die Mitgliedschaft in der NSDAP an sich ein hinreichendes Kriterium, um ideologische Übereinstimmung zum Nationalsozialismus zu unterstellen? Kann der Zeitpunkt des Beitritts einen Hinweis auf eine besondere Qualität der Nähe zur NSDAP geben? Welche Rolle spielte „opportunistisches“, situativ angepasstes Verhalten? Wie weit lassen sich „Überzeugungen“ nachträglich einschätzen? Ab welchem Alter kann man bei einer Person die volle Verantwortung für ihr politisches Handeln voraussetzen?

Der Abschnitt über die Entnazifizierung und ihre ggf. eingetretenen Konsequenzen für die betroffenen späteren Abgeordneten des Hessischen Landtags (s.o. Abschnitt 5.7) vermittelt zwar einen Eindruck davon, wie sie jeweils individuell mit ihrer NS-Vergangenheit nach 1945 umgegangen sind, doch bleiben auch hier zunächst viele Fragen: Wie erfolgreich konnte die Entnazifizierung sein? Führte die „Persilschein“-Praxis zu einer „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer)? Trug sie zu einer „Läuterung“ der Deutschen bei oder förderte sie nicht vielmehr einen taktischen Umgang mit der eigenen Biographie? Warum wurde die eigene NS-Vergangenheit verschwiegen oder verschleiert? Wie wurde nach 1945 die politische Belastung gegenüber dem Argument gewichtet, diese oder jene Person sei aus sachlichen Gründen für den Wiederaufbau „unverzichtbar“?

Einige Recherefindungen geben abschließend Anlass, auch andere, weiter reichende Aspekte der Entwicklung nach 1945 in den Blick zu nehmen. Es lassen sich zum Beispiel durchaus Kontinuitäten politischer Einstellungen und Überzeugungen über 1945 hinweg belegen, die in einem gewissen Ausmaß auch den Hessischen Landtag betroffen haben. Im Rahmen der Recherchen zu dieser Vorstudie fielen vor allem zwei kleinere Gruppen von früheren Abgeordneten durch ihre Mitgliedschaft und zum Teil durch aktives Engagement in rechtsextremen Organisationen auf.

Das betrifft zunächst den Witikobund, der 1948 oder 1949 von ehemaligen Anhängern der Sudetendeutschen Partei gegründet wurde. Das Ziel des Witikobundes war es – und ist es offenbar noch heute – sich für eine deutschnationale, wenn nicht „völkische“ Linie innerhalb der Vertriebenenverbände einzusetzen. Dazu wollte man keine Massen-, sondern eine Kaderorganisation sein, die über aktive Mitgliedschaften in diversen Organisationen sowie über Kooperationen auch zum politisch rechtsextremen Spektrum ihren Einfluss ausübt. Für die Aufnahme in den Bund musste jedes neue Mitglied zwei Bürgen aus den Reihen des Bundes beibringen. Der Witikobund wurde bis 1967 im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern als rechtsextrem eingestuft, und noch 2008 wurde ihm von der Bundesregierung „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextreme

Bestrebungen" bescheinigt.<sup>141</sup> Frank Seiboth (ID 115, BHE) war zwischen 1953 und 1955 Bundesvorsitzender des Witikobundes,<sup>142</sup> Gotthard Franke (ID 151, BHE und FDP) und Gustav Hacker (ID 182, BHE) waren offenbar ebenfalls „Witikonen“.<sup>143</sup>

Die politische Biographie Gerhard Woitschells (ID 226, NPD) nach 1945 wirft ein bezeichnendes Licht auf eine weitere Gruppe von Abgeordneten: Woitschell war 1949 bis 1950 Mitglied der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NDP). Die NDP, 1945 u.a. von Heinrich Fassbender (ID 96, LDP und NPD) gegründet, war eine nationalkonservative Partei, die nur in einigen hessischen Landkreisen von der US-Militärregierung Lizenzen erhielt, nicht aber auf Landesebene. Während Fassbender schon 1946 zur LDP/FDP wechselte,<sup>144</sup> betrieb Woitschell im Januar 1950 die Fusion der NDP mit der Deutschen Konservativen Partei-Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP) zur Deutschen Reichspartei (DRP) und trat schon im April 1950 als Redner für diese Partei auf. Ab 1959 war er – bis zu deren Fusion zur NPD 1964 – Mitglied der Parteileitung der DRP. Dort traf er nicht nur wieder auf Heinrich Fassbender, sondern auch auf Herbert Peter (ID 11, NPD)<sup>145</sup> sowie Gustav Stürtz (ID 352, NPD), der seit 1953 Mitglied der DRP war. Vor dem Hintergrund, dass Woitschell sowie Fassbender schon vor 1933 Mitglieder der NSDAP wurden und Stürtz 1934, weisen diese späteren Bezüge eindeutige politische Kontinuitätslinien aus.

Der Vollständigkeit halber sei zu diesem Komplex schließlich darauf hingewiesen, dass Emil Schlee (ID 321, CDU) nach einem Zwischenspiel in der „LaRouche-Bewegung“ 1987 Mitglied der Republikaner, dann Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und 1989 in das Europäische Parlament gewählt wurde. 1992 trat er aus der Partei wieder aus.

Einen Eindruck von der Vielschichtigkeit der Informationen, welche die Überlieferung für die Forschung bereithält, nicht zuletzt im Hinblick auf die Frage, wie weit die zeitgenössischen Unterlagen tatsächlich auf die politische Einstellung Einzelner schließen lassen, vermittelt folgender Fall: In einem Schreiben aus Hünfeld an die Militärregierung vom 9. November 1946 wird Heinrich Beck (ID 15, CDU) vorgeworfen, bei öffentlichen Veranstaltungen in Steinbach und Großentaft (beide Landkreis Fulda) gegen Juden und politisch Verfolgte gehetzt zu haben. Dabei soll er u.a. gesagt haben, Juden aus Hünfeld sollten so bald wie möglich entfernt werden. Dem Schreiben sind eidesstattliche Erklärungen einiger Einwohner beigefügt, die die

---

<sup>141</sup> Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestags 16/10755 vom 03.11.2008 (dort auf S. 2 auch das Zitat) und Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 364ff. Zum Erfordernis der Bürgerschaft beim Aufnahmeverfahren, vgl. <http://www.witikobund.de/html/mitgliedschaft.html> (17.12.2012).

<sup>142</sup> Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Witikobund> (17.11.2012) und Joachim Kreysler, Dieter Rave: Vertriebenenpolitik in der Bundesrepublik. In: Das Argument Nr. 19 vom Juli 1961, S. 23.

<sup>143</sup> Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Witikobund-Mitglied> (17.11.2012), Braunbuch (Reprint der 3. Auflage), S. 309. Im Braunbuch werden sowohl Hacker als auch Franke als Präsidiumsmitglieder des Witikobundes geführt. Dagegen wird Seiboth dort nicht mit dem Witikobund in Verbindung gebracht.

<sup>144</sup> 1955 wechselte er zur DP, gründete 1962 die DNVP (auch in programmatischem Anschluss an die DNVP der Weimarer Republik), die u.a. er 1964 in die NPD führte.

<sup>145</sup> 1959 Eintritt in die DRP, Mitglied des DRP-Kreisvorstands Frankfurt a.M. und seit 1962 Mitglied im DRP-Landesvorstand Hessen.

Aussagen bestätigen. Daraufhin erfolgte eine Untersuchung der Militärregierung, in deren Bericht des Liaison and Security Office des Landkreises Hünfeld es heißt: „Landrat Beck is according to his speeches and actions everything else but democrate.“ Er habe tatsächlich gegen „Halbjuden“ und politisch Verfolgte agitiert und soll weiterhin gesagt haben, er würde sein Amt sofort einem Nationalsozialisten übergeben, wenn dies soweit komme. Die Haltung Becks hätte insbesondere in Steinbach große Zustimmung gefunden. Das L&S Office empfahl, dass sich die Frankfurter Spruchkammer mit dem Fall befasst; allerdings sollte Ministerialdirigent Knapstein vom Befreiungsministerium darüber ausdrücklich nicht informiert werden, da davon auszugehen sei, dass dieser zugunsten Becks interveniere. Außerdem riet das L&S Office, Beck aus dem Amt zu entfernen, Sanktionen zu verhängen und zu verhindern, dass Beck „im demokratischen Deutschland ein Amt bekleide“.<sup>146</sup> Wie die Angelegenheit ausging, konnte nicht weiter recherchiert werden. Klar ist jedoch, dass sich das L&S Office nicht durchsetzte: Beck war 1946 bereits Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung, von 1966 bis 1970 Mitglied des Hessischen Landtags, von 1946 bis 1973 Landrat in Hünfeld und von 1973 bis 1977 Erster Beigeordneter des (neu gebildeten) Kreises Fulda.

Zumal das letzte Beispiel ist für die Frage nach Kontinuitäten aus der Zeit vor 1945 schwer zu fassen, geschweige denn allein nach dem hier vorgelegten Quellenfunden zu beurteilen. Es zeigt aber, dass es eine große Bandbreite von Phänomenen gibt, mit denen zu rechnen ist, wenn die historischen Unterlagen eingehend überprüft werden.

Hier soll nicht die Aufmerksamkeit allein auf die Frage ggf. vorhandener Kontinuitätslinien gelenkt werden, sondern auch auf die zum Teil radikal neuen Bedingungen der Übergangsphase nach 1945. Die vor allem von den Besatzungsbehörden abrupt neu gesetzten Normen und die hierauf aufbauenden politisch-gesellschaftlichen Strukturen entfalteten nach und nach ihre Wirkung. Zwei nachfolgend skizzierte Fälle illustrieren, dass Belastungen aus der NS-Zeit durchaus spürbare Konsequenzen haben konnten:

Gustav Hacker (ID 182, BHE) machte beispielsweise folgende Erfahrung: Nach seiner Haft und Ausweisung aus der ČSR wollte er offenbar zuerst im bayerischen Bauernverband beruflich Fuß fassen. Diesen Versuch verhinderte ein vormaliger sudetendeutscher Sozialdemokrat, der ab 1939 in KZ-Haft war<sup>147</sup>. Die näheren Umstände bleiben allerdings im Dunkeln.

Wilhelm Seipel (ID 116, FDP) versuchte als ehemaliger Präsident des Gauarbeitsamts Würzburg ab Mai 1948 immer wieder, in der bayerischen Arbeitsverwaltung eine dienstliche Verwendung zu finden. Dieses Ansinnen wurde von der zuständigen bayerischen Landesarbeitsverwaltung mehrfach angelehnt und zwar trotz (oder wegen?) der ausdrücklichen

---

<sup>146</sup> Alle Angaben und Zitate aus HStAD, Bestand Q 4, N. 8/45 - 2/23 (Correspondence, 1947-1948).

<sup>147</sup> Vgl. BStU MfS – ASt Leipzig AP 1478/61. Unklar ist, ob der hier erwähnte Toni Köhler Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) war oder der Česká strana sociálně demokratická (Tschechischen Sozialdemokratischen Partei, CSSD) angehörte.

Unterstützung Seipels durch Staatssekretär a.D. Johannes Krohn<sup>148</sup> im September 1948 sowie im Juli 1951 durch den Bundestagsabgeordneten August Martin Euler (ID 94, FDP), dessen Nachfolger Seipel im Januar 1951 im Hessischen Landtag geworden war. Auch der Hinweis des FDP-Bundesgeschäftsführers Lothar Weirauch<sup>149</sup> gegenüber dem zuständigen Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit auf die offene Stelle des Leiters des Arbeitsamtes in Wiesbaden im Juni 1953 vermochte ihm nicht zu helfen: Seipel bekam in der Arbeitsverwaltung keine Anstellung. Am 21. April 1959 wurde Seipel am Sozialgerichtsrat in Darmstadt als Berufsrichter verbeamtet.<sup>150</sup>

Auch die letzten Fälle dieser Vorstudie können und sollen hier nicht abschließend bewertet werden. Vielmehr deuten sie die Komplexität der Sachverhalte sowie der individuellen Biographien an und werfen eine ganze Reihe von Frageperspektiven auf, die zu einem großen Teil nur durch eingehende Forschungen beantwortet werden können. Hierbei geht es zunächst um die Frage nach individuellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten der politischen Orientierungen und des politischen Engagements für die Zeit nach 1945. Es drängt sich jedoch auf, in einem weiteren Schritt auch die Bedingungen und Wirkungen des neuen politisch-gesellschaftlichen Rahmens in den Blick zu nehmen. Ganz zweifellos gab es individuelle und gruppenbezogene Umorientierungen, Transformations- und Integrationsprozesse. Aber wie sahen diese aus? Ließen sich die früheren politischen Orientierungen nach 1945 abstreifen? Welche Einsichten machten frühere Nationalsozialisten nach 1945 zu Demokraten? Haben NS-Belastete aus dem Untergang des „Dritten Reichs“ vielleicht sogar gelernt? Welche Prozesse förderten die Um- oder Rückorientierung zur Demokratie? Welche Toleranzschwellen gab es bei Besatzern und denjenigen Deutschen, die über das politische Personal der Nachkriegszeit (mit-)zuentcheiden hatten? Welche Arten der NS-Belastung wurden nach 1945 als „unverzeihlich“ gewertet, welche wurden toleriert?

Selbstverständlich müssen auch Fragen der „Nachwirkungen“ der NS-Zeit und ihrer Prägungen auf Politik und Gesellschaft gestellt und beantwortet werden: Hat die Mitgliedschaft in der NSDAP oder die entsprechende ideologische Orientierung die politische Arbeit nach 1945 beeinflusst, und wenn ja: in welcher Weise? Gibt es Hinweise auf das Fortwirken von NS-Gedankengut in der Programmatik der Parteien? Gibt es Hinweise für das Fortwirken in politischen Debatten wie bei Restitutions- oder Wiedergutmachungsfragen, in der Sicherheits- und Außenpolitik? Gab es persönliche oder institutionelle Netzwerke („Seilschaften“), die

---

<sup>148</sup> Johannes Krohn, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, war ab Februar 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium und ab 1941 „Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens“ im Reichsjustizministerium; vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 2003, S. 343.

<sup>149</sup> Lothar Weirauch, von 1950 bis 1954 Bundesgeschäftsführer der FDP, später Ministerialrat, dann Ministerialdirigent im Bundesverteidigungsministerium und Ministerialdirektor im BM für gesamtdeutsche Fragen, war 1930 der SA, 1932 der NSDAP beigetreten. Ab 1939 in der Regierung des Generalgouvernements zuständig für Judenangelegenheiten, Teilnehmer an einer Folgekonferenz (27.10.1942) der Wannseekonferenz und Koordinator der Judendeportationen in die Vernichtungslager; vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 2003, S. 663.

<sup>150</sup> Soweit nicht anders angegeben vgl. BAB – Bestand R 3901, Nrn. 20433 und 20434.

Karrieren förderten, programmatische Politik betrieben oder der Verschleierung der NS-Belastungen dienten? Wie ist es zu erklären, dass die NS-Belasteten in praktisch allen Parteien unterkamen? Welche „Integrationsangebote“ unterbreiteten die Parteien? Wie hat man das „strategische“ Verhalten der NS-Belasteten etwa bei der Manipulation oder Unterdrückung von Informationen aus damaliger und heutiger Sicht zu bewerten? Und in welchem Verhältnis steht hierzu die „Schlusstrich-“Debatte, die mit wachsendem Abstand zum „Dritten Reich“ die Frage der Belastung in ein verändertes Licht tauchte?

Viele dieser Fragen hätten schon vor langer Zeit gestellt werden können. Meist im Zusammenhang mit Prominenten aus Wissenschaft, Kunst und öffentlichem Leben wurden sie auch bereits exemplarisch diskutiert, jedoch bislang kaum auf ehemalige Anhänger der NSDAP in der Politik angewandt. Daher ist auch danach zu fragen, weshalb die NS-Belastung nach 1945 über weite Phasen hinweg aus der Sphäre der Öffentlichkeit verdrängt wurde. Nach wie vor bleibt die vor genau 30 Jahren (anlässlich des 50. Jahrestages der „Machtergreifung“) vom Philosophen Hermann Lübbe aufgeworfene These zu diskutieren, ob es tatsächlich einer Phase des „Schweigens“ bedurfte, dass sich die große Zahl derer, die zuvor auf die NS-Volksgemeinschaft orientiert waren, zu Demokraten wandeln konnten.

Diese Vorstudie kann nur ein erster Schritt sein, Antworten auf diese Fragen zu finden.

## Dank

Die in diesem Bericht steckende Arbeit wäre von einer Person nicht zu leisten gewesen. Karin Brandes, M.A., Dipl. Volkswirt Gunnar Hanig, Stud. phil. Alexander Steder und Stud. jur. Sascha Hörmann haben das Projekt mitgetragen, sind vor keinem noch so kurzfristig angesetzten Archivbesuch zurückgeschreckt, haben Kontakte aufgebaut und genutzt und ihre Ergebnisse in die Datenbank übertragen. Für die effektive, flexible, kreative Zusammenarbeit ist ganz herzlich zu danken!

Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe der Landtagskommission, bestehend aus Dr. Andreas Hedwig, Prof. Dr. Marie-Luise Recker, Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Dirk van Laak, Prof. Dr. Klaus Eiler und Prof. Dr. Walter Mühlhausen war stets konstruktiv und erleichterte das Arbeiten enorm. Besonders dem Koordinator der AG, Herrn Dr. Andreas Hedwig, darf ich für die stets unkomplizierte Zusammenarbeit danken!

Das überall erfahrene Entgegenkommen der Archive und ihre Kooperationsbereitschaft überstieg die Erwartungen bei weitem! Namentlich zu danken ist: Jana Blumberg, Heinz Fehlauer und Herrn Klein vom Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde; Christiane Botzet vom Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg; Amy Schmidt von der National Archives and Records Administration (NARA), Washington; Bernd Gericke und Volker Lahme von der Deutschen Dienststelle – WAST; Ilona Weise vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; Dr. Volker Eichler, Dr. Diether Degreif und Christiane Kleemann vom Hessischen Hauptstaatsarchiv; Dr. Klaus-Dieter Rack und Clemens Uhlig vom Hessischen Staatsarchiv Darmstadt; Dr. Nicola Wurthmann und Dr. Christian Reinhardt vom Hessischen Staatsarchiv Marburg; Dr. Carsten Lind vom Archiv der Philipps-Universität Marburg; Anja Hering vom Archiv des Odenwaldkreises; Dr. Karl Kollmann vom Stadtarchiv Eschwege; Walburga Glinka-Rack vom Stadtarchiv Friedberg; Beate Kann vom Stadtarchiv Fulda; Dr. Ulrich Hussong vom Stadtarchiv Marburg; Gudrun Senska vom Stadtarchiv Rüsselsheim; PD Dr. Georg Lilienthal von der Gedenkstätte Hadamar; Dr. Regine Heubaum von der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.

Zu danken ist Frau Sabine Kühn, die im Auftrag der Stadt Rüsselsheim die Vita des Landtagsabgeordneten Walter Köbel untersuchte und ihre Ergebnisse unprätentiös dieser Studie zur Verfügung stellte. Bei Herrn Prof. Conze möchte ich mich für manchen fachlichen Rat bedanken und bei Herrn Prof. Dr. Christoph Safferling für die Freistellung von anderweitigen Verpflichtungen.

Schließlich ist der Verwaltung des Hessischen Landtags für die unkomplizierte und geduldige organisatorische Zusammenarbeit zu danken, namentlich Herrn Hubert Müller.

Am Ende fühlte ich mich an die (sinngemäße) Feststellung Primo Levis aus „Die Atempause“ erinnert: Die beste Verwaltung ist diejenige, von der man aufgrund des Ergebnisses genau weiß, dass es sie gibt, die aber ansonsten vor lauter Reibungslosigkeit unsichtbar bleibt. Vielen Dank!

## Anhang 1: Vollständige Liste der Untersuchungsgruppe inkl. Verweise auf Erwähnungen in der Vorstudie

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
22	Achenbach	Heinrich	02.06.1881	CDU	
23	Ackermann	Georg	04.05.1897	SPD	
24	Altwein	Erich F.W.	22.03.1906	SPD	
25	Amend	Rudolf	24.12.1891	CDU	
26	Apel	Wilhelm	25.05.1905	SPD	
27	Appelmann	Karl	24.01.1915	SPD	
28	Arndgen	Josef	24.02.1894	CDU	
29	Arndt	Rudi	01.03.1927	SPD	5.1.1, 5.7.1, 5.8
30	Arnold	Ernst	31.03.1903	FDP	2.3, 5.1.1, 5.3
31	Arnoul	Wilhelm	16.09.1893	SPD	
1	Auth	Ferdinand	26.08.1914	SPD	
2	Bachmann	Eugen	20.02.1913	CDU	5.3
3	Bachmann	Karl	15.10.1911	CDU	5.1.1
4	Bachmann	Wilhelm	05.10.1924	SPD	
5	Bareiter	Franz	30.01.1903	FDP	
6	Barthels	Adam	16.09.1897	KPD	
7	Bauer	Hermann	27.06.1897	FDP	
8	Bauer	Leopold	18.12.1912	KPD	
9	Bauer	Wilhelm	04.12.1890	CDU	
13	Baumgarten	Oskar	24.09.1908	CDU	
14	Bayer	Heinz	19.08.1926	SPD	
15	Beck	Heinrich	08.04.1911	CDU	5.9
16	Becker	Max	25.05.1888	FDP	
17	Beckmann	Ruth	05.02.1925	CDU	
50	Berghäuser	Hans	21.10.1919	SPD	
57	Bergsträßer	Ludwig	23.02.1883	SPD	
18	Best	Werner	07.06.1927	SPD	5.1.1, 5.7.1, 5.8
58	Bielefeld	Hanns-Heinz	09.12.1918	FDP, fraktionslos	
59	Bläsing	Anneliese	02.06.1923	NPD	5.1.1
69	Bleek	Karl Theodor	19.03.1898	FDP	4.2, 5.1.1, 5.7.1
70	Blum	Wilhelm	04.08.1894	CDU	5.1.1, 5.7.1
71	Blumenstiel	Georg	19.02.1928	SPD	
72	Bock	Max	31.12.1888	SPD	
73	Bodenbender	Ludwig	20.09.1891	SPD	
74	Bodesheim	Ferdinand	05.07.1900	CDU	
75	Böhm	Rudolf	15.01.1913	BHE	4.2, 5.1.1, 5.7.2
76	Börger	Reinhard	02.11.1913	SPD	
77	Borsche	Arnulf	15.03.1928	CDU	
78	Braun	Otto	09.05.1904	FDP	5.1.1, 5.4, 5.6, 5.7.2
79	Brentano	Heinrich von	20.06.1904	CDU	
80	Bringezu	Anne	26.01.1898	FDP	
81	Brübach	Wilhelm	22.07.1909	SPD	
82	Brückner	Reinhard	10.07.1923	Die Grünen	5.1.1
83	Bruder	Fritz	30.05.1907	CDU	5.1.1
84	Buch	Georg	24.09.1903	SPD	
85	Bugert	Erwin	13.09.1920	SPD	
86	Bund	Ferdinand	14.12.1890	SPD	5.7.2
87	Burggraf	Hans	22.08.1927	CDU	
88	Busch	Ilse	01.02.1919	SPD	
89	Carlebach	Emil	10.07.1914	KPD	
90	Caspar	Helmut	19.07.1921	SPD	5.1.1
91	Caspary	Friedrich	10.05.1901	SPD	
122	Catta	Fritz	11.01.1886	FDP	
123	Conrad	Wilhelm	21.06.1911	SPD	5.1.1, 5.3, 5.7.1, 5.8

<sup>151</sup> Zugehörigkeit zu einer LDP-Fraktion wurde der FDP zugerechnet, Zugehörigkeit zur GB/BHE- oder GDP/BHE-Fraktion wurden als BHE vereinheitlicht.

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
124	Croll	Willi	02.12.1924	SPD	5.1.1, 5.7.1
125	Czermak	Fritz	24.03.1894	BHE	4.2, 5.6, 5.7.2, 5.7.3
126	Daniels	Heinz	03.03.1919	SPD	5.1.1
127	Daub	Gerhard	08.09.1928	FDP	
128	Debus X	Johannes	24.12.1879	SPD	
129	Dehlinger	Paul	05.07.1896	CDU	
130	Dengler	Wilhelm	03.05.1889	SPD	4.7.1
19	Derichsweiler	Albert	06.07.1909	FDP, fraktionslos	2.3, 5.1.1, 5.2, 5.3, 5.4, 5.6, 5.7.3
20	Dey	Peter Anton	21.10.1892	SPD	
131	Diez	Karl	15.08.1882	KPD	
132	Dingeldey	Alfred	10.11.1894	CDU	
133	Dockhorn	Otto	16.01.1921	FDP	5.1.1, 5.8
134	Dörinkel	Wolfram	05.09.1907	FDP	5.1.1, 5.7.1
60	Draub	Günther	09.11.1902	BHE, SPD	
61	Dregger	Alfred	10.12.1920	CDU	5.1.1, 5.7.1
135	Drott	Karl	18.02.1906	SPD	
34	Enders	Christian	12.04.1899	SPD	5.1.1
35	Engel	Horst	07.07.1927	SPD	
136	Engel	Ludwig	30.11.1906	SPD	
137	Engel	Sibylle	06.05.1920	FDP	
138	Epstein	Else	22.12.1881	CDU	
139	Erbach-Fürstenau	Alfred Graf	11.04.1905	CDU	
140	Erhard	Benno	22.02.1923	CDU	
92	Etz	Otto	02.10.1895	SPD	
93	Euler	Adam	21.08.1919	FDP	5.1.1
94	Euler	August Martin	09.05.1908	FDP	4.2, 5.2, 5.6
95	Fabian	Franz	01.04.1926	SPD	
96	Fassbender	Heinrich	24.05.1899	FDP, NPD, fraktionslos	5.1.1, 5.9
97	Fay	Wilhelm	01.07.1911	CDU	5.1.1, 5.3
141	Feick	Gustav	31.03.1904	SPD	
142	Fertsch	Georg Ludwig	12.06.1890	FDP	
143	Fertsch-Röver	Dieter	18.02.1924	FDP	
144	Feutner	Wilhelm	19.08.1905	KPD	
145	Fisch	Walter	16.02.1910	KPD	
146	Fischer	Heinrich Johann	08.07.1895	SPD	
147	Fischer	Werner	19.12.1925	NPD	4.2, 5.2
148	Fister	Franz	15.07.1886	SPD	
149	Fleckenstein	Nikolaus	16.09.1906	CDU	
150	Franke	August	14.02.1920	SPD	
151	Franke	Gotthard	14.08.1912	BHE, FDP	5.1.1, 5.6, 5.8, 5.9
152	Franke	Rolf	22.10.1919	SPD	
153	Freidhof	Rudolf	23.09.1888	SPD	
154	Fricke	August	07.11.1880	SPD	
155	Friedeburg	Ludwig von	21.05.1924	SPD	5.7.2
156	Fuchs	Franz	28.11.1894	SPD	
157	Furtwängler	Franz Josef	12.06.1894	SPD	
158	Gärtner	Ursula	24.09.1901	SPD	
159	Gassmann	Georg	28.05.1910	SPD	
160	Gaul	Karl	01.02.1889	FDP	
161	Gebhardt	Anno von	22.12.1908	BHE	5.1.1, 5.5
162	Gebhardt	Fred	27.02.1928	SPD	
163	Geier	Erna Maria	24.05.1923	CDU	
164	Geiger	Walter	19.10.1901	FDP	
36	Geipel	Horst	08.11.1923	CDU	4.7.1, 5.1.1, 5.2
45	Geißler	Fritz	16.09.1903	FDP	
165	Georgi	Ernst Moritz Friedrich	25.07.1895	CDU	4.8, 5.6
166	Germershausen	Erich	27.03.1906	FDP	5.1.1
167	Gilmer	Julius	07.12.1880	CDU	

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
168	Glücklich	Heinrich	11.01.1877	FDP	
169	Gnaß	Otto	21.08.1909	SPD	
170	Göbel	Jakob	20.02.1887	SPD	
171	Göbel	Kurt	12.03.1900	FDP	
172	Golf	Hartwig	22.07.1913	NPD	4.2
173	Gondolf	Franz Adam	08.02.1910	KPD	
174	Gottwald	Hartwig	27.08.1917	CDU	5.2
51	Grosser	Günther	25.08.1917	FDP	
52	Großkopf	Erich	01.12.1903	CDU	
175	Gruber	Franz	30.08.1900	SPD	
176	Grün	Ferdinand	30.11.1886	CDU	
177	Gründer	Marianne	03.04.1907	SPD	
178	Gumbel	Konrad	20.10.1886	SPD	
179	Günderoth	Adam	12.09.1893	CDU	
180	Haase	Heinrich	20.08.1897	KPD	
181	Hackenberg	Richard	08.07.1909	CDU	
182	Hacker	Gustav	20.09.1900	BHE	4.2, 5.1.1, 5.5, 5.6, 5.7.2, 5.7.3, 5.8, 5.9
183	Hammer	Richard	07.02.1897	FDP	5.3
184	Harth	Jean Christoph	27.01.1882	SPD	
185	Hasselbach	Willi	27.03.1922	FDP	
186	Heigl	Willy	25.03.1904	SPD	
101	Heinze	Vitus	18.03.1909	CDU	
102	Heißwolf	Leonhard	06.10.1880	SPD	
103	Helfrich	Eugen	25.05.1894	CDU	
195	Hellermann	Edith	29.08.1895	BHE	
196	Hellwig	Karl	01.02.1924	SPD	4.2, 5.1.1
46	Hemfler	Karl	16.04.1915	SPD	
47	Hemsath	Heinrich	24.11.1902	SPD	
48	Hennig	Arno	24.01.1897	SPD	
197	Heusinger	Wolfgang von	16.09.1928	CDU	
198	Hilpert	Werner	17.01.1897	CDU	
199	Hisserich	Karl	30.11.1926	SPD	5.1.1, 5.2
200	Höhne	Eitel Oskar	19.07.1922	SPD	4.2, 5.1.1
201	Holtzmann	Ernst	21.11.1902	CDU	5.1.1
202	Horn	Emil	30.06.1927	SPD	
203	Horn	Peter	15.04.1891	CDU	
204	Horn	Ruth	04.02.1908	SPD	
205	Horst	Karl	26.03.1898	CDU	
206	Husch	Jakob	06.04.1875	CDU	4.2
207	Ilau	Hans Georg	14.10.1901	FDP	
208	Immel	Erwin	12.02.1927	CDU	5.1.1
209	Jäger	Eduard	18.09.1894	CDU	
210	Jansen	Walter	18.05.1899	CDU	
211	Jatsch	Anton	02.02.1909	BHE	5.1.1, 5.3, 5.7.1
21	Jordan	Erich	07.06.1912	SPD	
212	Kanka	Karl	12.06.1904	CDU	5.3
109	Karl	Hans	05.01.1922	SPD	
110	Karry	Heinz Herbert	06.03.1920	FDP	
213	Kaul	Alexander	04.07.1901	BHE	5.1.1, 5.3, 5.7.1
229	Keil	Ludwig	01.08.1896	KPD	
230	Keilmann	Karl	10.07.1900	FDP	5.1.1, 5.4, 5.7.1
231	Keller	Peter	17.10.1906	CDU	
232	Kersten	Kurt	31.07.1901	BHE	5.1.1, 5.3
233	Keutzer	Karl Georg	13.08.1884	CDU	
234	Kitz	Heinz	18.07.1907	CDU	5.1.1
235	Kletke	Margarete	06.06.1892	FDP	
236	Knapp	Oskar	23.02.1898	CDU	
237	Kneipp	Otto	11.12.1884	FDP	5.1.1
238	Knodt	Kurt	17.10.1909	SPD	
239	Knothe	Wilhelm	01.05.1888	SPD	4.2, 5.6
240	Köbel	Walter Klaus	20.05.1918	SPD	4.7.1, 4.8, 5.1.1, 5.4,

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
					5.7.1
37	Koch	Karl-Heinz	14.10.1924	CDU	5.1.1, 5.7.1, 5.8
38	Koch	Wilhelm	25.11.1922	SPD	
39	Köcher	Josef	15.03.1907	SPD	
40	Koeth	Otto	25.09.1904	SPD	
41	Kohl	Heinrich	06.10.1912	FDP	5.1.1, 5.8
42	Köhler	Erich	27.06.1892	CDU	
43	Kohut	Oswald Adolph	19.01.1901	FDP	
44	Kolb	Walter	22.01.1902	SPD	
104	Kraft	Wilhelm	30.04.1892	FDP	5.1.1
241	Krämer	Gustav Adolf	27.04.1909	SPD	
242	Krause	Hermann	13.08.1908	CDU	5.1.1, 5.3
187	Krauß	Werner	07.06.1900	KPD	4.8
188	Kredel	Otto	29.04.1891	FDP	
189	Kreß	Fritz	15.05.1896	SPD	
64	Kreß	Heinrich	01.08.1902	CDU	
65	Kriegseis	Jakob	24.07.1885	SPD	
243	Krüger	Paul	17.06.1903	KPD	
244	Kühle	Wolfgang	07.12.1920	CDU	5.1.1
245	Kurtz	Rudolf	20.10.1910	CDU	
246	Kuske	Gerhard	22.08.1911	BHE	5.1.1, 5.7.1
247	Labonte	Christian	18.09.1899	CDU	5.3
248	Landgrebe	Ernst	15.09.1878	FDP	
249	Lang	Erwin	14.03.1924	SPD	
250	Lauritzen	Lauritz	20.01.1910	SPD	4.2, 5.2, 5.3
251	Lauterbach	Heinrich	24.09.1925	CDU	
252	Lebert	Otto	23.03.1911	CDU	
253	Leinbach	Karl	09.11.1919	SPD	
254	Leitz	Ernst	16.01.1906	CDU	4.2
10	Leuninger	Ernst	05.05.1914	SPD	
255	Leweke	Adolf	18.12.1892	CDU	5.1.1, 5.7.1
190	Lied	Konrad	10.12.1893	FDP	
191	Lindner	Georg	11.05.1925	CDU	
192	Lippmann	Max	16.02.1906	SPD	
193	Locke	Gustav	16.10.1886	SPD	
256	Loew	Ernst	21.10.1911	CDU	5.1.1, 5.3
257	Lorenz	August	19.02.1883	SPD	
258	Lorenz	Erwin	27.04.1892	FDP	5.1.1, 5.7.1
259	Lucas	Rudolf	15.12.1916	CDU	5.4
214	Lux	Anton	19.03.1878	SPD	
260	Martin	Berthold	23.06.1913	CDU	
261	Marx	Alois	28.08.1900	CDU	
262	Marx	Jacob	12.08.1926	CDU	5.1.1, 5.7.1
263	Matuschek	Hedwig	01.09.1903	CDU	
264	Matuschka-Greifflau	Richard Graf	11.05.1893	CDU	
265	Meißner	Karl	01.12.1890	SPD	
266	Meister	Dietrich	18.07.1927	CDU	5.1.1
267	Mengel	Karl	18.01.1900	CDU	5.1.1, 5.7.1
268	Menne	Erika	14.04.1908	FDP	5.7.1
269	Menzer	Rudolf	10.07.1904	SPD	
270	Metz	Rolf	17.03.1910	FDP	4.9.2, 5.1.1, 5.2, 5.7.3
271	Metzger	Ludwig	18.03.1902	SPD	
272	Michaely	Theo	15.04.1928	CDU	
273	Milius	Erich	27.12.1907	SPD	4.7.1, 5.1.1, 5.3, 5.7.1
274	Mischnick	Wolfgang	29.09.1921	FDP	
275	Mix	Erich	27.06.1898	FDP	5.1.1, 5.2, 5.5, 5.7.1, 5.7.2
276	Möller	Richard	23.11.1927	CDU	
277	Molter	Hermann	14.02.1914	FDP	5.1.1, 5.3, 5.4, 5.6
278	Moosdorf	Kurt	25.01.1884	SPD	
279	Moritz	Maria	28.01.1892	KPD	

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
53	Müller	Emil	07.02.1893	SPD	
54	Müller	Oskar	25.07.1896	KPD	
280	Müller	Willi	23.02.1895	SPD	
281	Neff	Karl	23.07.1882	SPD	
194	Neusel	Hans	18.12.1914	SPD	
98	Nischalke	Martin	20.08.1882	SPD	
99	Nitsche	Hans	30.11.1893	SPD	
282	Nölle	Aloys	07.10.1899	CDU	
283	Nowak	Rudi	13.05.1921	SPD	
284	Osswald	Albert	16.05.1919	SPD	
222	Oswalt	August	17.04.1892	CDU	5.6
285	Pauly	Karl Johann	16.12.1904	CDU	
11	Peter	Herbert	08.03.1921	NPD	5.9
286	Philipp	Karl Gottfried	16.12.1896	CDU	
287	Philippi	Lotte	17.09.1918	CDU	
288	Picard	Walter	10.12.1923	CDU	
289	Pitz-Savelsberg	Elisabeth	08.07.1906	CDU	5.7.3
290	Platiel	Nora	14.01.1896	SPD	
291	Platte	Ludwig	27.09.1914	SPD	
292	Pless	Philipp	16.03.1906	SPD	
66	Ploetz	Hans von	27.11.1904	FDP	
215	Precht	Fritz	02.01.1883	SPD	
216	Preißler	Walter	08.04.1915	BHE	5.1.1, 5.7.1, 5.7.2, 5.8
293	Prusko	Georg	27.12.1924	CDU	
294	Pulch	Otto Rudolf	26.06.1921	FDP	
295	Pütter	Hugo	13.11.1883	CDU	
296	Quanz	Friedrich	18.02.1892	CDU	5.2
297	Raabe	Cuno	05.05.1888	CDU	
298	Rademacher	Heinrich	24.08.1908	KPD	
299	Radke	Olaf	22.12.1922	SPD	
55	Radomicki	Franz	20.10.1912	SPD	4.2
56	Raute	Karl	08.12.1910	SPD	4.7.1, 5.1.1, 5.3, 5.7.1
300	Rehbein	Karl	14.10.1885	SPD	
301	Rehbein	Willi	12.01.1911	SPD	
302	Reichert	Wilhelm Georg	03.07.1928	SPD	
217	Reitz	Karl	24.01.1887	CDU	4.2
303	Renneisen	Jakob	20.11.1899	KPD	
304	Reucker	Hans	29.07.1905	SPD	
305	Richter	Willi	01.10.1894	SPD	
306	Riegel	Heinrich	21.06.1883	SPD	
307	Rieser	Karl	18.11.1902	CDU	
308	Rink	Aloys Georg Ludwig	04.03.1881	SPD	
223	Ritzel	Heinrich Georg	10.04.1893	SPD	
224	Rodemer	Heinrich	21.01.1908	FDP	4.2, 5.1.1, 5.6
309	Rohlmann	Rudi	15.05.1928	SPD	
310	Rösch	Georg	15.03.1913	CDU	5.1.1
311	Rosenkranz	August	17.03.1886	SPD	5.1.1, 5.7.1
312	Rotter	Lina	04.09.1892	SPD	
313	Ruhl	Siegfried	26.04.1870	CDU	4.2, 5.6
314	Runtsch	Wilhelm	19.01.1921	CDU	5.1.1, 5.4, 5.7.1
315	Rupp	Heinrich	12.03.1888	SPD	
316	Salzer	Gerhard	06.04.1912	FDP	
317	Sauerwein	Heinrich	04.06.1903	SPD	
318	Saure	Wilhelm	25.09.1899	FDP	4.9.2, 5.1.1, 5.2, 5.6, 5.7.3
319	Schäfer	Georg	02.05.1919	SPD	
320	Schauss	Ernst	19.02.1906	FDP	5.1.1
12	Schiergens	Nikolaus	05.09.1899	FDP	4.2
32	Schiffler	Charlotte	29.04.1909	CDU	
321	Schlee	Emil	21.10.1922	CDU	5.9
322	Schlitt	Karl Josef	04.06.1886	CDU	
323	Schmidt	Heinrich	11.05.1900	CDU	

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
324	Schmidt	Horst	05.06.1925	SPD	5.1.1, 5.8
112	Schmitt	Adam	07.07.1904	SPD	
325	Schmitt	Konrad von der	30.01.1887	KPD	
326	Schmitt	Rudi	08.01.1928	SPD	
327	Schmüser	Hans	19.12.1895	KPD	
328	Schneider	Alfred	02.09.1907	SPD	4.2, 5.1.1, 5.6
329	Schneider	Heinrich	09.11.1905	SPD	
330	Schneider	Ludwig	20.12.1893	FDP	5.1.1
331	Schneider	Martin	22.10.1892	BHE	5.7.3
332	Schneider	Walter	16.01.1925	SPD	5.1.1
333	Schnell	Edgar	26.10.1896	CDU	5.1.1, 5.4, 5.7.1
218	Schnell	Hildegard	21.08.1908	CDU	
334	Schönwandt	Friedrich	16.10.1901	FDP	
111	Schröder	Ernst	11.02.1893	FDP	
67	Schröder	Walter	13.07.1894	FDP	5.1.1, 5.4
335	Schuster	Arnold	11.03.1890	CDU	
336	Schütte	Ernst	11.07.1904	SPD	
113	Schwab	Ludwig Franz	05.09.1921	CDU	5.1.1, 5.7.1
114	Schwarzhaupt	Wilhelm	04.10.1871	FDP	
115	Seiboth	Frank	09.05.1912	BHE	5.1.1, 5.2, 5.4, 5.7.2, 5.8, 5.9
116	Seipel	Wilhelm	23.10.1898	FDP	5.1.1, 5.6, 5.7.1, 5.7.2, 5.9
337	Seipp	Wilhelm	03.09.1906	SPD	
338	Seitz	Ingeborg	18.05.1924	CDU	
105	Selbert	Elisabeth	22.09.1896	SPD	
106	Sevenich	Maria	27.04.1907	CDU	
33	Siara	Walter	08.04.1899	CDU	
339	Spangenberg	Johanna	01.07.1894	SPD	
340	Steckel	Elfriede	25.04.1902	KPD	
107	Stegmann	Ernst Günther	06.06.1900	BHE	4.2, 4.9.2, 5.1.1, 5.3, 5.5, 5.7.3
108	Stein	Erwin	07.03.1903	CDU	
219	Stein	Friedrich-Wilhelm	13.03.1887	FDP	4.2, 5.1.1
220	Stein	Hermann	18.06.1919	FDP	5.1.1
221	Stein	Klaus	08.06.1890	BHE	5.3, 5.6, 5.7.2
341	Steinbrecher	Kurt	01.07.1921	SPD	
342	Steiner	Renate	11.06.1924	SPD	
343	Steinmetz	Hans	23.05.1908	CDU	
344	Stetefeld	Georg	16.04.1883	FDP	
345	Stieler	Georg	22.10.1886	CDU	
346	Stierle	Georg	22.12.1897	SPD	5.6
347	Stock	Christian	28.08.1884	SPD	
348	Stöckl	Radko	06.10.1924	SPD	
349	Strecker	Gabriele	27.12.1904	CDU	
350	Strelitz	Johannes E.	20.11.1912	SPD	5.1.1, 5.8
351	Sturmowski	Georg	23.05.1923	CDU	
352	Stürtz	Gustav	04.04.1915	NPD	5.1.1, 5.9
353	Sudheimer	Hans	18.03.1920	SPD	5.1.1
225	Teege	Grete	29.10.1893	SPD	
354	Tilemann	Hermann	26.08.1887	CDU	5.1.1, 5.7.1
355	Trabert	Eduard	05.08.1890	CDU	
356	Troeger	Heinrich	04.03.1901	SPD	
357	Troeltsch	Walter	29.07.1928	CDU	
358	Tröscher	Tassilo	25.12.1902	SPD	4.2, 5.1.1, 5.8
359	Uhlhorn	Christiane	31.01.1927	CDU	
360	Ulm	Friedrich	21.03.1881	FDP	
361	Vater	Maria	10.10.1924	SPD	
362	Vitense	Otto	19.07.1912	CDU	
363	Vogel	Josef	01.09.1893	CDU	
364	Voitel	Gottfried	12.05.1926	FDP	
365	Völker	Georg	16.09.1887	SPD	

ID	Name	Vorname	*datum	Fraktion <sup>151</sup>	erwähnt in Kapitel
366	Voos-Heißmann	Else	23.08.1913	SPD	5.1.1, 5.7.1
367	Waess	Leopold	26.08.1908	FDP	
368	Wagenbach	Joseph	26.07.1900	CDU	
369	Wagner	Albert	22.11.1885	SPD	
370	Wagner	Hans	05.05.1915	CDU	5.3
371	Wahler	Hans Hermann	21.03.1909	FDP	
372	Waller	Sepp	01.04.1921	BHE	5.2, 5.7.2
373	Walter	Fritz	30.08.1896	FDP	5.1.1, 5.2, 5.3
374	Walter	Josef	13.01.1893	BHE	5.1.1
375	Walz	Hanna	28.11.1918	CDU	
376	Waßmuth	Johannes	09.08.1904	CDU	
377	Weber	Albert	08.04.1919	SPD	
378	Weber	Hans-Otto	14.06.1926	SPD	5.1.1, 5.7.1
379	Wedel	Ludwig	09.04.1909	SPD	
380	Weidemann	Hermann	07.09.1887	SPD	
381	Weidner	Ernst	31.05.1885	FDP	
382	Weigel	Eugen	30.08.1903	SPD	
383	Weinsperger	August	02.01.1891	FDP	
384	Weiß	Heinrich	02.08.1893	SPD	
49	Wendel	Richard	11.12.1894	CDU	
385	Westernacher	Richard	30.12.1919	CDU	5.3
386	Wiesemann	Johanna	26.10.1894	CDU	
62	Wild	Willy	29.11.1919	SPD	
63	Wilhelm	Heinrich	15.02.1885	SPD	
387	Wilhelmi	Paul	15.07.1879	FDP	
388	Willmann	Karl	22.06.1908	KPD	4.9.2, 5.5, 5.7.3
389	Windemuth	Justus	27.09.1883	SPD	
390	Winkelsträter	Liesel	28.02.1921	SPD	
391	Winkler	Rudolf	21.02.1920	CDU	5.1.1, 5.7.1
68	Winter	Friedrich	25.12.1899	FDP	
392	Winterstein	Ladislau	11.06.1905	SPD	
393	Witte	Otto	19.03.1884	SPD	
394	Wittich	Heinrich	23.06.1891	CDU	2.3
395	Wittmann	Ludwig	26.07.1898	KPD	
396	Wittrock	Christian	02.11.1882	SPD	
397	Wittrock	Willi	02.08.1898	SPD	
226	Woitschell	Gerhard	24.03.1910	NPD	2.3, 5.1.1, 5.3, 5.9
227	Wolf	Eleonore	11.03.1900	KPD	
228	Wolf	Heinz	03.03.1908	CDU	4.2, 5.1.1, 5.3, 5.4, 5.6, 5.7.1, 5.7.2
100	Wöll	Karl	21.12.1903	SPD	
398	Zabel	Günter	11.12.1926	SPD	5.1.1
399	Zängerle	Johann Friedrich	31.03.1911	KPD	4.7.1
400	Zeiß	Jakob	29.10.1886	KPD	
401	Zerbe	Edwin	22.08.1916	SPD	5.1.1, 5.3
402	Ziegler	Wilhelm	25.11.1891	BHE	2.3, 5.1.1, 5.4, 5.6
403	Zink	Otto-Heinrich	31.10.1925	CDU	5.1.1
117	Zinke	Anna	07.07.1892	SPD	
118	Zinn	Georg August	27.05.1901	SPD	5.3
119	Zinnkann	Heinrich	31.12.1885	SPD	
120	Zinnkann	Wilhelm	27.10.1915	SPD	
121	Zworowsky	Wolf von	18.02.1924	CDU	

## Anhang 2: Zusammensetzung der Untersuchungsgruppe

Abgeordnete des Hessischen Landtags mit Geburtsjahrgang 1928 und davor:

= 348 Abgeordnete

Abgeordnete, die nur dem Beratenden Landesausschuss (BL) und/oder der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen (VL) angehörten:

ID	Name	Vorname	Mandat
24	Altwein	Erich F.W.	VL
25	Amend	Rudolf	VL
6	Barthels	Adam	BL
7	Bauer	Hermann	BL
80	Bringezu	Anne	BL
128	Debus X	Johannes	VL
129	Dehlinger	Paul	VL
138	Epstein	Else	BL
142	Fertsch	Georg Ludwig	BL
144	Feutner	Wilhelm	VL
164	Geiger	Walter	BL
165	Georgi	Ernst Moritz Friedrich	VL
167	Gilmer	Julius	VL
180	Haase	Heinrich	BL
186	Heigl	Willy	BL
205	Horst	Karl	VL
233	Keutzer	Karl Georg	VL
238	Knodt	Kurt	VL
187	Krauss	Werner	BL
254	Leitz	Ernst	BL
255	Leweke	Adolf	BL, VL
193	Locke	Gustav	BL
257	Lorenz	August	VL
258	Lorenz	Erwin	VL
280	Müller	Willi	VL
281	Neff	Georg Jakob Karl	VL
282	Nölle	Aloys	VL
285	Pauly	Karl Johann	BL, VL
295	Pütter	Hugo	VL
300	Rehbein	Karl	BL
305	Richter	Willi	BL, VL
306	Riegel	Heinrich	VL
311	Rosenkranz	August	VL
317	Sauerwein	Heinrich	VL
327	Schmüser	Hans	BL
334	Schönwandt	Friedrich	BL
335	Schuster	Arnold	VL
114	Schwarzhaupt	Wilhelm	BL
106	Sevenich	Maria	BL, VL
340	Steckel	Elfriede	BL
346	Stierle	Georg	VL
362	Vitense	Otto	VL
376	Waßmuth	Johannes	BL
381	Weidner	Ernst	BL
382	Weigel	Eugen	VL
383	Weinsperger	August	BL
49	Wendel	Richard	BL
63	Wilhelm	Heinrich	VL
387	Wilhelmi	Paul	BL
389	Windemuth	Justus	VL
68	Winter	Friedrich	BL
227	Wolf	Eleonore	BL

ID	Name	Vorname	Mandat
399	Zängerle	Johann Friedrich	BL
400	Zeiß	Jakob	BL
117	Zinke	Anna	VL

= 55 Abgeordnete

**Summe: 403 Personen**

## Anhang 3: Archivbestände

Folgende Archivbestände wurden in die Recherche einbezogen:

### Bundesarchiv Berlin

- 3100 (zentrale Mitgliedskartei der NSDAP („Reichskartei“))
- 3200 (Mitgliedskarteien der Gau und Ortsgruppen)
- DS (diverse Sachen)
- OPG Akten 3400 (Akten des Obersten Parteigerichts der NSDAP)
- OPG Richter (Personalakten des Obersten Parteigerichts der NSDAP)
- PK (Parteikorrespondenz)
- RK (Personal- und Sachakten)
- RSK II (Personal- und Sachakten)
- RS (Rasse- und Siedlungshauptamt SS)
- SA 4000 (SA-Personalakten)
- SM (SS-Unterführer und Mannschaften)
- SS-Listen (SS-Listen)
- SSO (SS-Führerpersonalakten)

weitere Bestände des Bundesarchivs

- DP 1
- R 16
- R 16 I
- R 55
- R 58
- R 1501
- R 1507
- R 3001
- R 3012
- R 3017
- R 3901
- R 9361 I

### Bundesarchiv-Militärarchiv

- Pers 1
- Pers 6
- Pers 9
- Pers 15
- Prag-Film M
- RH 7
- RW 59

### Deutsche Dienststelle – WAST

- Zentralkartei
- Marine Personalakten
- Unterlagen des Krankenbuchlagers
- diverse sonstige Unterlagen

### BStU

- MfS – AS
- MfS – ASt Dresden
- MfS – ASt Leipzig
- MfS – HA IX-11

### Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

- Abteilung 520 (Unterlagen der Spruchkammern)

- Abteilung 649 (OMGH)

### **Hessisches Staatsarchiv Darmstadt**

- Bestand G 12 B
- Bestand G 15 Erbach
- Bestand G 15 Friedberg
- Bestand G 21 A
- Bestand 21 B
- Bestand H 1
- Bestand H 2 Bergstraße
- Bestand H 2 Friedberg
- Bestand H 12 Darmstadt
- Bestand H 12 Gießen
- Bestand N 1
- Bestand N 5
- Bestand Q 4
- Bestand R 12 P

### **Hessisches Staatsarchiv Marburg**

- Bestand 156 e
- Bestand 180 Eschwege
- Bestand 180 Fulda
- Bestand 180 Marburg
- Bestand 270 Marburg
- Bestand 283
- Bestand 401/1
- Bestand 401/11
- Bestand 401/13a
- Bestand 601/1

### **Archiv der Philipps-Universität Marburg**

- Bestand 305a
- Bestand 310

### **Archiv des Odenwaldkreises**

- Bestand G 15 Erbach

### **Stadtarchiv Friedberg**

- Personalakten
- Spruchkammerbescheide Friedberg

### **Stadtarchiv Fulda**

- Biographische Mappen
- Einwohnermeldekkartei
- Gewerbeanmeldungen
- Akten des Hauptamts
- Personalakten

### **Stadtarchiv Marburg**

- Bestand C
- Bestand Gemeinde Schröck
- Bestand PA

### **Stadtarchiv Rüsselsheim**

- diverse Sammelmappen

## Anhang 4: Literatur

### Für die Vorstudie systematisch ausgewertete Literatur:

Roland Dotzert, Peter Engels, Anke Leonhardt (Red.): Stadtlexikon Darmstadt. Hg. vom Historischen Verein für Hessen i.A. des Magistrats der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darmstadt 2006.

Wolfgang Form / Theo Schiller (Hg.): Politische NS-Justiz in Hessen: Die Verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel 1933-1945 sowie Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt /M. (1933/34). 2 Bände. Marburg 2005 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 65). Hans-Peter Klausch: Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987). Wiesbaden 2011.

Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt/M. 2003.

Sabine Kühn: Walter Köbel (1918-1965) und der Nationalsozialismus. Eine biographische Annäherung. (Manuskript, Stand 16. November 2012).

Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Großhessen und des Hessischen Landtags 1.-11. Wahlperiode. Frankfurt/M. 1986.

Karl Maly: Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Band 2: Das Regiment der Parteien 1901 bis 1933. Frankfurt/M. 1995.

Norbert Podewin (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Reprint der 3. Auflage von 1968. Berlin 2002.

Klaus-Dieter Rack und Bernd Vielsmeier (Bearb. u. Hg.): Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biografische Nachweise für die Erste und Zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen 1820-1918 und den Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933. Darmstadt 2008 (Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt 29, zugl. Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 19).

Elke Schüller: „Neue, andere Menschen, andere Frauen“? Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945-1956. Ein biographisches Handbuch. 2 Bände. Königstein/Ts. 1995/1996.

Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2013.

Stadt Kassel (Hg.): Kassel Lexikon. 2 Bände. Kassel 2009.

Erich Stockhorst: 5000 Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Velbert 1967.

Kurt P. Taubert: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945. 2 Bände. Middleton, Conn., USA 1967.

Bettina Tüffers: Der braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945 (Studien zur Frankfurter Geschichte 54). Frankfurt/M. 2004.

Rudolf Vierhaus (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002. 3 Bände. München 2002/2003.

Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. München 1983.

### Weitere für die Vorstudie verwendete Literatur:

Roselinde Arndt, Armin Clauss, Heinrich Halbig u.a.: Rudi Arndt. Politik mit Dynamit. Eine politische Biographie. Hanau 2011.

Inge Auerbach (Bearb.): Catalogus professorum academiae Marburgensis. Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität Marburg. Zweiter Band von 1911 bis 1971. Marburg 1979.

- Hermann Bauer: Alt-Marburger Geschichten und Gestalten. Marburg 1986.
- Hanno Drechsler: Georg Gaßmann. 1910-1987. Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg 1951-1970. Marburg 1988.
- Ulf Hansen: Karl-Theodor Bleek (1898-1969). Eine biographische Skizze. In: Jan Marco Müller (Hg.): „Freiheit, Tüchtigkeit, Persönlichkeit“. Beiträge zur Geschichte des Marburger Liberalismus. Marburg 2000. S. 105-118.
- Hansjochen Kochheim: Von der „Frohwein-FDP“ zum „Fall Daub“. Die Marburger Liberalen 1950-1965. In: Jan Marco Müller (Hg.): „Freiheit, Tüchtigkeit, Persönlichkeit“. Beiträge zur Geschichte des Marburger Liberalismus. Marburg 2000. S. 129-172.
- Christina Rathmann: Dr. Hanna Walz. In: Magistrat der Stadt Fulda (Hg.): FrauenLeben in Fulda. Spurensuche durch 1250 Jahre. Fulda 1994. S. 249-251.

### **Zusätzlich im Abschlussbericht herangezogene Titel**

- Rudolf Absolon: Die Wehrmacht im Dritten Reich. Band VI. Boppard am Rhein 1995.
- Wolfgang Benz (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt/M. 2009.
- Karl-Heinz Brackmann, Renate Birkenhauer: NS-Deutsch. Straelen 1988.
- Martin Broszat: Das Sudetendeutsche Freikorps. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg. Heft 1/1961. S. 30-49.
- Michael Buddrus: „Wie war es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden?“ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das „Internationale Germanistenlexikon 1800-1950“. In: Geschichte der Germanistik Heft 23/24 (2003). S. 21-26.
- Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. 4. Auflage, München 2010.
- Drucksache des Deutschen Bundestags 16/10755 vom 03.11.2008.
- Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.
- Hilde Kammer, Elisabeth Bartsch: Nationalsozialismus. Reinbek 1992.
- Stefan Klemp: „Nicht ermittelt“. 2. Auflage, Essen 2011.
- Joachim Kreysler, Dieter Rave: Vertriebenenpolitik in der Bundesrepublik. In: Das Argument, Heft 19 (Juli/August 1961). S. 20-26.
- Rolf-Ulrich Kunze: Widerstehen aus evangelischem Glauben. In: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Bonn 2004.
- Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Berlin 1996.
- Rüdiger Overmans: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg. 3. Auflage, München 2004.
- Armin Schuster: Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 66, zugl. Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 29). Wiesbaden 1999.
- Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF): Arrest Categories Handbook Germany, o.O. 1945.
- Statistisches Handbuch für das Land Hessen. Offenbach 1948.

### **Online-Quellen**

archives.gov (Website der NARA, USA)

bundesarchiv.de (Website des Bundesarchivs)  
de.wikipedia.org (deutsche Wikipedia)  
dfg-vk-darmstadt.de (Website der DFG-VK, Darmstadt)  
hadis.hessen.de (Hessisches Archiv-Dokumentations- und -Informationssystem)  
it.wikipedia.org (italienische Wikipedia)  
nachlassdatenbank.de (Zentrale Datenbank Nachlässe des Bundesarchivs)  
niqel.de/bredel/news/hessen.pdf (Liste Helmut Gewalts)  
portal.dnb.de/opac.htm (Online-Katalog der Deutschen Nationalbibliothek)  
starweb.hessen.de (Landtagsinformationssystem des Hessischen Landtags)  
witikobund.de (Website des Witikobundes)  
zentrale-stelle.de (Website der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen)